

Zwischenbericht zum 31. März 2017



Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Mär.	
	2017	2016
Finanzkennzahlen		
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	3,8 %	1,4 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	4,5 %	1,6 %
Aufwand-Ertrag-Relation ¹	86,2 %	89,0 %
Personalaufwandsquote ²	42,8 %	39,6 %
Sachaufwandsquote ³	43,4 %	49,5 %
Erträge insgesamt, in Mio €	7.346	8.068
Risikovorsorge im Kreditgeschäft, in Mio €	133	304
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt, in Mio €	6.334	7.184
Bereinigte Kostenbasis	6.336	6.668
Ergebnis vor Steuern, in Mio €	878	579
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, in Mio €	575	236
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	0,40 €	0,15 €
Ergebnis je Aktie (verwässert)	0,38 €	0,15 €
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	16,15 €	13,34 €
Aktienkurs höchst	17,82 €	19,72 €
Aktienkurs tiefst	15,12 €	11,63 €
	31.3.2017	31.12.2016
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁴	3,4 %	3,5 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote, in Mrd €	1.369	1.348
Harte Kernkapitalquote (Vollumsetzung)	11,9 %	11,8 %
Harte Kernkapitalquote (Übergangsregelung)	12,7 %	13,4 %
Risikogewichtete Aktiva, in Mrd €	358	358
Bilanzsumme, in Mrd €	1.565	1.591
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital, in Mrd €	60	60
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	42,24 €	42,74 €
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	35,86 €	36,33 €
Andere Kennzahlen		
Niederlassungen	2.552	2.656
Davon: in Deutschland	1.683	1.776
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	98.177	99.744
Davon: in Deutschland	44.132	44.600
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	Baa2	Baa2
Standard & Poor's	BBB-	BBB+
Fitch Ratings	A-	A-
DBRS Ratings	A(low)	A(low)

¹ Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

² Die Personalaufwandsquote ist der prozentuale Anteil des Personalaufwands an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

³ Die Sachaufwandsquote ist der prozentuale Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

⁴ Die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung betrug 4,0 % zum 31. März 2017

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Inhalt

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage – 2
Wirtschaftliches Umfeld – 2
Ergebnis der Deutschen Bank – 3
Ertragslage des Konzerns – 4
Segmentergebnisse – 6
Unternehmensbereiche – 8
Vermögenslage – 15
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 17
Vorstand und Aufsichtsrat – 17
Strategie – 18
Ausblick – 19
Die Weltwirtschaft – 19
Die Bankenbranche – 20
Der Deutsche Bank-Konzern – 21
Unsere Geschäftsbereiche – 23
Risiken und Chancen – 26
Risikobericht – 28
Einführung – 28
Risiko und Kapital – Übersicht – 30
Risiko und Kapital – Performance – 33
Verschuldungsquote – 43
Risikopositionswert des Kreditrisikos – 45
Qualität von Vermögenswerten – 48
Marktrisiko – 52
Operationelle Risiken – 54
Liquiditätsrisiko – 55

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 57
Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 58
Konzernbilanz – 59
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 60
Konzern-Kapitalflussrechnung – 62

Anhangangaben

Grundlage der Erstellung – 63
Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden – 64
Segmentberichterstattung – 68
Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 70
Angaben zur Konzernbilanz – 73
Sonstige Finanzinformationen – 110

Bestätigungen

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht – 113
--

Sonstige Informationen

Bewertungsanpassungen – 114
Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen – 114
Impressum – 119

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (%) ¹	31.3.2017	31.12.2016	Haupttreiber
Weltwirtschaft	3,4 %²	3,4 %	Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte im Laufe des Jahres 2017 weiter etwas zulegen, da Gegenwinde wie geringere Rohstoffpreise nachlassen, was dem Welthandel Impulse geben sollte. Rohstoffproduzenten, häufig Schwellenländer, dürften davon stärker profitieren als Industrieländer, bei denen strukturelle Defizite und hohe Verschuldung oft bremsend auf den Ausblick wirken.
Davon:			
Industrieländer	1,8 % ²	1,9 %	
Schwellenländer	4,8 % ²	4,7 %	
Eurozone	1,4 %²	1,8 %	Steigende Ölpreise und politische Unsicherheit dämpfen Wachstum temporär, stützend sollten dagegen die expansive Geldpolitik und ein steigender Welthandel wirken.
Davon: Deutschland	1,5 % ²	1,8 %	
USA	2,2 %²	2,0 %	Negativer Einfluss des starken US-Dollar auf Exporteure und schwache Ölpreise für Energiesektor lassen nach. Solide Entwicklung der Binnenwirtschaft gestützt durch positivere Stimmungsdaten. Wirtschaftspolitik dürfte zusätzliche Impulse auf das Wirtschaftswachstum haben.
Japan	1,3 %²	1,6 %	Leichte exportgestützte Wachstumszunahme in 2017 trotz schwachem Jahresauftakt.
Asien³	6,2 %²	6,3 %	Stärkerer Welthandel stützt, aber durch binnenwirtschaftliche Schwäche in einigen Schwellenländern kompensiert.
Davon: China	6,9 % ²	6,8 %	Erholung im Immobiliensektor und anziehende Infrastrukturinvestitionen stützen Anfang des Jahres 2017, aber nachlassendes Wachstum erwartet.

¹ Quartärlches reales BIP (% gegenüber Vorjahr); Quellen: nationale Behörden, falls nicht anders angegeben.

² Quellen: Deutsche Bank Research Prognosen.

³ Enthält: China, Indien, Indonesien, Republik Korea und Taiwan.

Umfeld Bankenbranche

Die Kreditvergabe an den privaten Sektor im Euroraum verbesserte sich im ersten Quartal des Jahres 2017 graduell weiter. Das ausstehende Volumen an Unternehmen liegt mittlerweile 0,4 % im Plus gegenüber dem Vorjahr. Das Geschäft mit Privathaushalten stieg sogar um 2,1 %, einen der besten Werte seit 2011. Eine viel stärkere Dynamik herrscht allerdings unverändert auf der Refinanzierungsseite: Die Einlagen der Unternehmen bei den Banken wuchsen um mehr als 6 %, der dreimal so große Block der Einlagen von Privatpersonen immerhin mit rund 4 %. Das Verhältnis von Krediten zu Einlagen sinkt damit weiter, von 111 % im Vorjahr auf aktuell unter 108 %.

In Deutschland setzte sich die Expansion sowohl der Ausleihungen an Unternehmen auf circa 2,5 % p.a. als auch der privaten Hypothekarkredite auf nahezu 4 % zu Jahresbeginn fort. Gleichzeitig beschleunigte sich der Zuwachs auf der Einlagenseite noch mal auf über 5 %, trotz extrem niedriger Zinsen. Die deutschen Banken bleiben also, wie auch die Branche im Eurogebiet insgesamt, unter erheblichem Druck, die ihnen zufließenden Mittel in Form von neuen Krediten auszureichen oder anderweitig anzulegen.

In den USA mussten die Banken im ersten Quartal des Jahres 2017 einen Einbruch bei der Kreditvergabe hinnehmen. Nachdem in den Monaten zuvor bereits eine moderate Verlangsamung zu verzeichnen war, verschlechterte sich die Lage zwischen Dezember und März drastisch. Die klassischen Kredite an Unternehmen schrumpften im Quartalsvergleich sogar um über 3 % annualisiert und inklusive gewerblicher Immobilienkredite fiel das vierteljährliche Plus auf weniger als 2 %. Vor einem Jahr hatte es noch bei 13 % gelegen. Auch im Endkundensegment war das Auftaktquartal von starken Bremseffekten geprägt: Das Hypothekenvolumen stagnierte gegenüber Dezember 2016, bei den Verbraucherkrediten fiel das Quartalswachstum auf nur noch 2 % annualisiert, von 6 % im vierten Quartal des Jahres 2016, und die Eigenheim-Kredite schrumpften einmal mehr kräftig. Die Einlagen des Privatsektors legten hingegen im traditionell starken Startquartal um robuste 6 % annualisiert gegenüber dem Jahresende 2016 zu, so dass der Vorjahresvergleich praktisch bei 5 % verharnte.

In Japan stiegen die insgesamt ausstehenden Kredite im ersten Quartal des Jahres 2017 um knapp 3 % im Jahresvergleich, während sich gleichzeitig das Einlagenwachstum leicht auf 5 % verringerte. In China blieb die Kreditexpansion auf sehr hohem Niveau bei 13 % über zwölf Monate, vor allem getrieben durch eine noch einmal etwas beschleunigte Kreditvergabe an Haushalte von 25 %, was mittelfristig nicht nachhaltig sein dürfte. Bei den Krediten an Unternehmen blieb es dagegen bei verhältnismäßig moderaten 9 %. Die Einlagen des Privatsektors lagen ebenfalls fast 13 % über dem Vorjahresstand.

Ergebnis der Deutschen Bank

Die Erträge im ersten Quartal 2017 wurden vorwiegend beeinträchtigt durch einen negativen Effekt von mehr als 700 Mio €, hauptsächlich aufgrund der Veränderungen der Risikoprämien auf Verbindlichkeiten der Deutschen Bank. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft profitierte von einer besseren Situation im Metall-, Minen-, Öl- und Gassektor. Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt, sowie die bereinigte Kostenbasis lagen beide unter dem Niveau des Vorjahresquartals und reflektieren Kosteneinsparungen und Verkäufe wie auch den positiven Effekt, dass die NCOU seit Anfang 2017 nicht mehr als Unternehmensbereich existiert. Im März 2017 haben wir eine verfeinerte Strategie und eine Kapitalerhöhung bekannt gegeben. Wir planen die Postbank und unseren Geschäftsbereich Privat- & Firmenkunden zu verschmelzen, einen Minderheitsanteil der Deutsche Asset Management - Vermögensverwaltungssparte an die Börse zu bringen und eine integrierte Unternehmens- und Investmentbank zu schaffen. Die Kapitalerhöhung wurde erfolgreich Anfang April umgesetzt mit einem Bruttoerlös von ca. 8 Mrd €. Diese Maßnahmen sind ein signifikanter Schritt, um ein einfachere und stärkere Bank zu schaffen und wieder wachsen zu können.

Konzernfinanzkennzahlen (KPIs) für die ersten drei Monate

Konzernfinanzkennzahlen	31.3.2017	31.3.2016
Erträge	7,3 Mrd €	8,1 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	0,9 Mrd €	0,6 Mrd €
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	0,6 Mrd €	0,2 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	4,5 %	1,6 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ¹	3,8 %	1,4 %
Bereinigte Kostenbasis ²	6,3 Mrd €	6,7 Mrd €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	86,2 %	89,0 %
Risikogewichtete Aktiva ⁴	357,7 Mrd €	400,9 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁵	11,9 % ⁶	10,7 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ^{7,8}	3,4 %	3,4 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts zu finden.

² Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sowie Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts enthalten.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁴ Risikogewichtete Aktiva und Kapitalquoten basieren auf der Vollumsetzung der CRR/CRD 4.

⁵ Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Common Equity Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁶ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, eine Dividende von 0,19 € je Aktie für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, aus dem zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn. Dies schließt neu emittierte Aktien aus unserer Kapitalerhöhung im April 2017 ein. Die Dividende beinhaltet den Anteil aus dem Bilanzgewinn aus 2015 von ca. 165 Mio € (0,11 € je Aktie). Die aus dem nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften bestimmten Bilanzgewinn der Deutsche Bank AG für 2016 zu bezahlende Dividende für ihren Einzelabschluss beinhaltet eine Komponente, welche den aus dem Jahr 2015 vorgetragenen Bilanzgewinn in Höhe von rund 165 Mio € reflektiert, und sieht eine Dividende in Höhe von 0,11 € pro Aktie aus dem verbleibenden Bilanzgewinn für 2016 vor. Wir erwarten, im Mai 2017 insgesamt eine Dividendenzahlung in Höhe von rund 400 Mio € zu leisten.

⁷ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

⁸ Die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung betrug 4,0 % zum 31. März 2017

Die Änderungen im Zusammenhang mit der verfeinerten Strategie, die wir im März 2017 angekündigt haben, werden in unserem Berichtswesen reflektiert, sobald deren Umsetzung abgeschlossen ist. Da die NCOU seit 2017 nicht mehr als eigenständiger Unternehmensbereich existiert sind nur die entsprechenden Finanzinformationen von 2016 in diesem Bericht enthalten.

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge:				
Davon:				
GM	2.595	2.818	- 223	- 8
CIB	1.814	1.821	- 6	- 0
PW&CC	1.931	1.736	195	11
Deutsche AM	607	691	- 84	- 12
Postbank	771	861	- 89	- 10
NCOU	0	16	- 16	N/A
C&A	- 372	126	- 499	N/A
Erträge insgesamt	7.346	8.068	- 722	- 9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	133	304	- 171	- 56
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	3.147	3.194	- 46	- 1
Sachaufwand	3.201	3.736	- 535	- 14
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	44	- 44	- 100
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	- 14	211	- 225	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.334	7.184	- 850	- 12
Ergebnis vor Steuern	878	579	299	52
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	303	343	- 40	- 12
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	575	236	338	143

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

Im ersten Quartal 2017 wurden niedrigere Erträge ausgewiesen. Die Erträge wurden vorwiegend beeinträchtigt durch einen negativen Effekt von mehr als 700 Mio €, hauptsächlich aufgrund der Veränderungen der Risikoprämien auf Verbindlichkeiten der Deutschen Bank. Der Ertragsrückgang wurde durch niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen und eine gesunkene Risikovorsorge im Kreditgeschäft kompensiert.

Die Konzernerträge sanken im ersten Quartal 2017 um 722 Mio € (9 %) auf 7,3 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf eine negative Veränderung von mehr als 700 Mio Euro im Wesentlichen aufgrund eines Rückgangs der Risikoprämien auf Verbindlichkeiten der Deutschen Bank im ersten Quartal 2017 verglichen mit einem Anstieg im Vorjahresquartal zurückzuführen, was sowohl Bewertungsanpassungen von Derivativen in Global Markets als auch eigene Verbindlichkeiten in Consolidation & Adjustments beeinflusste. Der Rückgang in GM wurde zum Teil durch bessere Ertragsentwicklung in Sales & Trading (Debt) kompensiert. Der Rückgang in AM resultierte hauptsächlich aus dem Wegfall eines Einmalgewinns aus dem Verkauf des Vermögensverwaltungsgeschäfts in Indien und der Zuschreibung im Zusammenhang mit der HETA Asset Resolution AG, die im ersten Quartal 2016 verbucht worden waren. Die Abnahme der Erträge bei der Postbank stand in erster Linie im Zusammenhang mit nicht wiederkehrenden Erträgen aus Veräußerungen im Vorjahr und einer negativen Auswirkung von Absicherungsgeschäften. Die vorgenannten Rückgänge wurden teilweise aufgehoben durch höhere Erträge in PW&CC, hauptsächlich durch Sondereffekte aus erfolgreichen Workout-Transaktionen in der Sal. Oppenheim (Wealth Management), während das erste Quartal 2016 einen negativen Bewertungseffekt im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. enthielt.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Quartal 2017 auf 133 Mio € und war damit um 171 Mio € (56 %) niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies war hauptsächlich zurückzuführen auf im Vorjahr gebildete Risikovorsorge auf Vermögenswerte, welche in der NCOU berichtet wurden, und in CIB auf verbesserte Bedingungen im Öl- und Gassektor. Letztere kompensierten eine höhere Risikovorsorge im Portfolio für Schiffsfinauzierungen, das weiterhin durch die Herausforderungen der Branche belastet wird.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Quartal 2017 mit 6,3 Mrd € um 850 Mio € (12 %) unter dem Niveau des ersten Quartals 2016. In dem Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen spiegeln sich die Kostenreduzierung durch die Schließung der NCOU und die Bemühungen um ein effizientes Kostenmanagement wider. Der Personalaufwand lag mit 3,1 Mrd € um 46 Mio € (1 %) unter demjenigen des Vergleichszeitraums des Vorjahres, was auf Personalreduzierungen zurückzuführen war, der zum Teil durch höhere Abschreibungen auf Deferred Awards kompensiert wurde. Der Sachaufwand belief sich auf 3,2 Mrd €, was einem Rückgang um 535 Mio € (14 %) entspricht. Dies resultierte vorwiegend aus einem deutlichen Rückgang der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Vergleich zum ersten Quartal 2016, der Schließung der NCOU und geringeren Kosten für Beratungsdienstleistungen. Der Restrukturierungsaufwand betrug negative 14 Mio €, was einem Rückgang um 225 Mio € gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht. Dies war hauptsächlich auf eine Auflösung von Restrukturierungsvorsorge zurückzuführen, die unsere disziplinierte Umsetzung der Reorganisationsmaßnahmen im PW&CC Geschäft in Deutschland reflektiert.

Das Ergebnis vor Steuern lag im ersten Quartal 2017 mit 878 Mio € um 299 Mio € (52 %) über dem Ergebnis des ersten Quartals 2016. Diese Verbesserung ist in erster Linie den niedrigeren Zinsunabhängigen Aufwendungen und der gesunkenen Risikovorsorge im Kreditgeschäft zuzurechnen.

Der Jahresüberschuss im ersten Quartal 2017 war 575 Mio € gegenüber einem Jahresüberschuss von 236 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Der Ertragssteueraufwand lag im ersten Quartal 2017 bei 303 Mio € im Vergleich zu 343 Mio € im ersten Quartal 2016. Die effektive Steuerquote im ersten Quartal 2017 belief sich auf 35 %. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals von 59 % wurde im Wesentlichen durch Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen und unserem Investment in der Hua Xia Bank Co. Ltd. beeinflusst.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das erste Quartal 2017 und 2016 und den Dreimonatszeitraum des entsprechenden Jahres. Für Informationen zu den Änderungen in der Segmentberichterstattung siehe den entsprechenden Abschnitt „Segmentberichterstattung“ in den Anhangangaben.

	1. Quartal 2017							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	2.595	1.814	1.931	607	771	-	- 372	7.346
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	13	44	45	- 0	32	-	- 1	133
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	512	480	610	164	338	-	1.044	3.147
Sachaufwand	1.802	821	1.005	259	319	-	- 1.005	3.201
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	0	-	0	0
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	-	0	0
Restrukturierungsaufwand	25	7	- 48	2	0	-	0	- 14
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.338	1.308	1.566	425	657	-	39	6.334
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	4	0	- 0	0	0	-	- 4	0
Ergebnis vor Steuern	240	462	320	181	81	-	- 406	878
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	90	72	81	70	85	-	N/M	86
Aktiva	977.844	199.378	190.444	12.538	140.325	-	44.227	1.564.756
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	162.446	81.809	45.502	9.531	42.129	-	16.291	357.709
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	702.310	277.089	195.100	3.342	147.327	-	44.086	1.369.254
Durchschnittliches Eigenkapital	28.232	12.207	8.449	4.760	5.565	-	599	59.812
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	2,5	11,4	12,7	52,9	4,2	-	N/A	4,5
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	2,3	10,1	10,1	10,2	3,9	-	N/A	3,8

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das erste Quartal 2017 35 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 33 % zugrunde gelegt.

1. Quartal
2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge	2.818	1.821	1.736	691	861	16	126	8.068
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	15	135	36	0	41	75	1	304
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	517	508	650	172	348	15	985	3.194
Sachaufwand	1.797	791	932	306	349	454	- 894	3.736
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	44	0	0	0	44
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	71	73	56	6	0	5	- 0	211
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.385	1.372	1.637	528	697	475	91	7.184
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	23	0	0	0	0	- 0	- 23	0
Ergebnis vor Steuern	395	313	63	162	122	- 533	57	579
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	85	75	94	76	81	N/A	N/A	89
Aktiva	1.220.072	135.718	173.402	28.086	139.017	19.356	24.918	1.740.569
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	167.635	85.218	49.771	12.118	43.754	30.687	11.713	400.896
Verschuldungsposition (CRD 4) – Stichtagswert	750.049	262.913	183.049	4.919	144.918	31.182	13.434	1.390.464
Durchschnittliches Eigenkapital	26.878	12.167	8.921	5.870	5.113	3.611	15	62.575
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	4,1	7,4	2,3	41,2	6,6	N/A	N/A	1,6
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	3,8	6,7	1,8	7,2	6,2	N/A	N/A	1,4

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, die für das erste Quartal 2016 59 % betrug. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

Unternehmensbereiche

Global Markets (GM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge:				
Sales & Trading (Equity)	674	751	- 78	- 10
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.290	2.067	223	11
Sales & Trading	2.963	2.818	145	5
Sonstige Produkte	- 369	- 0	- 368	N/A
Erträge insgesamt	2.595	2.818	- 223	- 8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	13	15	- 2	- 16
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	512	517	- 5	- 1
Sachaufwand	1.802	1.797	4	0
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	25	71	- 46	- 65
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.338	2.385	- 46	- 2
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	4	23	- 19	- 82
Ergebnis vor Steuern	240	395	- 155	- 39

N/A – nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

Die Erträge im Unternehmensbereich Global Markets beliefen sich im ersten Quartal 2017 auf 2,6 Mrd €, was einem Rückgang von 223 Mio € (8 %) gegenüber 2,8 Mrd € im Vorjahresquartal entspricht. Das Marktumfeld für den Handel mit festverzinslichen Wertpapieren verbesserte sich. Im Berichtsquartal ist ein Verlust von 239 Mio € aufgrund von Bewertungsanpassungen (kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen; Credit Valuation Adjustments - CVA/forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen; Debt Valuation Adjustments - DVA/refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen; Funding Valuation Adjustments - FVA) enthalten, während das erste Quartal 2016 positive Bewertungseffekte aus diesen Bewertungsanpassungen sowie Gewinne aus dem Übernahmeangebot für bestimmte, eigene Schuldtitel enthielt.

Der Bereich Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 2,3 Mrd €, die um 223 Mio € (11 %) über dem Wert des Vorjahresquartals lagen. Im Devisengeschäft lagen die Erträge aufgrund einer geringen Volatilität an den Märkten, die sich auf das kundenbezogene Geschäft auswirkte, unter dem Niveau des Vorjahres. Im Core Rates-Geschäft wurden dank einer soliden Geschäftsentwicklung in Europa und in den USA deutlich höhere Erträge erzielt. Der Ertragszuwachs im Kreditgeschäft war auf rege Kundenaktivität im Bereich Financing & Solutions und im Geschäft mit US-gewerblichen Immobilien sowie ein besseres Ergebnis im kundenbezogenen Geschäft zurückzuführen. Die Erträge im Bereich Emerging Markets in Lateinamerika und in CEEMEA lagen auf dem Vorjahresniveau. Die Erträge im Bereich Asia Pacific Local Markets legten infolge eines günstigeren Marktumfelds im Vergleich zu einem schwierigen Vorjahresquartal deutlich zu.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge von 674 Mio €, was einem Rückgang von 78 Mio € (10 %) entsprach. Die Erträge im Bereich Cash Equity lagen über jenen des Vorjahres, unterstützt durch den Anstieg im Aktienemissionsgeschäft, insbesondere in den USA. Im Bereich Equity Derivatives stiegen die Erträge ebenfalls; das Geschäft mit strukturierten Produkten in Europa verbesserte sich und die Kundenaktivität in den USA stieg. Die Erträge in Prime Finance lagen aufgrund höherer Refinanzierungskosten und eines Rückgangs der Kundenpositionen deutlich unter dem Vorjahreswert.

Die Erträge aus sonstigen Produkten beliefen sich auf minus 369 Mio im Vergleich zu weniger als einer Million im ersten Quartal 2016. Sie beinhalteten Transfers aus dem und in den Bereich Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultierten, sowie die folgenden Bewertungsanpassungen: erstens einen Verlust von 219 Mio € (2016: Gewinn von 202 Mio €) im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften. Davon sind 136 Mio € auf eine Änderung der Gläubigerhierarchie im Fall einer Bankinsolvenz durch das am 1. Januar 2017 in Kraft getretene Abwicklungsmechanismusgesetz zurückzuführen. Derivate-Gegenparteien erhalten einen höheren Schutz, weil der Puffer von vorrangigen unbesicherten Schudtiteln unter ihnen in der Wasserfallstruktur angesiedelt ist. Durch diesen höheren Schutz steigt der Wert der Derivate für die Gegenpartei und somit der Wert der Derivatverbindlichkeiten in unserer Bilanz, wodurch der Verlust zustande kommt. Zweitens enthielten die Erträge aus sonstigen Produkten einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVAs) von 24 Mio € (2016: Verlust von 79 Mio €). Drittens enthielten die Erträge aus sonstigen Produkten einen Marktwertgewinn von 4 Mio € (2016: Gewinn von 22 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVAs).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 13 Mio € (2016: 15 Mio €), was hauptsächlich auf einige wenige Engagements zurückzuführen war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 46 Mio € (2 %). Die Abnahme geht vor allem auf niedrigere Restrukturierungsaufwendungen und Abfindungszahlungen sowie Fremdwährungseffekte zurück.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Gewinn von 240 Mio € (2016: Gewinn von 395 Mio €). Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus den geringeren Erträgen im ersten Quartal 2017.

Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking (CIB)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge:				
Trade Finance & Cash Management Corporates	634	657	- 24	- 4
Institutional Cash & Securities Services	421	457	- 36	- 8
Equity-Emissionsgeschäft	153	64	88	137
Debt-Emissionsgeschäft	390	294	96	33
Beratung	114	151	- 36	- 24
Kreditgeschäft & Sonstiges	103	197	- 94	- 48
Erträge insgesamt	1.814	1.821	- 6	- 0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	44	135	- 91	- 67
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	480	508	- 28	- 6
Sachaufwand	821	791	30	4
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	7	73	- 66	- 90
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.308	1.372	- 64	- 5
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	- 0	- 73
Ergebnis vor Steuern	462	313	149	47

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

CIB erreichte im ersten Quartal 2017 ein Ergebnis vor Steuern von 462 Mio €, ein Anstieg von 47 % verglichen mit dem ersten Quartal des Vorjahres. Dies ist vorwiegend auf eine positive Entwicklung in der Risikovorsorge und den Zinsunabhängigen Aufwendungen zurückzuführen. Die Erträge des ersten Quartals 2017 blieben auf dem Niveau des Vorjahresquartals, wobei die Entwicklung von Global Transaction Banking und Corporate Finance gegenläufig waren.

Die Erträge lagen mit 1,8 Mrd € auf dem Niveau des ersten Quartals 2016. Der Bereich Global Transaction Banking verzeichnete einen Ertragsrückgang von 59 Mio € (5 %). Die Erträge im Bereich Trade Finance & Cash Management Corporates sanken um 24 Mio € (4 %) infolge unseres strategischen Rückzugs aus dem Geschäft mit bestimmten Kunden, Produkten und Ländern. Dieser belastete das Geschäftsergebnis. Die Erträge im Bereich Institutional Cash and Securities Services gingen um 36 Mio € (8 %) zurück. Grund hierfür sind ebenfalls bewusste Maßnahmen zur Verringerung der Anzahl der Kunden und Länder, in denen wir aktiv sind. Die Auswirkungen daraus wurden durch Zinserhöhungen in den USA teilweise gemindert. Im Gegensatz dazu verzeichnete Corporate Finance gute Fortschritte gegenüber dem Vorjahresquartal, die der allgemeinen

Marktentwicklung entsprach. Die Erträge im Aktienemissionsgeschäft stiegen um 88 Mio € (137 %) verglichen mit einem schwachen ersten Quartal 2016. Weltweit erhöhten sich die Volumina um mehr als 75 %; eine besondere Renaissance erlebte der US-amerikanische Neuemissionsmarkt, auf dem die Deutsche Bank ein wichtiger Akteur ist. Die Erträge im Anleiheemissionsgeschäft lagen um 96 Mio € (33 %) über dem Vorjahreswert. Besonders positiv entwickelten sich der Bereich Leverage Financing und das Hochzins-Geschäft in den USA, wo die erwarteten Zinserhöhungen die Gesamtangebotsmenge im Markt auf Rekordhöhe ansteigen ließen. Im Beratungsgeschäft sanken die Erträge um 36 Mio € (24 %) gegenüber dem Vorjahr nach einem starken ersten Quartal 2016. Die Erträge im Bereich Kreditgeschäft & Sonstiges verringerten sich um 94 Mio € (48 %), resultierend aus der Kreditvergabe an Unternehmen, Überträgen aus dem und in das Segment Global Markets und Änderungen der internen Refinanzierungsvorgaben. Letztere hatten keine Auswirkungen auf der Konzernebene.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank um 91 Mio € auf 44 Mio € im Quartal. Der Rückgang im Jahresvergleich ist auf die besseren Bedingungen im Metall- und Bergbau sowie Öl- und Gasportfolio zurückzuführen, der die höhere Risikovorsorge im Segment der Schiffsfinanzierungen kompensierte, welches weiterhin durch die Herausforderungen der Branche belastet wird.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 64 Mio € (5 %) gegenüber dem Vorjahr, bedingt durch die geringeren Restrukturierungskosten im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Das Ergebnis vor Steuern stieg gegenüber dem ersten Quartal 2016 um 149 Mio € (47 %) auf 462 Mio €. Zu dieser Verbesserung im Vorjahresvergleich trugen der deutliche Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft und die geringeren Zinsunabhängigen Aufwendungen bei stabilen Erträgen bei.

Unternehmensbereich Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge:				
Kreditgeschäft	551	540	12	2
Einlagengeschäft	254	312	- 58	- 18
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	308	299	8	3
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	143	137	6	4
Sonstige Produkte	41	75	- 33	- 45
Private & Commercial Clients (PCC) Erträge insgesamt	1.297	1.362	- 65	- 5
Zinsüberschuss	161	213	- 52	- 25
Managementgebühren	156	176	- 19	- 11
Transaktionsbezogene Erträge	91	100	- 9	- 9
Sonstige Erträge	226	9	217	N/A
Wealth Management (WM) Erträge insgesamt	634	498	136	27
Hua Xia	0	- 124	124	N/A
Erträge insgesamt	1.931	1.736	195	11
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	45	36	9	24
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	610	650	- 40	- 6
Sachaufwand	1.005	932	73	8
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	- 48	56	- 104	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.566	1.637	- 71	- 4
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 0	0	- 0	N/A
Ergebnis vor Steuern	320	63	257	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

PW&CC erzielte im ersten Quartal 2017 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 320 Mio €. Der Anstieg von 257 Mio € gegenüber dem Vorjahreszeitraum war vornehmlich auf Sondereffekte in beiden Quartalen zurückzuführen. Das erste Quartal 2016 enthielt einen negativen Bewertungseffekt im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd., während das erste Quartal 2017 durch Effekte aus erfolgreichen Workout-Transaktionen in der Sal. Oppenheim (Wealth Management) und durch eine Nettoauflösung von Rückstellungen für Restrukturierungen günstig beeinflusst wurde. Ohne diese Effekte war die geschäftliche Entwicklung von PW&CC im ersten Quartal 2017 solide. Die niedrigen Zinsen belasteten weiterhin die Erträge im Einlagengeschäft, wurden jedoch durch das Wachstum der Erträge im Kreditgeschäft sowie im Wertpapier-/Anlagegeschäft teilweise kompensiert. Im ersten Quartal verzeichnete PW&CC Nettomittelzuflüsse von 3 Mrd €. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten sowohl Einsparungen aus umgesetzten Restrukturierungsmaßnahmen als auch höhere Investitionsausgaben.

Die Erträge stiegen im ersten Quartal 2017 auf 1,9 Mrd €. Sie lagen damit um 195 Mio € (11 %) über dem Vorjahreszeitraum. Dies war insbesondere auf den sich nicht wiederholenden negativen Bewertungseffekt von 124 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. im ersten Quartal 2016 sowie Effekte aus erfolgreichen Workout-Transaktionen in der Sal. Oppenheim (Wealth Management) im ersten Quartal 2017 zurückzuführen. In den Private & Commercial Clients (PCC)-Bereichen sanken die Erträge um 65 Mio € (5 %) gegenüber dem Vorjahresquartal, das eine Dividendenzahlung von 50 Mio € enthielt, die im Nachgang zu einer von einem Beteiligungsunternehmen von PCC in 2015 durchgeführten Verkaufstransaktion entstand. Zudem führten weiterhin niedrige Zinsen zu einem Ertragsrückgang im Einlagengeschäft um 58 Mio € (18 %). Dieser Rückgang wurde durch einen Anstieg der Erträge aus dem Kreditgeschäft (verbessert um 12 Mio € oder 2 % infolge höherer Kreditvolumina und leichten Anstiegs der Margen) sowie durch höhere Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft (verbessert um 8 Mio € oder 3 % infolge des Vertriebsfokus in diesen Produkten) teilweise kompensiert. Im Geschäftsbereich Wealth Management (WM) stiegen die Erträge um 136 Mio € (27 %). Die Sonstigen Erträge erhöhten sich um 217 Mio €, bedingt durch Effekte aus erfolgreichen Workout-Transaktionen in der Sal. Oppenheim. Diese glichen den Effekt des Rückgangs der Ertragsbasis nach dem im dritten Quartal 2016 erfolgten Verkauf der Private Client Services-Einheit (PCS) mehr als aus. Ohne diese Faktoren lagen die Erträge von WM im Berichtsquartal ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. In Kernregionen wie Asien/Pazifik und Deutschland wurden höhere transaktionsbezogene Erträge und Managementgebühren erzielt, denen ein Rückgang im Zinsüberschuss hauptsächlich infolge geringerer Einlagenvolumina und ausgewählter Kreditverkäufe gegenüberstand.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb mit 45 Mio € auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies spiegelt sowohl die hohe Qualität des Kreditportfolios als auch das günstige wirtschaftliche Umfeld wider. Im ersten Quartal 2016 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 36 Mio €. Sie enthielt positive Effekte aus ausgewählten Portfolioverkäufen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken im Vorjahresvergleich um 71 Mio € (4 %) auf 1,6 Mrd €, im Wesentlichen wegen Restrukturierungsaktivitäten, die im Quartalsvergleich einen positiven Effekt von 104 Mio € beigetragen haben. Im Vorjahresquartal fiel ein Restrukturierungsaufwand von 56 Mio € an, während sich im ersten Quartal 2017 eine Nettoauflösung von Rückstellungen für Restrukturierungen von 48 Mio € ergab, die unsere disziplinierte Umsetzung der Reorganisationsmaßnahmen im Private and Commercial Clients-Geschäft in Deutschland widerspiegelt. Zudem wirkten sich die geringere Kostenbasis nach der Veräußerung der PCS-Einheit und Einsparungen infolge durchgeführter Umbaumaßnahmen ebenfalls günstig auf die Zinsunabhängigen Aufwendungen im ersten Quartal 2017 aus. Diesen Kosteneinsparungen standen höhere Infrastruktur- und Investitionsausgaben für Digitalisierung, regulatorische Projekte und andere Initiativen gegenüber.

Das Ergebnis vor Steuern erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 257 Mio € auf 320 Mio €. Der Anstieg war im Wesentlichen auf die zuvor genannten Effekte in den Erträgen in der Hua Xia Bank Co. Ltd. und der Sal. Oppenheim Franchise zurückzuführen sowie auf geringere Restrukturierungsaufwendungen.

Die Invested Assets von PW&CC von 432 Mrd € stiegen gegenüber dem 31. Dezember 2016 um 8 Mrd €. Hierzu trugen im Wesentlichen Nettomittelzuflüsse von insgesamt 3 Mrd € (davon 1 Mrd € in WM und 2 Mrd € in PCC) und positive Markteffekte bei, die zum Teil durch negative Währungseffekte kompensiert wurden. Die Nettomittelzuflüsse betrafen hauptsächlich das Einlagengeschäft und waren zum Teil Folge der erfolgreichen Rückgewinnung von Mandaten nach den Nettomittelabflüssen im dritten und vierten Quartal 2016 infolge der negativen Marktwahrnehmung der Bank.

Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge:				
Managementgebühren	562	542	21	4
Transaktionsbezogene Erträge	19	22	-3	-13
Sonstige Erträge	25	84	-59	-70
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	0	43	-43	N/A
Erträge insgesamt	607	691	-84	-12
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-0	0	-0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	164	172	-8	-4
Sachaufwand	259	306	-48	-16
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	44	-44	-100
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	2	6	-4	-63
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	425	528	-103	-19
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	181	162	19	12

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

Die Deutsche AM verzeichnete im ersten Quartal 2017 eine solide Geschäftsentwicklung, die durch das bessere Marktumfeld im Vergleich zum Vorjahresquartal begünstigt wurde. Nachdem der Unternehmensbereich in sechs aufeinanderfolgenden Quartalen Mittelabflüsse hinnehmen musste, kehrte sich der Trend im ersten Quartal 2017 um, und es wurden in den meisten Regionen wieder Mittelzuflüsse erzielt.

Die Erträge beliefen sich auf 607 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang von 84 Mio € (12 %). Die Managementgebühren stiegen um 21 Mio € (4 %). Hierzu trugen vor allem Geschäfte in aktiven Produkten bei, begünstigt durch positive Marktentwicklungen. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge sanken um 3 Mio € (13 %). Dieser Rückgang ist auf die geringeren erfolgsabhängigen Provisionserträge bei Geschäften in aktiven Produkten zurückzuführen. Die Sonstigen Erträge sanken um 59 Mio € (70 %) gegenüber dem Vorjahresquartal, in dem Erlöse aus der Veräußerung des Vermögensverwaltungsgeschäfts in Indien und eine Zuschreibung im Zusammenhang mit dem Engagement bei der HETA Asset Resolution AG anfielen. Dieser Rückgang wurde durch die positive Marktwertanpassung von Garantierprodukten etwas abgemildert. Bedingt durch den Verkauf von Abbey Life im vierten Quartal 2016 ergab sich keine Marktwertanpassung allerdings ein Rückgang der Erträge von 43 Mio € gegenüber dem Vorjahresquartal.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 103 Mio € (19 %) auf 425 Mio €. Grund hierfür ist der geringere Sachaufwand, der hauptsächlich aus verringerten Aufwendungen für Abfindungen und Restrukturierung resultiert, sowie der Wegfall von Kosten im Zusammenhang mit Abbey Life.

Das Ergebnis vor Steuern verbesserte sich infolge der geringeren zinsunabhängigen Aufwendungen um 19 Mio € (12 %) gegenüber dem Vorjahr auf 181 Mio €. Dieser Anstieg wurde durch den Ertragsrückgang im Vergleich zum Vorjahresquartal, das von mehreren einmaligen Posten profitierte, teilweise neutralisiert.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. März 2017 auf 723 Mrd € und spiegeln einen Anstieg von 17 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2016 wider. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen Nettozuflüsse von 5 Mrd € sowie die günstige Marktentwicklung, die 13 Mrd € beisteuerte.

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2016	84	63	171	305	82	706
Zuflüsse	6	5	11	21	6	50
Abflüsse	-4	-4	-10	-20	-6	-45
Nettomittelaufkommen	2	1	1	0	1	5
Währungsentwicklung	0	0	-1	-1	0	-2
Marktentwicklung	1	0	10	1	1	13
Sonstiges	0	0	1	0	1	1
Bestand zum 31. März 2017	86	63	183	306	84	723
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	55	6	52	14	45	31

Postbank

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge:				
Girogeschäft	283	282	2	1
Kreditgeschäft	308	283	25	9
Spargeschäft	127	162	-35	-22
Baufinanzierung & Bauspar	49	59	-9	-16
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	32	27	5	20
Postdienstleistungen	54	58	-4	-6
NCOU	-61	-39	-21	54
Sonstiges	-22	30	-52	N/A
Erträge insgesamt	771	861	-89	-10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	32	41	-9	-22
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	338	348	-9	-3
Sachaufwand	319	349	-30	-9
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	657	697	-39	-6
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	81	122	-41	-33

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

Die Postbank konzentrierte sich im ersten Quartal 2017 weiterhin auf Maßnahmen zur Steigerung des Kreditgeschäfts sowie zur Kostensenkung und Effizienzsteigerung. Die Erträge sanken im Vergleich zum Vorjahresquartal insgesamt um 89 Mio € (10 %) auf 771 Mio €. Die Sonstigen Erträge verringerten sich um 51 Mio € (173 %), was hauptsächlich auf nicht wiederkehrende positive Effekte aus Veräußerungen und negative Effekte aus Absicherungsgeschäften sowie Anpassungen in den baupar-technischen Rückstellungen zurückzuführen war. Die Erträge in der NCOU der Postbank wurden durch Absicherungsgeschäfte belastet, die einen Rückgang von 21 Mio € (54 %) verursachten. Die Erträge im Spargeschäft sanken aufgrund des Niedrigzinsumfelds um 35 Mio € (22 %) auf 127 Mio €. Die rückläufigen Zinserträge im Girogeschäft wurden durch die Einführung neuer Preismodelle für Girokonten aufgefangen. Die Postbank steigerte ihre Erträge im Kreditgeschäft um 25 Mio € (9 %). Ursächlich hierfür waren in erster Linie die insgesamt höheren Kreditvolumina. Die Erträge im Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft verringerten sich um 9 Mio € (16 %), was hauptsächlich daran lag, dass sich Kunden ihre teilweise hochverzinslichen Bauspar-einlagen nicht auszahlen oder in Baufinanzierungen umwandeln lassen wollten. Die Erträge der Postbank im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft stiegen um 5 Mio € (20 %), während die Erträge aus Postdienstleistungen um 4 Mio € (6 %) sanken.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich um 9 Mio € (22 %). Dieser Rückgang spiegelt die weiterhin günstige Wirtschaftslage in Deutschland und die gute Qualität des Kreditportfolios der Postbank wider.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 39 Mio € (6 %) auf 657 Mio € was im Wesentlichen auf den gesunkenen Personalstand und die konsequente Reduzierung des Sachaufwands zurückzuführen ist.

Das Ergebnis vor Steuern verringerte sich im ersten Quartal 2017 um 41 Mio € (33 %) auf 81 Mio € hauptsächlich durch geringere Erträge, die zum Teil durch gesunkene zinsunabhängige Aufwendungen kompensiert wurden.

Die Invested Assets entwickelten sich im Vergleich zum 31. Dezember 2016 stabil und lagen zum 31. März 2017 bei 72 Mrd €. Das Kundenvermögen belief sich zum 31. März 2017 auf 113 Mrd €, ein Wachstum von 1 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2016.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge insgesamt	-	16	-16	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	75	-75	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	-	15	-15	N/A
Sachaufwand	-	454	-454	N/A
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	5	-5	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-	475	-475	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-	-0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	-	-533	533	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

Ab 2017 besteht die Non-Core Operations Unit (NCOU) nicht mehr als eigenständiger Unternehmensbereich. Die zum 31. Dezember 2016 verbliebenen Aktiva werden nun von den entsprechenden Segmenten des Kerngeschäfts, insbesondere Global Markets und Private Wealth & Commercial Clients, verwaltet.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	1. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2017	2016		
Erträge insgesamt	-372	126	-499	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1	1	-2	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:				
Personalaufwand	1.044	985	59	6
Sachaufwand	-1.005	-894	-111	12
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	-0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	39	91	-52	-57
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-4	-23	19	-82
Ergebnis vor Steuern	-406	57	-463	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

C&A verzeichnete im ersten Quartal 2017 einen Verlust vor Steuern von 406 Mio € gegenüber einem Gewinn von 57 Mio € im Vergleichsquarter des Vorjahres. Dieser Rückgang resultierte vornehmlich aus einem negativen Ergebnis von 187 Mio € aus Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen in 2017, nach einem Gewinn von 172 Mio € im Vorjahresquarter. Ursächlich dafür waren niedrigere Risikoaufschläge für eigene Verbindlichkeiten und Schwankungen in Cross-Currency-Basis-Spreads. Darüber hinaus enthielten die Erträge einen negativen Effekt in Höhe von 116 Mio € aus der Refinanzierung und Sicherstellung der Liquiditätspuffer, die über die Liquiditätsanforderungen hinausgehen.

Vermögenslage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2017	31.12.2016	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserven und Zentralbankeinlagen	179.461	181.364	- 1.903	- 1
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.467	11.606	- 1.139	- 10
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	38.966	36.368	2.598	7
Handelsaktiva	189.926	171.044	18.882	11
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	421.218	485.150	- 63.932	- 13
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	100.054	87.587	12.467	14
Davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	60.146	47.404	12.742	27
Forderungen aus Wertpapierleihen	22.596	21.136	1.460	7
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	409.352	408.909	443	0
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.197	3.206	- 9	- 0
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	115.002	105.100	9.902	9
Übrige Aktiva	97.115	100.213	- 3.098	- 3
Summe der Aktiva	1.564.756	1.590.546	- 25.790	- 2
Einlagen	555.440	550.204	5.236	1
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	22.977	29.338	- 6.361	- 22
Handelsspassiva	73.300	57.029	16.271	29
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	399.062	463.858	- 64.796	- 14
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	65.799	60.492	5.307	9
Davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	54.839	50.397	4.442	9
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	1.656	1.298	358	28
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	20.109	17.295	2.814	16
Langfristige Verbindlichkeiten	172.964	172.316	648	0
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	141.844	122.019	19.825	16
Übrige Passiva	48.408	53.176	- 4.768	- 9
Summe der Verbindlichkeiten	1.499.905	1.525.727	- 25.822	- 2
Eigenkapital insgesamt	64.852	64.819	33	0

Entwicklung der Aktiva

Die gesamten Aktiva sind im Vergleich zum Jahresende 2016 um 25,8 Mrd € (oder 2 %) zurückgegangen.

Der Nettorückgang wurde hauptsächlich von einem Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 63,9 Mrd € getrieben. Dieser Rückgang entfiel überwiegend auf Währungskursprodukte, bedingt durch eine geringere Volatilität sowie einen Rückgang in der Kundennachfrage, sowie auf Zinssatz-Produkte, wobei Änderungen in den Zinsstrukturkurven entgegengesetzt korreliert mit den Marktwerten waren.

Dieser Rückgang wurde teilweise durch einen Anstieg der Handelsaktiva um 18,9 Mrd € ausgeglichen, hauptsächlich in Schuldverschreibungen aufgrund höherer Anleihebestände in unserem europäischen und US-amerikanischen Geschäft mit Zinsprodukten sowie aufgrund gestiegener Kundennachfrage.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind zusammen um 16,8 Mrd € angestiegen. Haupttreiber hierfür waren gestiegene Aktivitäten zur Unternehmensfinanzierung sowie eine größere Kundennachfrage.

Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung erhöhten sich um 9,9 Mrd € infolge des üblicherweise zu verzeichnenden saisonalen Musters von niedrigeren Beständen zum Jahresende gegenüber höheren Volumina im Jahresverlauf.

Die Gesamtveränderung der Bilanz beinhaltet einen Rückgang in Höhe von 1,3 Mrd € aus Wechselkursveränderungen, hauptsächlich bedingt durch die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Effekte sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Die Summe der Verbindlichkeiten ging zum 31. März 2017 um 25,8 Mrd € (oder 2 %) gegenüber dem Jahresende 2016 zurück.

Der Gesamtrückgang war überwiegend durch eine Verringerung der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 64,8 Mrd € getrieben, welcher hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen war, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten bereits oben beschrieben wurden.

Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung stiegen um 19,8 Mrd €, was hauptsächlich auf die gleichen Ursachen zurückzuführen war, die für Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Die Erhöhung der Handelspassiva um 16,3 Mrd € entfiel hauptsächlich auf höhere Handelsaktivitäten in unserem europäischen und US-amerikanischen Geschäft mit Zinsprodukten.

Einlagen erhöhten sich in der Berichtsperiode um 5,2 Mrd €, hauptsächlich infolge von Initiativen in unserer Transaktionsbank sowie im Wealth Management zur Gewinnung von Einlagen, die teilweise durch eine Reduktion unserer Wholesale-Bestände kompensiert wurden.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen stiegen um 2,8 Mrd € an, überwiegend aufgrund von Wholesale-Finanzierung sowie Prime Brokerage-Aktivitäten.

Ähnlich wie für die Aktivseite sind die Effekte aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode bereits in den Veränderungen der Verbindlichkeiten, wie in diesem Abschnitt beschrieben, berücksichtigt.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 31. März 2017 auf 242 Mrd € (im Vergleich zu 219 Mrd € zum 31. Dezember 2016), woraus im internen Stressszenario zum 31. März 2017 ein positives Ergebnis resultierte (in einem kombinierten Szenario), und unsere Mindestliquiditätsquote zum 31. März 2017 war 148 % (im Vergleich zu 128 % zum 31. Dezember 2016).

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist zwischen dem 31. Dezember 2016 und dem 31. März 2017 insgesamt um 33 Mio € angestiegen. Der den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Konzerngewinn von 571 Mio € wurde durch folgende Effekte nahezu ausgeglichen: negative unrealisierte Wechselkursveränderungen in Höhe von 318 Mio € (vor allem US-Dollar), unrealisierte Verluste (per Saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 95 Mio €, einen um 84 Mio € höheren Abzugsposten für Eigene Aktien im Bestand sowie Neubewertungsverluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen von 67 Mio €.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser Hartes Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 verringerte sich im ersten Quartal 2017 um 2,6 Mrd € auf 45,1 Mrd €. Die risikogewichteten Aktiva (RWA) gemäß CRR/CRD 4 betragen zum 31. März 2017 356,8 Mrd €, verglichen mit 356,2 Mrd € zum Jahresende 2016. Der Rückgang im Harten Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 führte zu einer Harten Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 von 12,7 % per 31. März 2017, verglichen mit 13,4 % zum Jahresende 2016.

Unser Hartes Kernkapital in der CRR/CRD 4-Vollumsetzung betrug zum 31. März 2017 42,5 Mrd € und lag damit um 0,2 Mrd € über den 42,3 Mrd € per 31. Dezember 2016. Die RWA in der CRR/CRD 4-Vollumsetzung beliefen sich auf 357,7 Mrd € zum 31. März 2017, verglichen mit 357,5 Mrd € zum Jahresende 2016. Aufgrund des gestiegenen Harten Kernkapitals erhöhte sich unsere Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung zum 31. März 2017 auf 11,9 %, verglichen mit 11,8 % zum Jahresende 2016.

Weitere Einzelheiten zur Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und der RWA stehen im Risikoberichtsteil dieses Berichtes im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Zum 31. März 2017 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 583 Mio € (31. Dezember 2016: 619 Mio €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 472 Mio € per 31. März 2017 (31. Dezember 2016: 519 Mio €).

Für zusätzliche Informationen bezüglich dieser Vermögenswerte und zu den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf die Anhangangabe „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ verwiesen.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir diverse Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Am 5. März 2017 hat der Aufsichtsrat beschlossen, die Herren Dr. Markus Schenck und Christian Sewing mit sofortiger Wirkung zu stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands zu ernennen.

Herr Jeffrey Urwin ist auf eigenen Wunsch am 31. März 2017 aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden.

Der Vorstandsvorsitzende John Cryan hat zusätzlich die Verantwortung für das Amerika-Geschäft der Bank übernommen.

Im Aufsichtsrat gab es keine Veränderungen.

Strategie

Übersicht über die neuen strategischen Maßnahmen

Im Oktober 2015 stellten wir eine mehrjährige Strategie vor, die darauf ausgerichtet ist, die wesentlichen Stärken unseres Geschäftsmodells und unserer kundenbezogenen Aktivitäten auszubauen. Die vier wichtigsten Ziele dieser Strategie waren die Bank einfacher und effizienter zu machen, Risiken abzubauen, unsere Kapitalposition zu stärken und die Bank disziplinierter zu führen.

Der makroökonomische, geopolitische und regulatorische Ausblick hat sich seit der Veröffentlichung unserer Strategie im Jahr 2015 wesentlich verändert. Infolge dieser Veränderung des Geschäftsumfelds und der erheblichen Herausforderungen, die sich speziell uns im Jahre 2016 stellten, haben wir unsere Strategie im März 2017 überarbeitet. Ziel der überarbeiteten Strategie ist es, die Bank weiter zu stärken und ihr zu ermöglichen, Wachstumschancen stärker zu nutzen.

Kern unseres Geschäftsmodells ist es, eine globale Bank zu sein, die international ein breites Spektrum von institutionellen Kunden, Unternehmens- und Privatkunden bedient, verbunden mit einer starken Präsenz in unserem Heimatmarkt Deutschland, die auf engen Geschäftsbeziehungen mit Firmen-, institutionellen, Asset-Management- und Privatkunden beruht.

Die von uns beschlossenen Schritte zur Stärkung der Bank beinhalten unter anderem:

- Wesentliche Verbesserung der Kapitalausstattung durch eine Kapitalerhöhung. Der erfolgreiche Abschluss unserer Kapitalerhöhung von etwa 8 Mrd € soll zu einer wesentlichen Stärkung unserer Kapitalbasis beitragen und führte zum 31. März 2017 zu einem Anstieg unserer aktuellen Harten Kernkapitalquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung (CET 1-Kapitalquote (Vollumsetzung)) von 11,9 % auf 14,1 % und einem Anstieg unserer aktuellen CRR/CRD 4 Verschuldungsquote (Vollumsetzung) von 3,4 % auf 4 % auf pro-forma Basis.
- Zusätzliche Kapitalbildung in Höhe von bis zu weiteren 2 Mrd € durch den geplanten Börsengang eines Minderheitsanteils an der Deutschen Asset Management (Deutsche AM) sowie durch weitere Veräußerungen mit angesetzten RWA von rund 10 Mrd € und einer für die Verschuldungsquote relevanten Bilanzsumme von rund 30 Mrd €. Diese Veräußerungen beabsichtigen wir mehrheitlich innerhalb der nächsten 18 Monaten abzuschließen.
- Reorganisation unserer Geschäftsbereiche in drei eigenständige Einheiten mit dem Ziel, das Geschäft jeder einzelnen dieser Einheiten zu stärken, die Kunden besser bedienen zu können, Marktanteile zu erhöhen, effizienter zu werden und so Wachstum zu ermöglichen. Diese sind:
 - Die neue Unternehmens- und Investmentbank, die unser Kapitalmarkt-, Beratungs-, Finanzierungs- und Transaction-Banking-Geschäft vereint.
 - Die Privat- und Firmenkundenbank, die die Postbank, unser bestehendes Geschäft mit Privat- und Geschäftskunden und unser Vermögensverwaltungsgeschäft kombiniert.
 - Ein operativ getrennter Geschäftsbereich Deutsche Asset Management „Vermögensverwaltungssparte“.
- Zusammenschluss der Postbank und des deutschen Geschäfts von PCC mit dem Ziel, eine marktführende Präsenz im Privatkundenbereich in Deutschland zu erreichen, Größenvorteile und Skaleneffekte zu erlangen und die Ertrags- und Refinanzierungsstabilität der Bank zu verbessern.
- Durchführung eines Programms zur Kostenreduzierung, mittels dessen wir eine bereinigte Kostenbasis von ungefähr 22 Mrd € im Jahr 2018 und ungefähr 21 Mrd € bis zum Jahr 2021 (einschließlich der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen der Postbank, die im Jahr 2016 ungefähr 2,7 Mrd € betragen) anstreben.
- Gesonderte Verwaltung innerhalb des Geschäftsbereichs Unternehmens- und Investmentbank von bestimmten Altbeständen an Bilanzpositionen mit etwa 20 Mrd € RWA und etwa 60 Mrd € an für die Verschuldungsquote relevanter Bilanzsumme. Ziel ist es, diese Altbestände bis 2020 auf circa 12 Mrd € RWA respektive circa 30 Mrd € relevanter Bilanzsumme abzubauen.

- Aufwendungen für Restrukturierung und Abfindungen in Höhe von rund 2 Mrd € in dem Zeitraum von 2017 bis 2021, von denen rund 70 % voraussichtlich in den nächsten beiden Jahren anfallen.
- Es wird eine wettbewerbsfähige Ausschüttungsquote ab dem Geschäftsjahr 2018 angestrebt. Zudem beabsichtigt der Vorstand der Bank, der ordentlichen Hauptversammlung im Mai 2017 die Zahlung einer Dividende in Höhe von 0,19 € je Aktie aus dem Bilanzgewinn für das Jahr 2016 vorzuschlagen. Die Zahlung einer Dividende aus dem zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn für 2016 beinhaltet eine Komponente, die den Gewinnvortrag von rund 165 Mio € aus dem Jahr 2015 widerspiegelt, sowie eine Dividende in Höhe von 0,11 € je Aktie aus dem verbleibenden Bilanzgewinn für 2016. Wir erwarten, in 2017 insgesamt eine Dividende in Höhe von rund 400 Mio € zu zahlen.
- Ziel einer Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital (RoTE), von etwa 10 % in einem normalisierten Geschäftsumfeld.

Das grundlegende Ziel dieser zusätzlichen strategischen Maßnahmen ist eine stärkere und sicherere Bank, die gut positioniert ist, um Wachstumschancen realisieren zu können, die unsere starken globalen Kundenbeziehungen bieten. Dies wollen wir erreichen, indem wir:

- über genügend Kapital verfügen, für jede eventuelle Anforderung;
- ein führendes CIB-Geschäft mit der Größe und Stärke betreiben, um uns erfolgreich im Wettbewerb zu positionieren und global zu wachsen;
- als Privat- und Geschäftskundenbank in unserem Heimatmarkt Deutschland die führende Position einnehmen;
- unseren erstklassigen Geschäftsbereich Deutsche AM „Vermögensverwaltungssparte“ operativ trennen, um beschleunigtes Wachstum zu ermöglichen;
- unsere Infrastrukturfunktionen und Kosten reduzieren, unter anderem durch eine stärkere Verzahnung und eine Verlagerung von großen Teilen der Infrastrukturfunktionen in die Geschäftsbereiche, und
- unseren Ertrags- und Geschäftsmix hin zu stabilen Geschäften verlagern.

Ausblick

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Geschäftsberichts für das Jahr 2016 gelesen werden.

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2017 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft auf 3,5 % moderat beschleunigen, nachdem es im Jahr 2016 mit lediglich 3,1 % den schwächsten Anstieg seit der globalen Finanzkrise im Jahr 2009 verzeichnet hatte. Die globale Inflationsrate dürfte sich voraussichtlich auf 5,2 % in 2017 beschleunigen, hauptsächlich aufgrund der wieder anziehenden Rohstoffpreise. Für die Industrieländer rechnen wir mit einer Erhöhung des Wachstums auf 1,9 % und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 %. In den Schwellenländern dürfte sich das Wachstum im Jahr 2017 auf 4,7 % erhöhen. Die Inflationsrate dürfte dort bei 7,7 % liegen.

Der Ausblick für die Konjunktur der Eurozone bleibt herausfordernd und das BIP-Wachstum dürfte sich im Jahr 2017 auf 1,3 % verlangsamen. Die kommenden Schlüsselwahlen in den großen EU-Mitgliedstaaten und die damit verbundene Unsicherheit dürften das Wachstum im ersten Halbjahr 2017 dämpfen. Vorausgesetzt, die politischen Risiken treten nicht ein, erwarten wir, dass die Konjunktur, bedingt durch die deutlich anziehende US-Konjunktur, eine fiskalische Lockerung und die unterstützende geldpolitische Ausrichtung der Europäischen Zentralbank (EZB), im zweiten Halbjahr 2017 anziehen wird. Wir gehen davon aus, dass die EZB erste Schritte hin zu einer weiteren Normalisierung der Zinspolitik einleiten wird, nachdem sie ihre monatlichen Käufe von Vermögenswerten ab April 2017 auf 60 Mrd € verringert hat. Dies hängt allerdings maßgeblich davon ab, ob sich die Verbraucherpreise weiter in Richtung des EZB-Inflationszieles entwickeln. Die Verbraucherpreise dürften im Jahr 2017 um 1,4 % steigen. Nach einem BIP-Wachstum von 1,9 % in 2016 erwarten wir, dass die deutsche Wirtschaft im Jahr 2017 nur um 1,1 % expandiert, getrieben von der Binnenkonjunktur. Etwa die Hälfte der Verlangsamung geht dabei jedoch auf die geringere Zahl an Arbeitstagen zurück.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2017 eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums auf 2,6 %. Die dämpfenden Effekte, die der niedrige Ölpreis auf den Energiesektor ausübte, der Lagerabbau sowie die wechsellkursbedingten Dämpfungseffekte der Nettoexporte dürften nach und nach abklingen. Insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte 2017 könnte das Zusammenspiel von Steuersenkungen, Deregulierungsmaßnahmen und Infrastrukturinvestitionen der neuen US-Regierung unter Präsident Donald J. Trump das Wachstum deutlich erhöhen. Wir erwarten eine Steigerung der Verbraucherpreise um 2,1 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte insgesamt trotz der allmählichen Zinsanhebung weiter die US-Konjunktur unterstützen. Wir rechnen mit drei Erhöhungen des Leitzinses auf 1,375 % zum Jahresende 2017.

Die japanische Wirtschaft dürfte mit erwartungsgemäß 1,1 % leicht stärker als im Vorjahr wachsen, da den privaten Anlageinvestitionen der Aufwärtstrend des Welthandels zugutekommt. Die Ausrichtung der Geldpolitik dürfte weiter unterstützend wirken. Im Fokus steht für die Bank of Japan die Zinskurvenkontrolle, wobei sich das Tempo der geldpolitischen Akkomodierung aber verlangsamten dürfte. Die Inflation wird annahmegemäß bei 0,7 % im Jahr 2017 liegen. Das Wachstum in den Schwellenländern insgesamt wird sich im Jahr 2017 wahrscheinlich auf 4,7 % erhöhen. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte mit 6,1 % mehr oder weniger konstant bleiben und die Inflation bei 2,8 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2017 nur noch um 6,5 % zulegen und die Inflationsrate auf 1,7 % sinken. Dies setzt aber eine zusätzliche Kreditausweitung voraus, welche das Risiko für eine Blasenbildung auf dem Immobilienmarkt und von steigenden Kapitalabflüssen erhöht. Um den Immobiliensektor zu stützen, könnte die People's Bank of China das Kreditangebot ausweiten. Wir erwarten keine Leitzinsveränderung im Jahr 2017.

Die Unsicherheit unserer globalen Prognose bleibt angesichts der zahlreichen Risiken relativ hoch. Der deutliche Aufschwung der globalen Stimmungsbarometer in den vergangenen Monaten hat sich bisher nur teilweise in harten Daten, etwa der Industrieproduktion, niedergeschlagen. Die positive Stimmung stellt für unsere Wachstumsprognosen ein Aufwärtsrisiko dar. Die globalen Finanzmärkte könnten hingegen deutlich negativer als unterstellt reagieren, wenn der durch die Politik der neuen US-Regierung erwartete deutliche Wachstumsschub geringer als erwartet ausfällt oder aber protektionistische Maßnahmen ergriffen werden. Darüber hinaus könnte es im Zuge der erwarteten US-Wachstumsbelebung zu einem stärker als unterstellten Anstieg der Zinsen kommen. Dies könnte weltweit negative Auswirkungen auf die Ausgaben der Haushalte und Unternehmen haben und zu deutlich stärkeren Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern führen. Ebenfalls könnte eine harte Landung Chinas globale Verwerfungen nach sich ziehen. Zudem könnte es zu einer Eskalation geopolitischer Risiken kommen, insbesondere der Konflikte im Nahen Osten und in Ostasien. In Europa könnten ein chaotisch verlaufendes Ausscheiden Großbritanniens aus der EU, eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, ein Stoppen bei der Implementierung von Strukturreformen oder aber eine gestiegene Zustimmung für populistische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Regionale Unabhängigkeitsbestrebungen bleiben eine Herausforderung für die Stabilität der EU. Außerdem könnte ein Wiederaufkommen der Flüchtlingskrise die politische Uneinigkeit in der Europäischen Union weiter verschärfen.

Die Bankenbranche

In Europa ist in den nächsten 12 Monaten von einer Verbesserung der Ertrags- und Gewinnlage der Banken gegenüber einem schwachen Ergebnis im Jahr 2016 auszugehen. Ein moderater Zinsanstieg aufgrund der fortgesetzten Zinswende in den USA und eines schrittweisen Ausstiegs der EZB aus ihren Wertpapierkaufprogrammen dürfte der Zinsmarge der Banken mittelfristig helfen. Außerdem sollte mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum auch das Kreditgeschäft weiter leicht anziehen. Fortschritte bei der Restrukturierung und geringere Belastungen aus Rechtsstreitigkeiten könnten sich auf der Kostenseite der Banken positiv bemerkbar machen. Auf der anderen Seite stehen erhebliche Risikofaktoren meist politischer Natur – von Wahlen in wichtigen EU-Ländern über die Austrittsverhandlungen Großbritanniens mit der EU bis hin zur Unsicherheit über den weiteren Fortgang der globalen Finanzmarktregulierung nach dem Regierungswechsel in den USA. In Deutschland ist weiter mit einem etwas höheren Wachstum im klassischen Bankgeschäft als im Euroraum insgesamt zu rechnen. Das dürfte allerdings vor allem am starken Hypothekengeschäft und weniger an der Kreditvergabe an Unternehmen liegen, die voraussichtlich von schwachen Investitionen und einer unterdurchschnittlichen Exportentwicklung gedämpft werden wird. Abzuwarten bleibt, ob das hohe Einlagenwachstum angesichts von Nullzinsen anhält.

In den USA hat das starke Abbremsen der Kreditvergabe im Schlussquartal 2016 Fragen über den Kurs der nächsten 12 Monate aufgeworfen. Grundsätzlich sollten die Perspektiven jedoch günstig bleiben, dank eines erwarteten Konjunkturprogramms und Steuererleichterungen. Zudem könnten die Banken von einer höheren Zinsmarge aufgrund eines steigenden Zinsniveaus profitieren.

In den beiden größten asiatischen Volkswirtschaften, China und Japan, ist nicht von einer gravierenden Änderung der generellen Geschäftsperspektiven der Banken auszugehen – allerdings ist in China die Beibehaltung des extrem hohen Wachstumstemplos bei der Vergabe von Krediten an private Haushalte unwahrscheinlich.

Neben den vorstehenden Themen wird sich die regulatorische Agenda voraussichtlich auf den Abschluss bestehender Teilprojekte auf europäischer und globaler Ebene konzentrieren. Deren Fertigstellung könnte durch die möglicherweise stärkere Zersplitterung infolge des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union und einen geänderten Regulierungsansatz der neuen US-Regierung belastet werden. Es ist möglich, dass die internationale Agenda, darunter die Finalisierung des Basel III-Pakets und die Risikogewichte für Forderungen gegenüber Staaten, an Dynamik verliert und die internationalen Vorschriften – auch solche, die bereits in der EU vorgeschlagen wurden, wie die grundlegende Überarbeitung der Regelungen für das Handelsbuch (FRTB), die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) und der Standardansatz für das Kontrahentenrisiko – mit einem weniger klaren Bekenntnis auf lokaler Ebene umgesetzt werden. EU-Initiativen wie die Änderung der Verlustquoten-Mindestanforderungen für systemrelevante Banken, der anstehende Übergang bei der Bilanzierung von Kreditausfällen vom Prinzip des „eingetretenen Verlusts“ zum Prinzip des „erwarteten Verlusts“ und die Festlegung, wie viel Eigenmittel und bail-in-fähiges Fremdkapital große Banken im Euroraum für eine Abwicklung vorhalten müssen (TLAC/MREL), dürften wie geplant voranschreiten. Die Risiken rund um den Austritt Großbritanniens werden die europäische Kapitalmarktunion stärker in den Blickpunkt rücken und könnten zu einer Anpassung der Bankensanierungs- und -abwicklungsrichtlinie (BRRD) und einer Überprüfung der Rolle der europäischen Aufsichtsbehörden führen. Dies könnte für die nötige Stabilität sorgen, um einigen mit den Austrittsverhandlungen Großbritanniens mit der EU verbundenen Risiken und möglichen umfassenderen Störungen entgegenzuwirken.

Der Deutsche Bank-Konzern

Wir sehen die Deutsche Bank als eine führende europäische Bank mit globaler Reichweite und einer starken Heimatbasis in Deutschland, Europas größter Volkswirtschaft. Die Bank bedient die realwirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Unternehmens-, Institutions-, Vermögensverwaltungs- und Privatkunden durch ein Dienstleistungsangebot im Bereich Zahlungsverkehr, Unternehmensfinanzierung und Kapitalmärkte, Asset Management, Vermögensverwaltung und Privatkundengeschäft.

Wir planen, unser Geschäft in die drei unterschiedlichen Geschäftsbereiche Unternehmens- und Investmentbank, Privat- und Firmenkundenbank und Deutsche Asset Management „Vermögensverwaltungssparte“ umzugestalten. Wir erwarten, dass diese neue operative Geschäftsstruktur dazu beiträgt, uns auf Märkte, Produkte und Kunden zu fokussieren, bei denen wir besser positioniert sind, Wachstumschancen wahrzunehmen.

Im Rahmen unserer im März 2017 kommunizierten aktualisierten Strategie haben wir die Zusammensetzung und Ausprägung unserer wichtigsten finanziellen Ziele angepasst. Wir wollen unsere angepassten Kostenziele bis 2018 beziehungsweise 2021 und unsere verbleibenden Finanzkennzahlen langfristig in Einklang mit denen einer einfacheren und sichereren Bank bringen. Diese Finanzkennzahlen sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen ¹	31.3.2017	Ziel Konzernfinanzkennzahl
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ²	11,9 %	deutlich über 13,0 %
Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 ³	4,0 % ⁴	4,5 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital ⁵	4,5 %	circa 10,0 %
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen ⁶	6,3 Mrd €	2018: circa 22 Mrd € 2021: circa 21 Mrd €

¹ In unserem Plan für 2017 haben wir einen USD/EUR-Wechselkurs von 1,01 und einen GBP/EUR-Wechselkurs von 0,88 bei der Festlegung der Finanzkennzahlen zugrundegelegt.

² Die Harte Kernkapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

³ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

⁴ Die Verschuldungsquote gemäß der CRR/CRD 4 entspricht unserer Kalkulation unserer Verschuldungsquote nach den Übergangsregelungen.

⁵ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von 35 % zum Ende des ersten Quartals 2017. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁶ Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf Firmenwerte und andere immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

Der erfolgreiche Abschluss unserer Kapitalerhöhung von etwa 8 Mrd € soll zu einer wesentlichen Stärkung unserer Kapitalbasis beitragen und führte zum 31. März 2017 zu einem Anstieg unserer aktuellen Harten Kernkapitalquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung (CET 1-Kapitalquote (Vollumsetzung)) von 11,9 % auf 14,1 % und einem Anstieg unserer aktuellen CRR/CRD 4 Verschuldungsquote (Vollumsetzung) von 3,4 % auf 4 % auf pro-forma Basis. Darüber hinaus erwarten wir, dass der geplante Börsengang eines Minderheitsanteils der Deutschen Asset Management, der für die nächsten 24 Monaten geplant ist, und andere Vermögensabgänge, durch eine Reduzierung der risikogewichteten Aktiva (RWA) und Kapitalauswirkungen, einen Gegenwert von bis zu 2,0 Mrd € Kapital generieren.

Im Geschäftsjahr 2017 erwarten wir eine Erhöhung der risikogewichteten Aktiva (RWA), hauptsächlich durch operationelle Risiken, Methodenänderungen und Wachstum in ausgewählten Geschäftsfeldern. Bis zum Ende des Jahres 2017 wird unsere CET 1-Kapitalquote (Vollumsetzung) voraussichtlich etwa 13 % und unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote (Vollumsetzung) etwa 4 % (etwa 4,5 % gemäß Übergangsregelungen) betragen.

Für 2017 gehen wir davon aus, dass die Erträge in unseren Geschäftsbereichen moderat steigen. Dabei sind die Effekte der signifikanten Unternehmensverkäufe im Jahr 2016 von Abbey Life, PCS und Hua Xia sowie die refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments; FVA), kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments; CVA) und forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments; DVA) nicht berücksichtigt. Die Erwartung begründet sich aus einem stärkeren operativen Geschäftsumfeld der Deutschen Bank und einem verbesserten makroökonomischen Ausblick. Der Ausblick spiegelt die erwartete leichte Erholung der europäischen Wirtschaft, unter Berücksichtigung des erwarteten Wachstums der Wirtschaft in den USA durch fiskale Impulse und den Einfluss eines sich verbessernden Zinsumfelds, wider. Wir rechnen weiter mit einer bedeutenden Zunahme von Kundenaktivitäten im Jahr 2017, was im Jahresbeginn bereits belegt werden konnte. Wir beabsichtigen weiter, unsere Strukturen zu vereinfachen sowie Prozesse effizienter zu machen.

Wir sind entschlossen, unsere angestrebte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von 10 % zu erreichen, unter der Annahme eines normalisierten Umsatzumfeldes und auf der Grundlage der Erreichung unserer Kostenziele. Die derzeit laufenden und für die Umsetzung im Jahr 2017 und in den folgenden Jahren geplanten Maßnahmen sind Schlüsselemente für die Erreichung dieses Ziels. Angesichts der anhaltenden Belastung, vor allem aus Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungskosten, erwarten wir derzeit nur eine moderate Verbesserung unserer Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, im Jahr 2017.

Im Rahmen des konzernweiten Kostensenkungsprogramms planen wir, die Optimierung unseres Filialnetzwerkes umzusetzen, Effizienzen durch Digitalisierung von Prozessen zu realisieren und in den Infrastrukturfunktionen Personal und Kosten zu senken. Parallel dazu planen wir, unsere Investitionen in die Stärkung der Kontrollfunktionen und der unterstützenden Infrastrukturumgebung fortzusetzen.

Wir rechnen mit rund 22 Mrd € bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2018, einschließlich der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen der Postbank, und erwarten bis 2021 eine weitere Reduktion auf rund 21 Mrd €. Im Jahr 2017 erwarten wir Netto-Kostensenkungen durch im letzten Jahr getätigte Investitionen, durch die Auswirkungen des erwarteten Personalabbaus und des erfolgreichen Abschlusses unserer NCOU-Abgänge. Wir erwarten des Weiteren, dass wir unsere angekündigten Filialschließungen überwiegend im ersten Halbjahr 2017 umsetzen. Wir planen im Jahr 2017 zu unseren normalen Vergütungsprogrammen zurückzukehren, nachdem der Vorstand für 2016 eine grundsätzliche Begrenzung der Bonuszahlungen beschlossen hatte. Insgesamt gehen wir davon aus, dass unsere bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 weiter sinken werden.

Wir streben eine marktgerechte Ausschüttungsquote für das Geschäftsjahr 2018 und danach an. Sollten wir im Jahresabschluss der Deutsche Bank AG nach HGB ausreichende ausschüttungsfähige Gewinne für das Geschäftsjahr 2017 ausweisen, werden wir voraussichtlich empfehlen, zumindest eine Minimumdividende von 0,11 € pro Aktie für das Geschäftsjahr 2017 zu zahlen.

Unsere Geschäftsbereiche

Ab dem zweiten Quartal 2017 werden unsere Geschäftsbereiche, wie im Rahmen der Kommunikation zu unserer Strategie am 5. März 2017 angekündigt, in einer neuen Struktur organisiert, die aus den Geschäftsbereichen Unternehmens- und Investmentbank, Privat- und Firmenkundenbank und Deutsche Asset Management „Vermögensverwaltungssparte“ bestehen wird.

Der folgende Ausblick für unsere Geschäftsbereiche wird in der aktuellen Struktur dargestellt. Um den zukünftigen organisatorischen Aufbau herauszustellen, haben wir unsere gegenwärtigen Geschäftsbereiche in der neuen Struktur Unternehmens- und Investmentbank, Privat- und Firmenkundenbank und Deutsche Asset Management „Vermögensverwaltungssparte“ dargestellt.

Unternehmens- und Investmentbank

Unser Geschäftsbereich Global Markets (GM) wird in unseren bestehenden Geschäftsbereich Corporate & Investment Banking (CIB) überführt, um einen einzigen integrierten Geschäftsbereich Unternehmens- und Investmentbank zu schaffen. Dementsprechend sind im neuen Unternehmensbereich die gegenwärtigen GM-Geschäftsbereiche Sales & Trading (Debt) und Sales & Trading (Equity) mit den bestehenden CIB-Geschäftsbereichen Corporate Finance und Transaction Banking unter einem Dach gebündelt.

Langfristig soll aus der erfolgreichen Integration unseres GM-Geschäftes ein führender europäischer Anbieter von Dienstleistungen mit entsprechender Größe und Stärke für weltweite Wachstumsoptionen hervorgehen. Der integrierte Geschäftsbereich Unternehmens- und Investmentbank plant, das Geschäft mit Unternehmen bei gleichzeitiger Beibehaltung eines stärker fokussierten Ansatzes für institutionelle Kunden weiter auszubauen. Außerdem will der Geschäftsbereich seine starke Position in den Sekundärmärkten halten, um Firmenkunden, öffentliche und institutionelle Kunden bei Erstemissionen, Absicherungen und anderen Dienstleistungen als Intermediär zu unterstützen.

Für Kunden wird der kombinierte Geschäftsbereich Unternehmens- und Investmentbank die Expertise für das Großhandelsgeschäft, die Kundenbetreuung, das Risikomanagement und die Infrastruktur zusammenführen. CIB beabsichtigt, Ressourcen und Kapital an einem integrierten Kunden- und Produktumfang auszurichten, um Kunden mit hoher Priorität weitere Vorteile zu bieten. Die Bank erwartet, dass der zusammengeführte Geschäftsbereich Unternehmens- und Investmentbank von der Art und dem Umfang der Möglichkeiten her besser auf die Ziele der Deutschen Bank ausgerichtet ist. Mit einem integrierten Ansatz für die Kundenbetreuung und Rentabilität von Kundenbeziehungen will die Unternehmens- und Investmentbank einen höheren Anteil der Kundenausgaben über einen verbesserten Cross-Selling-Ansatz und zielgerichtete Lösungen für unsere Kunden mit hoher Priorität gewinnen. Wir glauben, dass diese Chance im Firmenkundenbereich besonders groß ist, wo die Bank ein höheres Potenzial in Kundensegmenten wie Verkehr, Infrastruktur und Energie und in Asien hat und Kundenbedürfnisse bei Produkten wie Zahlungs- und Treasury-Lösungen, integrierten Devisenangeboten, strategischer Beratung, Leveraged Finance-Transaktionen und Liquidität und Sicherheiten bedienen kann.

Das Wachstum im Firmenkundengeschäft dürfte auch Chancen im Bereich der institutionellen Kunden eröffnen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass das Wachstum hauptsächlich aus einer Steigerung der Erträge aus den vorhandenen Ressourcen entsteht, indem selektiv Kapital für Kunden mit hoher Priorität eingesetzt wird.

Der neue Geschäftsbereich Unternehmens- und Investmentbank erwartet, die bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen bis zum Jahr 2018 zu reduzieren und durch Straffung der Infrastruktur weitere Effizienzen in den Front- und Middle-Office-Funktionen und den unterstützenden Infrastrukturbereichen zu erreichen, ohne dabei ganze Geschäftsfelder aufgeben zu müssen. Des Weiteren wird die Unternehmens- und Investmentbank eine durchgehende divisionale Verantwortlichkeit für interne Prozesse und die Datenumgebung einführen, um das Kontrollumfeld zu verbessern. Durch diese Anstrengungen wird unser Fokus auf die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, Know-your-client (KYC) und die Verbesserung des Kundenannahmeprozesses, Systemstabilität und die Steuerung und das Verhalten beibehalten. Wir beabsichtigen, auch weiterhin in Global Transaction Banking zu investieren, sowohl in die Behebung von Regulierungsdefiziten in der bestehenden Infrastruktur als auch in die Verbesserung unseres globalen Produktangebots, um das Umsatzwachstum zu steigern.

Global Markets

Wir erwarten für 2017 einen Anstieg der Erträge in Sales & Trading (Debt) im Vergleich zu 2016. Steilere Zinskurven und divergierende geldpolitische Maßnahmen dürften sich positiv auf die Erträge im Zins- und Devisengeschäft auswirken. Die starke Dynamik im Kreditgeschäft, die durch die makroökonomischen Rahmenbedingungen und stabilen Kreditfundamentaldaten entstanden ist, wird voraussichtlich zu höheren Erträgen aus Kreditprodukten führen. Im Bereich Sales & Trading (Equity) wird für 2017 ebenfalls ein leichter Ertragszuwachs erwartet. Insgesamt sind wir optimistisch, dass Global Markets in den Bereichen Debt und Equities 2017 Marktanteile zurückgewinnen wird, bedingt durch die höhere Kapitalkraft der Deutschen Bank nach der erfolgreich durchgeführten Kapitalerhöhung, verbunden mit der Beilegung wesentlicher Rechtsstreitigkeiten. Der Ausblick für Global Markets ist mit Risiken behaftet. Hierzu gehören die Abhängigkeit des globalen Wirtschaftswachstums von politischen Entwicklungen in Europa, etwa dem EU-Austrittsverfahren Großbritanniens, die zukünftige Geldpolitik der Zentralbanken sowie laufende regulatorischen Entwicklungen.

Wir konzentrieren uns weiter darauf, die Kosten zu reduzieren, die Plattformeffizienz zu steigern und gleichzeitig die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften zu verbessern, unsere Kontrollen zu optimieren und unsere Handlungsweisen zu ändern. Dennoch erwarten wir, dass unser Ergebnis kurzfristig durch einen weiteren Anstieg der risikogewichteten Aktiva (hauptsächlich aufgrund höherer risikogewichteter Aktiva aus operationellen Risiken) und die Fortschritte bei der Aufarbeitung von Rechtsstreitigkeiten belastet sein wird. Trotz des anhaltenden unsicheren Ausblicks werden die vorgestellten strategischen Prioritäten uns so gut positionieren, dass wir als Teil des integrierten Geschäftsbereiches Unternehmens- und Investmentbank potenziellen Herausforderungen begegnen und künftige Chancen nutzen können.

Corporate & Investment Banking

Wir gehen davon aus, dass die Erträge im Bereich Corporate Finance im Vergleich zu 2016 insgesamt stabil bleiben werden. Dabei erwarten wir Wachstum im Debt- und Equity-Emissionsgeschäft. Im Bereich Global Transaction Banking dürften die Erträge zwar von weiteren erwarteten Zinsanhebungen in den USA profitieren, doch im Zusammenhang mit dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld in Europa und dem potenziellen Rückgang des globalen Handelsvolumens sowie strategischen Maßnahmen zur Rationalisierung unseres Kundenkreises und der geografischen Präsenz bleiben Herausforderungen bestehen.

Zu den Risiken des Ausblicks zählen die weitere Lockerung der Geldpolitik in unseren Hauptmärkten, die volatile Konjunkturlage, eine Zunahme des politischen Risikos im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen in Europa und die Unsicherheit rund um das EU-Austrittsverfahren Großbritanniens. Prognosen zufolge dürfte sich das globale Wachstum 2017 insgesamt zwar erholen, doch die ungleichen Wachstumsraten in den Regionen werden sich auf CIB und insbesondere Corporate Finance unterschiedlich auswirken. So steht dem starken Wachstum in den USA eine Konjunkturabschwächung in Europa und China gegenüber.

Privat- und Firmenkundenbank

PW&CC wird zusammen mit der integrierten Postbank den Geschäftsbereich Privat- und Firmenkundenbank bilden. Durch diesen Zusammenschluss entsteht Deutschlands größte Privatkunden- und Firmenkundenbank, die über 20 Millionen Kunden in Deutschland eine nahtlose Kundenbetreuung bietet. Der kombinierte Geschäftsbereich wird mit zwei Marken operieren, um die gesamte Kundenbasis abzudecken – von Privatkunden bis hin zu beratungsorientierten Kunden im Bereich Wealth Management und Mittelstandsunternehmen. Unsere Marke PW&CC wird sich auf vermögende Kunden, Geschäfts- und Firmenkunden konzentrieren, während die integrierte Postbank ein hoch standardisiertes Angebot für eine breitere Kundenbasis anbieten wird.

Private, Wealth & Commercial Clients

In unseren Private & Commercial Clients (PCC)-Bereichen erwarten wir durch eine anhaltend hohe Nachfrage im Kreditgeschäft, verbunden mit einem selektiven Ausbau unseres Kreditportfolios einen weiteren Anstieg der Erträge, der etwas dynamischer als in 2016 ausfallen sollte. Wir erwarten, dass die Erträge aus dem Einlagengeschäft aufgrund des niedrigen Zinsniveaus in 2017 in einem ähnlichem Ausmaß wie im Vorjahr zurückgehen werden. Im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft erwarten wir in 2017 einen deutlichen Anstieg der Erträge im Vergleich zu 2016, das von geringer Aktivität unserer Kunden in einem turbulenten Marktumfeld geprägt war. In unserem Wealth Management (WM)-Bereich wird der Verkauf der Private Client Services (PCS)-Einheit in 2016 erwartungsgemäß zu einem Rückgang der Ertragsbasis führen. Ohne diesen Entkonsolidierungseffekt erwarten wir für die Erträge von WM in 2017 einen leichten Anstieg, zu dem alle Kernregionen beitragen sollten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war in 2016 auf sehr niedrigem Niveau und profitierte zudem von ausgewählten Portfolioverkäufen. In 2017 gehen wir von Nettozuführungen zur Risikovorsorge aus, die auf dem Niveau der vorangegangenen Jahre liegen.

Gemäß unserer Bekanntgabe der Strategie im März 2017 und unseren Zielen der Standardisierung, Simplifizierung und Integration der Postbank erwarten wir, dass die Anzahl unserer Mitarbeiter in 2017 infolge der mit der Umsetzung unserer Strategie verbundenen Optimierung des Filialnetzes und einer fortgesetzten Verbesserung unserer Effizienz weiter sinken wird. Wir antizipieren, dass der damit einhergehende geringere Personalaufwand sowie der aus dem Verkauf der PCS-Einheit resultierende Entkonsolidierungseffekt zu einem Rückgang unserer Kosten führen werden, der teilweise durch die Inflationsentwicklung sowie die fortgeführten Investitionskosten im Zusammenhang mit der Strategieumsetzung kompensiert wird. Insgesamt rechnen wir in 2017 mit einem leichten Rückgang der bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen.

Zu den Unsicherheiten, die unsere Ergebnissituation in 2017 beeinflussen könnten, gehören ein geringer als erwartet ausfallendes Wirtschaftswachstum in unseren Kernmärkten, ein weiterer Rückgang der globalen Zinsen sowie eine über unseren Erwartungen liegende Volatilität der Aktien- und Kreditmärkte, die sich ungünstig auf die Investitionsbereitschaft unserer Kunden auswirken und zu Nettomittelabflüssen führen könnte. Ferner könnten eine Verschärfung des Wettbewerbs und weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen sowohl unsere Erträge als auch unsere Kostenbasis negativ beeinflussen.

Postbank

Im Unternehmensbereich Postbank (PB) konzentrieren sich unsere Anstrengungen auf die Verbesserung der operativen Leistung, die Förderung des Volumenwachstums im Kreditgeschäft und die Einführung rein digitaler End-to-End-Prozesse, insbesondere bei Konsumentenkrediten und Girokonten.

Wir erwarten für 2017, dass die Gesamterträge im Vergleich zu 2016 stabil bleiben werden. Vor dem Hintergrund unseres strategischen Ansatzes, das Kreditportfolio insbesondere bei privaten Hypothekenkrediten und im Firmenkundengeschäft auszubauen, gehen wir von einem Anstieg der Erträge aus dem Kreditgeschäft aus. Wir erwarten, dass die Erträge aus dem Girogeschäft sich etwas verbessern werden, während die Erträge aus dem Spargeschäft weiter durch das Niedrigzinsumfeld belastet werden. Im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft erwarten wir in Anbetracht unseres optimierten ganzheitlichen Beratungskonzepts für wertpapierorientierte Kunden deutlich höhere Erträge. Die Erträge aus Postdienstleistungen dürften sich stabil entwickeln. Aufgrund von Fälligkeiten hochverzinslicher Verbindlichkeiten werden sich die Erträge in der NCOU der Postbank voraussichtlich leicht verbessern. Bei den Sonstigen Erträgen erwarten wir aufgrund fehlender Veräußerungen von Vermögenswerten ein niedrigeres Niveau als im Geschäftsjahr 2016.

Die fortgesetzten Anstrengungen zur Effizienzsteigerung dürften zu einem leichten Rückgang der gesamten zinsunabhängigen Aufwendungen führen, auch wenn 2017 möglicherweise zusätzliche Investitionen für Transformations- und Integrationsmaßnahmen erforderlich sind.

Sowohl unsere Erträge als auch unsere Kostenbasis könnten durch weitere externe aufsichtsrechtliche Anforderungen und das anhaltende Niedrigzinsumfeld mit Negativzinsen in bestimmten Schlüsselmärkten beeinflusst werden und zu möglichen nachteiligen Auswirkungen auf unsere Rentabilität führen. Intern ist die Geschäftsentwicklung im Jahr 2017 mit der Unsicherheit behaftet, wie schnell die Integration vonstatten geht, insbesondere im Hinblick auf das Ziel einer integrierten Plattform zur weiteren Optimierung der Effizienz und Standardisierung.

Deutsche Asset Management „Vermögensverwaltungssparte“

Im Mittelpunkt des Ausblicks für Deutsche Asset Management „Vermögensverwaltungssparte“ (Deutsche AM) stehen die anstehenden politischen Wahlen in Europa mit ihren möglichen Auswirkungen auf die Märkte, die ersten Austrittsverhandlungen Großbritanniens und die politischen Entwicklungen in den USA. Ebenfalls von Bedeutung ist der Einfluss von aktuellen geopolitischen Ereignissen, wie divergierenden geldpolitischen Maßnahmen und Veränderungen in der Ölfördermenge, auf die Märkte. Weitere Marktschwankungen sind möglich. Während dieser für Investoren unsicheren Phase wird die Deutsche AM weiterhin ihre Aufgaben als vertrauensvoller Partner und Anbieter von Investmentlösungen für unsere Kunden wahrnehmen.

Wie im März 2017 angekündigt, bereiten wir einen Teilbörsengang der Deutsche AM innerhalb der nächsten 24 Monate vor, um eine Wertsteigerung im Zeitverlauf zuzulassen, während der Geschäftsbereich für zukünftiges Wachstum positioniert wird. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass die langfristigen Wachstumstrends der Branche unsere Kompetenzen im Bereich passiver (Beta-)Produkte, alternativer Anlagen und aktiver Multi-Asset-Lösungen begünstigen werden und wir unsere diesbezüglichen Marktanteile sowohl in unserem Heimatmarkt als auch im Ausland ausbauen können. Das Wachstum der Nettomittelzuflüsse im ersten Quartal 2017 stellt eine Trendwende gegenüber den Nettoabflüssen im Vorjahr dar. Das Vertrauen der Kunden nimmt zu, seitdem nicht nur Klarheit über die zukünftige Struktur der Deutsche AM besteht, sondern sich auch der Kapitalausblick für den Deutsche Bank-Konzern verbessert hat. Dies stimmt uns vorsichtig optimistisch für die Vermögensentwicklung im verbleibenden Jahr 2017. Mittelfristig rechnen wir branchenweit mit einer Zunahme der Vermögenswerte, wenn auch mit einer im Vergleich zu den Vorjahren niedrigeren organischen Wachstumsrate, wobei die Gewinne durch Provisionsdruck, steigenden Regulierungsaufwand und starken Wettbewerb weiter belastet werden. In Anbetracht dieser Herausforderungen werden wir unsere Wachstumsmaßnahmen zum Ausbau unserer Produkte und unserer Geschäftspräsenz durch Initiativen ergänzen, die eine effiziente Kostenbasis und Betriebsplattform sicherstellen.

Für das Jahr 2017 erwarten wir einen Rückgang der Nettoerträge im Vergleich zum Jahr 2016 ohne Berücksichtigung der Auswirkungen aus Marktwertbewegungen im Versicherungsportfolio von Abbey Life. Der Rückgang in den Erträgen ist getrieben durch Einmaleffekte im Jahr 2016 aus dem Verkauf des Geschäftes von Deutsche AM in Indien, der letztjährig vorgenommenen Wertaufholung auf unsere Risikoposition bei der HETA Asset Resolution AG und den laufenden Erträgen von Abbey Life im letzten Jahr. Dies wird durch höhere bereinigte Erträge des Active- und des Alternatives-Geschäfts, die ein verbessertes Marktumfeld reflektieren, teilweise kompensiert. Durch den Verkauf von Abbey Life im vierten Quartal 2016 und nach dem Verkauf ausbleibende Aufwendungen für das Versicherungsgeschäft, sowie sich nicht wiederholende materielle Abschreibungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, rechnen wir mit deutlich sinkenden zinsunabhängigen Aufwendungen. Wir erwarten des Weiteren keine Wiederholung von materiellen einmaligen Abschreibungen.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber den im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Das Erreichen unserer angestrebten Ziele wird durch verschiedene externe und interne Faktoren beeinflusst. Insbesondere die fristgerechte und vollständige Umsetzung unserer Strategie könnte durch die reduzierte Ertragskraft einiger unserer Kerngeschäftsfelder beeinträchtigt werden. Dazu tragen auch das gegenwärtig schwierige makroökonomische und Marktumfeld, die anhaltenden Herausforderungen aufsichtsrechtlicher Reformen und/oder die Auswirkungen der juristischen und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen auf uns bei.

Sollten die direkten Aufwendungen und die Auswirkungen auf unser Geschäft wie nachfolgend und im Ausblick beschrieben signifikant größer sein, als wir gegenwärtig erwarten, könnte sich dies auf die Ermittlung unserer „ausschüttbaren Posten“ auswirken und damit unsere Fähigkeit beeinträchtigen, AT1-Kapitalinstrumente ganz oder teilweise zu bedienen. Falls das Ergebnis der Deutschen Bank im Jahresabschluss nach HGB nicht in ausreichendem Maße ausschüttbare Posten („available distributable items“, ADI) generiert, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, AT1-Kupons zu bedienen. Dies könnte zu höheren Refinanzierungskosten führen und die Wahrnehmung der Deutschen Bank am Markt weiter beeinträchtigen, woraus sich potentiell negative Effekte auf unser Geschäftsergebnis und unsere Finanzlage ergeben könnten. Dies könnte auch dazu führen, dass sich der Druck auf unser Kapital, unsere Liquidität und andere regulatorische Kennzahlen weiter erhöht. Sollten wir außerdem im Jahresabschluss der Deutsche Bank AG nach HGB keine ausreichenden ausschüttungsfähigen Gewinne ausweisen, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, Dividende auszuschütten.

Je nachdem, ob sich die makroökonomischen und Marktbedingungen schlechter oder besser entwickeln als in unserem Ausblick angenommen, könnte dies die Pläne für unsere Geschäftsaktivitäten und unser Geschäftsergebnis sowie unsere strategischen Pläne entweder in nachteiliger oder günstiger Weise beeinflussen.

Ein andauernd erhöhter Grad politischer Ungewissheit könnte sowohl nicht vorhersehbare Konsequenzen für das Finanzsystem und die Gesamtwirtschaft haben als auch dazu beitragen, bestimmte Aspekte der europäischen Integration rückgängig zu machen, was zu einer Verringerung der Geschäftsaktivitäten, Abschreibungen von Vermögenswerten und Verlusten in unseren Geschäftsfeldern führen könnte. Unsere Fähigkeit, uns gegen diese Risiken zu schützen, ist begrenzt.

Es ist schwer zu prognostizieren, welche makroökonomischen Auswirkungen die Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszuschcheiden, insgesamt haben wird, da diese von der politischen Antwort Europas auf den Brexit abhängen werden. Generell erwarten wir eine längere Periode der Unsicherheit in Bezug auf den zukünftigen Status Großbritanniens gegenüber der Europäischen Union. Infolgedessen sind schwächere Investitionen und damit verbunden langsames Wirtschaftswachstum für die Zeit der Austrittsverhandlungen mit Großbritannien zu erwarten. Demzufolge werden wir die Entwicklungen und ihre potenziellen Auswirkungen auf unser Geschäfts- und Betriebsmodell eingehend beobachten. Dies könnte möglicherweise dazu führen, dass Vermögenswerte abgeschrieben werden müssen.

Eine Verschlechterung unserer Bonitätseinstufung könnte sich auf unsere Finanzierungskosten und Geschäftsaktivitäten auswirken, wobei wir nicht prognostizieren können, ob und in welchem Umfang diese Auswirkung eintreten würde.

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns mit materiellen Kosten und erheblicher Unsicherheit verbunden sein sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne wie auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Darüber hinaus könnten die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Aufsichtsbehörden können das Vorhalten zusätzlichen Kapitals verlangen, um aus unzureichenden Kontrollen resultierende Risiken abzudecken. In extremen Fällen könnte dies sogar dazu führen, dass wir unsere Erlaubnis zum Betreiben von Geschäften in bestimmten Ländern verlieren. Außerdem könnte die Implementierung verbesserter Kontrollen höhere regulatorische Kosten zur Folge haben, die Effizienzgewinne kompensieren oder übersteigen könnten.

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten sowie steuer- und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation erheblich und nachteilig beeinflussen könnten. Wenn diese Angelegenheiten zu Bedingungen abgeschlossen werden, die ungünstiger sind als von uns erwartet, sei es hinsichtlich ihrer Kosten oder der Auswirkungen auf unser Geschäft, oder falls sich die Wahrnehmung unseres Geschäftes und seiner Aussichten verschlechtern sollte, könnte es sein, dass wir unsere strategischen Ziele nicht erreichen könnten oder diese anpassen müssten.

Obwohl wir in erheblichem Maße Ressourcen eingesetzt haben, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit, Liquiditäts- und operationelle Risiken weiterzuentwickeln, könnten diese nicht vollumfänglich wirksam sein, unsere Risiken in jedem Marktumfeld und alle Arten von Risiken zu mindern, weil es uns beispielsweise nicht gelingt, Risiken zu erkennen oder vorherzusehen.

Risikobericht

Einführung

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken auf Basis des International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7). Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind für bestimmte aufsichtsrechtliche Veröffentlichungen die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen.

CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerk

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) eingeführt. Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung von Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren.

Details zu unseren regulatorischen Risikopositionen sowie zu den anwendbaren Quoten werden im Folgenden dargestellt.

ICAAP/ILAAP und SREP

Die internen Prozesse zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (Internal Capital Adequacy Assessment Process, auch ICAAP) im Sinne von Säule 2 des Baseler Rahmenwerks verlangen von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und geeignete Risikomanagement-Techniken anzuwenden, um eine angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen. Die internen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process-ILAAP) konzentrieren sich darauf, ein adäquates Liquiditätsrisikomanagement sicherzustellen. Der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) bezieht sich auf die einheitlichen Methoden und Standards, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) in ihrer Rolle im Rahmen des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) verwendet werden. In Übereinstimmung mit Artikel 97 der Eigenkapitalrichtlinie (CRD 4) überprüfen die Aufsichtsbehörden regelmäßig die von den Banken implementierten Verfahren, Strategien, Prozesse, Mechanismen und bewerten: (a) die Risiken, denen die Banken ausgesetzt sein könnten, (b) das Risiko der Bank für das Finanzsystem im Allgemeinen und (c) die von Stresstests offengelegten Risiken.

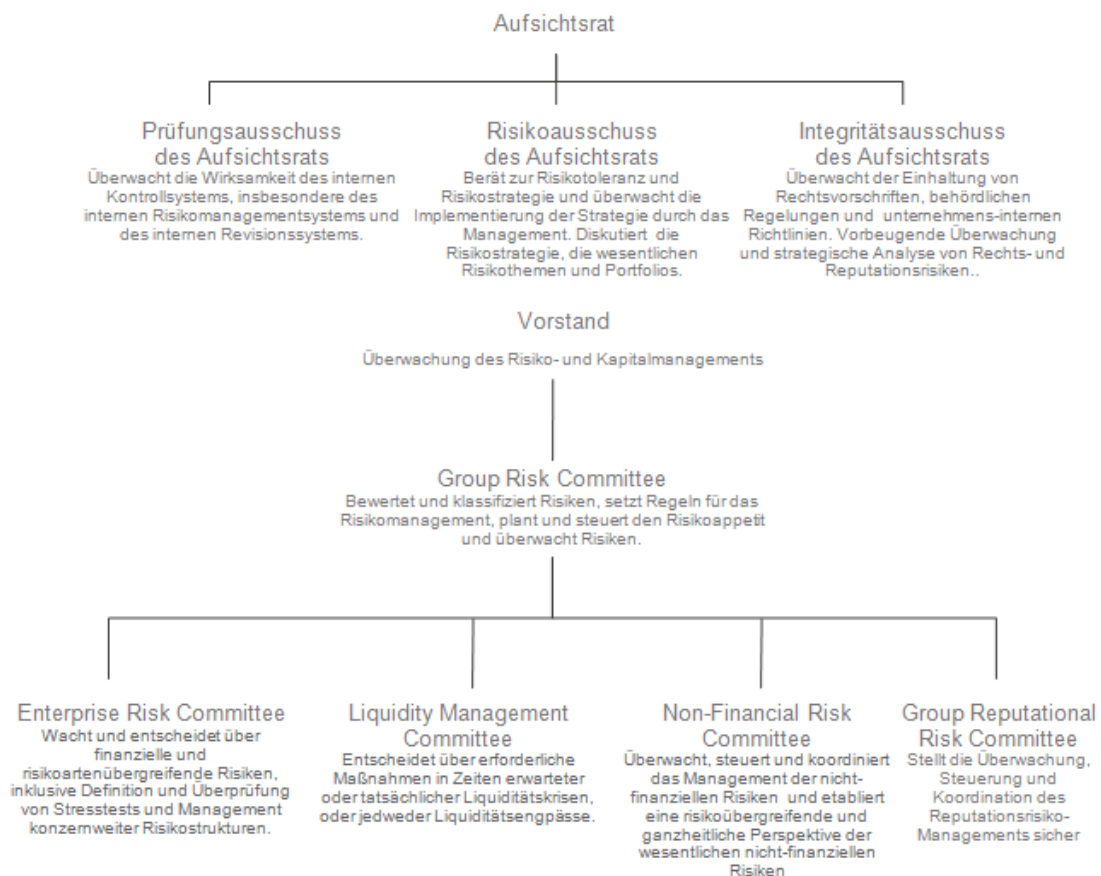
MREL und TLAC

Sowohl die Mindestanforderung an Verlustabsorptionskapazität (total loss-absorbing capacity, „TLAC“) für global systemrelevante Banken als auch die Mindestanforderung an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (minimum requirement for own funds and eligible liabilities, „MREL“) dienen eigens dazu, Banken dazu zu verpflichten, einen ausreichenden Betrag an Instrumenten vorzuhalten, die im Falle einer Abwicklung zur Verlustabsorption zur Verfügung stehen. Damit soll sichergestellt werden, dass angeschlagene Banken ohne Rückgriff auf Steuergelder abgewickelt werden können. Am 23. November 2016 hat die Europäische Kommission eine Überarbeitung der Kapitaladäquanzverordnung sowie der Verordnung für einen einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus und der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten vorgeschlagen, um die TLAC-Anforderungen in europäisches Recht umzusetzen. Bei den als TLAC qualifizierten Instrumenten handelt es sich um solche des harten und des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie um bestimmte anrechenbare, unbesicherte Verbindlichkeiten. Das TLAC-Eckdatenpapier sieht ab 1. Januar 2019 die Einhaltung einer Mindest-TLAC-Quote von 16 % in Bezug auf risikogewichtete Aktiva bzw. die Einhaltung einer Mindest-Verschuldungsquote von 6 % vor. Ab 2022 ist die Mindest-TLAC-Quote 18 % in Bezug auf risikogewichtete Aktiva bzw. ist die Mindest-Verschuldungsquote 6,75 % vorgesehen. Die Abwicklungsbehörde kann bei Bedarf zusätzlich einen institutionsspezifischen Aufschlag verlangen.

Risikomanagement-Rahmenwerk

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern, sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche konsistent mit Eigenkapital zu unterlegen. Risiken und Kapital werden beide mithilfe eines gemeinsamen Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Aktivitäten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weitere Details befinden sich im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements und der Risikosteuerung“ und „Risikosteuerung“ in unserem Jahresbericht 2016.

Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Bezüglich unserer als wesentlich identifizierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts-, Modell- und Reputations-Risiken) sind weitere Informationen zu deren Definition, Identifikation und Management im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht 2016 zu finden.

Alle als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in unserem internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess (ICAAP) abgedeckt, der im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ dieses Berichts dargestellt wird. Modellierungs- und Bewertungsansätze zur Quantifizierung von Kapital und Kapitalanforderungen sind über alle wesentlichen Risikoarten implementiert. Unsere wesentlichen Nicht-Standard-Risikoarten (das heißt Reputationsrisiko und Modellrisiko) sind implizit durch unser Rahmenwerk zum ökonomischen Kapital abgedeckt, hier primär im operationellen und strategischen Risiko.

Risiko und Kapital – Übersicht

Wichtige Risikokennzahlen

Die folgenden ausgewählten Risikokennzahlen und die zugehörigen Metriken sind wichtiger Bestandteil unseres ganzheitlichen Risikomanagements über alle Risikoarten. Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote (CET 1 Ratio), die Interne Kapitaladäquanzquote (Internal Capital Adequacy Ratio, ICA), die Verschuldungsquote (Leverage Ratio), die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die Netto-Liquiditätsposition unter Stress (Stressed Net Liquidity Position, SNLP) sind Metriken auf Konzernebene und integraler Bestandteil des Risikotoleranz-Rahmenwerks, unserer Stresstests (außer LCR), unserer Risiko- und Kapitalplanung, und der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, die unser Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt. CET 1 Ratio, LR, Gesamttrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote, LCR und risikogewichtete Aktiva sind regulatorisch definierte Risikokennzahlen und Metriken und basieren auf einer Vollumsetzung der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und der „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, Eigenkapitalrichtlinie 4 oder „CRD 4“). ICA, Ökonomischer Kapitalbedarf und SNLP sind spezifische Deutsche Bank-interne Risikometriken in Ergänzung zu den genannten regulatorischen Metriken.

Common Equity Tier 1 - Kapitalquote		Risikogewichtete Aktiva	
31.3.2017	11,9 %	31.3.2017	357,7 Mrd €
31.12.2016	11,8 %	31.12.2016	357,5 Mrd €
Interne Kapitaladäquanzquote		Ökonomischer Kapitalbedarf	
31.3.2017	167 %	31.3.2017	34,8 Mrd €
31.12.2016	162 %	31.12.2016	35,4 Mrd €
Verschuldungsquote¹		Gesamttrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	
31.3.2017	3,4 %	31.3.2017	1.369 Mrd €
31.12.2016	3,5 %	31.12.2016	1.348 Mrd €
Mindestliquiditätsquote (LCR)		Netto-Liquiditätsposition unter Stress (sNLP)	
31.3.2017	148 %	31.3.2017	42,7 Mrd € ²
31.12.2016	128 %	31.12.2016	36,1 Mrd €

¹ Die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung betrug 4,0 % zum 31. März 2017 bzw. 4,1 % zum 31. Dezember 2016

² Vorläufiges Ergebnis.

Für weitere Details verweisen wir auf die Kapitel „Risikoprofil“, „Interne Kapitaladäquanz“, „Kapitalinstrumente“, „Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals (inklusive CET 1-Kapitalquote und risikogewichtete Aktiva auf einer CRR/CRD 4-Umsetzung mit und ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4)“, „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)“ und „Verschuldungsquote (inklusive Verschuldungsquote auf einer CRR/CRD 4-Umsetzung mit und ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4)“ in diesem Bericht und in unserem Geschäftsbericht 2016 auf die Kapitel „Risikotoleranz und Risikokapazität“, „Sanierungs- und Abwicklungsplanung“, „Stress Testing“ und „Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP“.

Zusammenfassende Risikobewertung

Wichtige Risikokategorien sind 1) finanzielle Risiken wie das Kreditrisiko (einschließlich Transfer- und Abwicklungsrisiken), Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko), Liquiditätsrisiken, Geschäftsrisiken (einschließlich des steuerlichen und strategischen Risikos) und 2) nichtfinanzielle Risiken (NFRs) wie das Reputationsrisiko und das operationelle Risiko (mit den wichtigen Unterkategorien Compliance-Risiko, Rechtsrisiko, Modellrisiko, Informationssicherheitsrisiko, Betrugsrisiko und Geldwäscherisiko). Wir verwalten die Identifizierung, Bewertung und Minderung der wichtigsten aktuellen und aufkommenden Risiken durch einen internen Steuerungsprozess und die Verwendung von Risikomanagementinstrumenten und -Verfahren. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung soll sicherstellen, dass wir die Auswirkungen dieser Risiken auf unsere Finanzergebnisse und langfristigen strategischen Ziele und den Ruf mildern. Weitere Details zum Management unserer wesentlichen Risiken befinden sich im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2016.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analysen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung überprüft, ergänzt durch eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolien relevant sind.

In Europa bleiben die politischen Risiken auf einem erhöhten Niveau mit einem kurzfristigen Fokus auf die französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Wie erwartet hat Großbritannien Ende März 2017 Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union ausgelöst und damit die Voraussetzung für potenziell angespannte Brexit-Verhandlungen geschaffen. Die geopolitischen Risiken sind ebenfalls erhöht aufgrund von Spannungen zwischen den USA und Nordkorea und zwischen den USA und Russland. Wir erwarten, dass geopolitische Ungewissheiten weiterhin die Risiken für den Rest des Jahres 2017 dominieren werden. Der fehlgeschlagene Versuch, den „Affordable Health Care Act“ in den USA aufzuheben, hat Zweifel geweckt an der Umsetzung von versprochenen Infrastrukturausgaben, Steuerensenkungen und Deregulierung, auf denen die Erwartungen eines starken Wirtschaftswachstums in den USA beruhen, obgleich die globale Konjunktur im ersten Quartal angezogen hat, und Geschäftsumfragen sowie die wirtschaftliche Aktivität im Allgemeinen auf ein robustes BIP-Wachstum hindeuten.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken ist integriert in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigten, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken im Zusammenspiel mit den verfügbaren Risikominderungsmaßnahmen zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten.

In den ersten drei Monaten in 2017 hielt der in den Vorjahren beobachtete globale Trend zu mehr Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie an, und er wird sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren, und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten. Unsere wesentliche Rechtsstreitigkeiten und Angelegenheiten zur aufsichtsbehördlichen Durchsetzung von Forderungen werden in der Anhangangabe „Rückstellungen“ in diesem Bericht beschrieben.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements darauf, unser Risikoprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2017	31.12.2016	Veränderung 2017 gegenüber 2016	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	12.599	13.105	- 506	- 4
Marktrisiko	14.129	14.593	- 464	- 3
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.276	4.229	47	1
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	9.853	10.364	- 511	- 5
Operationelles Risiko	10.989	10.488	501	5
Geschäftsrisiko	4.855	5.098	- 243	- 5
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	- 7.727	- 7.846	119	- 2
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	34.845	35.438	- 593	- 2

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Zum 31. März 2017 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 34,8 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 593 Mio € oder 2 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 35,4 Mrd € zum 31. Dezember 2016.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko reduzierte sich um 506 Mio € oder 4 % zum 31. März 2017 im Vergleich zum Jahresende 2016. Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus einer Verringerung des Kontrahentenrisiko-Komponente.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen betrug 4,3 Mrd € zum 31. März 2017, was einem Anstieg von 47 Mio € oder 1 % gegenüber zum Jahresende 2016 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem Ausfallrisiko aus einer Handelspositionen-Komponente. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen reduzierte sich um 511 Mio € oder 5 %. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus niedrigeren Positionswerten bei den strukturellen Währungsrisiken.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken zum 31. März 2017 betrug 11,0 Mrd € was einem Anstieg von 501 Mio € oder 5 % gegenüber den 10,5 Mrd € zum 31. Dezember 2016 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Modellveränderung. In dem Zusammenhang wurde der Bewertungsmechanismus für die Self-Assessment-Ergebnisse erweitert. Demzufolge wurde der existierende Self-Assessment-Prozess durch einen verbesserten Bewertungsprozess für Risiko und Überwachung ersetzt.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko reduzierte sich um 243 Mio € im Vergleich zu 31. Dezember 2016, auf 4,9 Mrd € zum 31. März 2017. Der Rückgang reflektiert einen niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente, resultierend aus dem aktualisierten Geschäftsausblick für die nächsten zwölf Monate.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko reduzierte sich um 119 Mio €. Der Rückgang reflektiert hauptsächlich den niedrigeren Verbrauch vom Ökonomischen Kapitalbedarf über alle Risikoarten.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

									31.3.2017
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments and Other	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	4.626	3.146	1.704	61	2.513	0	548	12.599	36
Marktrisiko	4.598	843	389	1.893	1.251	0	5.154	14.129	41
Operationelles Risiko	6.940	1.922	845	641	641	0	0	10.989	32
Geschäftsrisiko	4.744	138	3	0	0	0	-31	4.855	14
Diversifikationseffekte ¹	-4.973	-1.027	-468	-388	-562	0	-309	(7.727)	(22)
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	15.936	5.022	2.474	2.208	3.843	0	5.362	34.845	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	46	14	7	6	11	0	15	100	N/M

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

									31.12.2016 ¹
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments and Other	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	4.984	3.202	1.726	62	2.582	108	442	13.105	37
Marktrisiko	4.444	897	551	2.006	1.352	332	5.010	14.592	41
Operationelles Risiko	6.567	1.763	833	561	604	160	0	10.488	30
Geschäftsrisiko	4.582	171	32	100	0	245	-32	5.098	14
Diversifikationseffekte ²	-4.990	-1.018	-477	-441	-562	-110	-248	(7.846)	(22)
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	15.587	5.015	2.665	2.288	3.976	735	5.172	35.438	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	44	14	8	6	11	2	15	100	N/M

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Beträgszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 31. März 2017 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Das Risikoprofil von Global Markets (GM) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von GM hat sich im Vergleich zum Jahresende 2016 erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche und interne Verluste. Der übrige Teil des Risikoprofils von GM leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, welches Ertragsschwankungsrisiken reflektiert. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Markt- und Geschäftsrisiko erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2016, teilweise ausgeglichen aus dem reduzierten Ökonomischen Kapitalbedarf für Kreditrisiko.

Die Erträge von Corporate & Investment Banking (CIB) resultieren aus einer Vielzahl von Produkten mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken resultiert aus Kreditrisiken in den Geschäftsbereichen Trade Finance und Corporate Finance, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs für Kreditrisiken in den ersten drei Monaten resultiert hauptsächlich aus geringeren Positionswerten. Die Marktrisiken ergeben sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen und Handelsaktivitäten.

Das Risikoprofil von Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread-Risiken wider. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko reduzierte sich im Vergleich zum Jahresende 2016.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AM entsprechende operationelle Risiken mit sich. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Markt- und das Geschäftsrisiko reduzierten sich im Vergleich zum Jahresende 2016.

Das Risikoprofil der Postbank beinhaltet hauptsächlich Kredit- und Einlagengeschäft mit Privat- und Firmenkunden, aus dem Kreditrisiken, unter Marktrisiko erfasste Credit-Spread-Risiken im Bankbuch sowie operationellen Risiken resultieren.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehörten Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählten, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen waren. Die NCOU umfasste auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasste Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens. Der niedrigere ökonomische Kapitalbedarf über alle Risikoarten im Vergleich zum Jahresende 2016 reflektierte hauptsächlich den Risikoabbau von nicht-strategischen Beständen. Zum Jahresanfang 2017 wurde die NCOU aufgelöst und die verbleibenden Bestände auf die anderen Geschäftsbereiche verteilt.

Consolidation & Adjustments beinhalten hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko erhöhte sich im Vergleich zum Jahresende 2016.

Risiko und Kapital – Performance

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Interne Kapitaladäquanz

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen CRR/CRD 4-Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren. Hierzu gehören Regeln, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesen Fällen geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen für eine Teilmenge der Beteiligungspositionen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Kapitalinstrumente

Die Hauptversammlung 2016 gewährte unserem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2021 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Im Zeitraum seit der Hauptversammlung 2016 bis zum 31. März 2017 wurden 8,5 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 0,2 Millionen durch die Ausübung von Call-Optionen. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum oder werden im anstehenden Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury 4,4 Millionen zum 31. März 2017 betrug.

Seit der Hauptversammlung 2016 und zum 31. März 2017 betrug der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 1.760 Mio € (687,5 Millionen Aktien). Zum 31. März 2017 betrug das bedingte Kapital 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Die Deutsche Bank kündigte am 5. März 2017 eine Kapitalerhöhung von bis zu 687,5 Millionen neuen Aktien mit Bezugsrechten für bestehende Aktionäre und derselben Dividendenberechtigung wie alle anderen ausstehenden Aktien an und schloss die Kapitalerhöhung am 7. April 2017 ab. Durch die Kapitalerhöhung erhöhte sich Anfang April die Anzahl der ausgegebenen Stammaktien der Deutsche Bank AG um 687,5 Millionen von 1.379,3 Millionen auf 2.066,8 Millionen. Der Bruttoemissionserlös betrug 8,0 Mrd € und der Nettoemissionserlös betrug 7,9 Mrd €. Da die Kapitalerhöhung im zweiten Quartal 2017 abgeschlossen wurde, werden sich die Effekte der Kapitalerhöhung auf unser Eigenkapital erstmals in unserem Abschluss zum 30. Juni 2017 widerspiegeln.

Unsere ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Trust-Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase großteils als Zusätzliches Kernkapital und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln teilweise als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkennbare Betrag an Zusätzlichem Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 31. März 2017 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichem Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 10,9 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare Hybride Kernkapital-Instrumente von 6,3 Mrd €). 6,0 Mrd € ehemals emittierter Hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden. Zusätzliche Kernkapitalinstrumente, anerkannt unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung, betragen zum 31. März 2017 4,6 Mrd €.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 6,6 Mrd € zum 31. März 2017. Es gab zum 31. März 2017 zusätzlich ehemals emittierte Hybride Kernkapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital in Höhe von 0,2 Mrd € anerkannt werden. Der Nominalbetrag der Ergänzungskapital-Instrumente betrug 8,0 Mrd €. Im ersten Quartal 2017 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt. Ergänzungskapital-Instrumente anerkannt unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung, betragen zum 31. März 2017 12,5 Mrd € (inklusive der 6,0 Mrd € ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente, die nur noch in der Übergangsphase als Zusätzliches Kernkapital anerkannt werden).

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Die für den Konzern geltende Säule-1 Mindestanforderung an das Harte Kernkapital beläuft sich auf 4,50 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die Säule-1 Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8,00 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,50 % Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2,00 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden.

Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen wurden die folgenden kombinierten Kapitalpufferanforderungen schrittweise seit 2016 eingeführt und werden ab 2019 zur Vollumsetzung kommen. Die G-SII-Kapitalpufferanforderung (das heißt die Kapitalpufferanforderung an global systemrelevante Institute, „Global Systemically Important Institutions“) von 2,00 % Hartem Kernkapital der RWA in 2019 wurde in 2017 mit 1,00 % eingeführt. Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD 4 widerspiegelt, beläuft sich auf 2,50 % Hartes Kernkapital der RWA in 2019 und wurde in 2017 mit 1,25 % eingeführt. Der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer für die Deutsche Bank berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen unsere relevanten kreditbezogenen Positionen getätigt wurden. Zum 31. März 2017 belief sich der antizyklische Kapitalpuffer auf 0,02 %.

Zudem wurde die Deutsche Bank AG von der BaFin als anderweitig systemrelevantes Institut („Other Systemically Important Institution“, O-SII) mit einer zusätzlichen Kapitalpufferanforderung von 2,00 % eingestuft, welche auf konsolidierter Ebene zu erfüllen ist. Für die Deutsche Bank wurde der O-SII-Kapitalpuffer in einem ersten Schritt von 0,66 % in 2017 eingeführt. Abgesehen von gewissen Ausnahmen muss nur die höhere Anforderung aus entweder dem systemischen Risikopuffer (derzeit nicht anzuwenden), dem G-SII-Kapitalpuffer und dem O-SII-Kapitalpuffer umgesetzt werden. Entsprechend war der O-SII-Kapitalpuffer für die Deutsche Bank zum 31. März 2017 nicht relevant.

Am 8. Dezember 2016 wurde die Deutsche Bank von der EZB über ihre Entscheidung hinsichtlich der prudentiellen Mindestkapitalanforderungen für 2017 informiert, welche aus den Ergebnissen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) nach Säule 2 im Jahr 2016 resultierte. Die Entscheidung verlangt, dass die Deutsche Bank auf konsolidierter Ebene eine Harte Kernkapitalquote unter Anwendung von Übergangsregelungen in Höhe von mindestens 9,52 % aufrechterhält, beginnend ab dem 1. Januar 2017. Diese Anforderung an das Harte Kernkapital umfasst die Säule-1-Mindestkapitalanforderung in Höhe von 4,50 %, die Säule-2-Anforderung (SREP Add-on) in Höhe von 2,75 %, den Kapitalerhaltungspuffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,25 %, den antizyklischen Kapitalpuffer (0,02 % zum 31. März 2017) und den G-SII-Kapitalpuffer unter Übergangsregelungen in Höhe von 1,00 %.

Weitere Informationen zu den für uns anwendbaren Mindestkapitalanforderungen, zusätzlichen Kapitalpuffern sowie Säule-2-Anforderungen (SREP) sind in unserem Geschäftsbericht 2016 enthalten.

Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 betrug per 31. März 2017 54,3 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET 1) in Höhe von 45,1 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von 9,2 Mrd €. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war damit 1,2 Mrd € geringer als am Jahresende 2016. Diese Entwicklung war überwiegend auf einen Rückgang des Harten Kernkapitals um 2,6 Mrd € seit Jahresende 2016 zurückzuführen, während sich das Zusätzliche Kernkapital in derselben Periode um 1,5 Mrd € erhöhte.

Der Rückgang um 2,6 Mrd € im Harten Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war im Wesentlichen die Folge höherer aufsichtsrechtlicher Anpassungen aufgrund der höheren Phase-in Rate von 80 % in 2017 im Vergleich zu 60 % in 2016. Darüber hinaus verminderten negative Beiträge aus Fremdwährungsschwankungen das Harte Kernkapital in 2017 um 0,3 Mrd €. Ein positiver Gegeneffekt resultierte aus unserem positiven Konzernergebnis im ersten Quartal 2017 in Höhe von 0,6 Mrd €. Dieser Effekt wurde jedoch teilweise durch Abgrenzungsbeträge für Dividenden und AT1-Kupons in Höhe von 0,4 Mrd €, welche im ersten Quartal anfielen, verringert. Die Abgrenzung erfolgte im Einklang mit der Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB über die Anrechnung von Jahresend- und Zwischengewinnen im Harten Kernkapital.

Der Anstieg im Zusätzlichem Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 um 1,5 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (1,7 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2016), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichem Kernkapital während der Übergangsphase abgesetzt werden. Diese Anpassungen stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei der Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichem Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im CET 1-Kapital erhöhte sich auf 80 % in 2017 (60 % in 2016) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 20 % in 2017 (40 % in 2016). Unsere noch übergangsweise anrechenbaren Hybriden Kernkapital-Instrumente waren um 0,2 Mrd € niedriger verglichen mit dem Jahresende 2016, da der Gesamtbetrag an verfügbaren Hybriden Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 6,5 Mrd € auf den maximal anerkehbaren Betrag in Höhe von 6,3 Mrd € nach einer weiteren jährlichen Reduktion dieses Betrages zu Beginn des Jahres 2017 um 10 % gekappt wurde. Dieser gekappte Betrag wurde in unser Ergänzungskapital gemäß CRR/CRD 4 einbezogen.

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 47,0 Mrd € zum 31. März 2017, im Vergleich zu 46,8 Mrd € zum Jahresende 2016. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 42,5 Mrd € zum 31. März 2017, verglichen mit 42,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016. Unser Zusätzliches Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 31. März 2017, unverändert im Vergleich zum Jahresende 2016.

Der Anstieg unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung um 0,2 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2016 war im Wesentlichen auf unser positives Konzernergebnis in Höhe von 0,6 Mrd € zurückzuführen, welches durch Abgrenzungsbeträge für Dividenden und AT1 Kupons in Höhe von 0,4 Mrd € teilweise vermindert wurde. Positive Effekte in Höhe von 0,3 Mrd € aus aufsichtsrechtlichen Anpassungen in Form von prudentiellen Filtern wurden fast vollständig durch negative Beiträge aus Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 0,3 Mrd € neutralisiert, mit teilweise positiven fremdwährungsbedingten Gegeneffekten bei den Kapitalabzugspositionen.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)

in Mio €	31.3.2017		31.12.2016	
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiotkonto	37.280	37.280	37.290	37.290
Gewinnrücklagen	18.584	18.584	20.113	20.113
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	3.259	3.229	3.708	3.645
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden ¹	- 407	- 407	- 2.023	- 2.023
Sonstige	0	39	0	79
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	58.716	58.724	59.088	59.104
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	- 1.340	- 1.340	- 1.398	- 1.398
Sonstige prudentielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	- 295	- 241	- 639	- 428
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	- 8.481	- 6.785	- 8.436	- 5.062
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	- 3.989	- 3.191	- 3.854	- 2.312
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	- 288	- 238	- 297	- 188
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	- 966	- 772	- 945	- 567
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	- 28	- 25	- 59	- 41
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10 %- / 15 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0	0	0
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 10 %- / 15 %-Schwelle) (negativer Betrag)	- 295	- 236	- 590	- 354
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen ²	- 576	- 747	- 591	- 971
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	- 16.258	- 13.576	- 16.810	- 11.321
Hartes Kernkapital (CET 1)	42.457	45.149	42.279	47.782
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiotkonto	4.676	4.676	4.676	4.676
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiotkonten, deren Anrechnung im AT 1-Kapital ausläuft	N/A	6.263	N/A	6.516
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	10.939	4.676	11.191
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	- 125	- 47	- 125	- 51
Vom Zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/A	- 1.726	N/A	- 3.437
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals (AT 1)	- 125	- 1.773	- 125	- 3.488
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	9.166	4.551	7.703
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	47.008	54.315	46.829	55.486
Ergänzungskapital (T2)	12.495	6.725	12.673	6.672
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	59.502	61.040	59.502	62.158
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	357.709	356.802	357.518	356.235
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	11,9 ¹	12,7	11,8	13,4
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	13,1	15,2	13,1	15,6
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	16,6	17,1	16,6	17,4

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Im Einklang mit der Entscheidung (EU) (2015/4) der EZB über die Anrechnung von Jahresend- oder Zwischengewinnen im Harten Kernkapital

² Enthält einen zusätzlichen Kapitalabzug in Höhe von 0,3 Mrd €, welcher der Deutschen Bank mit Wirkung ab Oktober 2016 basierend auf einer Benachrichtigung durch die EZB gemäß Artikel 16(1)(c), 16(2)(b) und (j) der Verordnung (EU) No 1024/2013 auferlegt wurde, sowie den zusätzlichen Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung von 0,2 Mrd €.

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	31.3.2017 CRR/CRD 4	31.12.2016 CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	59.885	59.833
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	- 192	- 123
Davon:		
Kapitalrücklage	- 6	- 6
Gewinnrücklage	- 336	- 276
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern	150	159
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	59.693	59.710
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	39	79
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons	- 978	- 621
Umkehrereffekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position "Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern", während der Übergangsphase	- 30	- 63
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	58.724	59.104
Prudentielle Filter	- 1.752	- 2.206
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	- 1.340	- 1.398
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	- 3	- 5
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	- 238	- 423
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	- 171	- 380
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	- 11.823	- 9.115
Davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	- 6.785	- 5.062
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	- 3.427	- 2.666
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	- 238	- 188
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	- 772	- 567
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Sonstiges	- 601	- 632
Hartes Kernkapital	45.149	47.782
Zusätzliches Kernkapital	9.166	7.703
Zusätzliche Kernkapital-Anleihen	4.629	4.625
Gemäß Bilanz	4.675	4.669
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 46	- 45
Hybride Kapitalinstrumente	6.249	6.500
Gemäß Bilanz	6.334	6.373
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	297	301
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 382	- 174
Davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	- 201	0
Sonstiges	- 181	- 174
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	14	16
Abzüge vom Zusätzlichem Kernkapital	- 1.726	- 3.437
Kernkapital	54.315	55.486
Ergänzungskapital	6.725	6.672
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.266	6.447
Gemäß Bilanz	7.773	7.762
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	- 1.508	- 1.315
Davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	- 1.131	- 1.027
Sonstiges	- 377	- 288
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	489	288
Davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	201	0
Sonstiges	288	288
Abzüge vom Ergänzungskapital	- 30	- 63
Gesamtkapital	61.040	62.158

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva

Die nachfolgende Tabelle zeigt die RWA nach Risikoart und Geschäftsbereich. Sie beinhaltet die aggregierten Effekte der segmentellen Reallokation von infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen den Segmenten.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

								31.3.2017
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	60.246	63.814	37.860	3.690	36.099	0	15.959	217.668
Abwicklungsrisiko	25	0	0	0	0	0	0	25
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	7.947	30	29	103	270	0	5	8.384
Marktrisiko	32.700	708	3	0	84	0	0	33.494
Operationelles Risiko	61.403	17.001	7.479	5.671	5.678	0	0	97.231
Insgesamt	162.321	81.554	45.371	9.463	42.129	0	15.964	356.802

								31.12.2016
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	61.288	62.997	36.161	3.758	36.561	4.075	15.505	220.345
Abwicklungsrisiko	36	0	0	0	0	0	0	36
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	8.846	39	43	139	252	90	8	9.416
Marktrisiko	29.409	788	0	0	62	3.502	0	33.762
Operationelles Risiko	58.032	15.578	7.362	4.957	5.334	1.413	0	92.675
Insgesamt	157.612	79.403	43.565	8.854	42.209	9.079	15.512	356.235

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 356,8 Mrd € zum 31. März 2017 im Vergleich zu 356,2 Mrd € zum Jahresende 2016. Der moderate Anstieg von 0,6 Mrd € resultierte aus einem Anstieg der RWA aus dem operationellen Risiko in Höhe von 4,6 Mrd € als Folge einer Modellanpassung, welcher durch Reduktionen der RWA aus dem Kreditrisiko ohne Fremdwährungseinflüsse in Höhe von 2,3 Mrd €, hauptsächlich aus weiteren risikoreduktionsbezogenen Initiativen, wie auch einer Verbesserung unserer „Portfolioqualität“ sowie des Weiteren aus den kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA) von 1 Mrd € aufgrund von Prozessverbesserungen und Reduktionen im Basisportfolio kompensiert wurde. Die RWA im Marktrisiko reduzierten sich leicht um 0,3 Mrd € vorwiegend aus einer Modellanpassung des SVaR und dem dadurch betroffenen Portfolio. Zusätzlich reduzierten Fremdwährungsbewegungen die RWA ebenfalls um 0,4 Mrd €.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 357,7 Mrd € zum 31. März 2017 im Vergleich zu 357,5 Mrd € zum Jahresende 2016. Der Rückgang resultiert aus den gleichen Veränderungen wie zuvor für die risikogewichteten Aktiva unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren um 0,9 Mrd € höher als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschiedsbetrag ergibt sich aufgrund der Anwendung der Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen aus den Übergangsbestimmungen gemäß Artikel 495 der CRR.

Unser Beteiligungsportfolio, für das wir die Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen bis zum Jahresende 2017 weiterhin anwenden, besteht aus neun Positionen mit einem Gesamtwert von 154 Mio €, die für die Berechnung der RWA auf Basis einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung ein Risikogewicht von 100 % anstelle eines Risikogewichts zwischen 190 % und 370 % erhalten. Wir beobachten eng die aktuellen Marktentwicklungen und mögliche Auswirkungen von illiquiden Märkten oder ähnlichen Erschwernissen, die eine Veräußerung dieser Positionen verhindern könnten.

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Berechnungen für das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko sowie die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung in der Berichtsperiode dar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

in Mio €	Jan. – Mär. 2017		Jan. – Dez. 2016	
	Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen	Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für Kreditrisiko zum Ende der vorherigen Berichtsperiode	220.345	17.628	242.019	19.362
Portfoliogröße	- 998	- 80	- 8.085	- 647
Portfolioqualität	- 1.391	- 111	- 3.827	- 306
Modellanpassungen	- 100	- 8	2.328	186
Methoden und Grundsätze	0	0	- 1.280	- 102
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	- 12.701	- 1.016
Fremdwährungsbewegungen	- 385	- 31	350	28
Sonstige	197	16	1.539	123
RWA-Bestand für Kreditrisiko zum Ende der aktuellen Berichtsperiode	217.668	17.413	220.345	17.628

Davon: Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Gegenpartei-Kreditrisiko

in Mio €	Jan. – Mär. 2017		Jan. – Dez. 2016	
	Gegenpartei-Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen	Gegenpartei-Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für Gegenpartei-Kreditrisiko zum Ende der vorherigen Berichtsperiode	35.614	2.849	37.276	2.982
Portfoliogröße	- 2.796	- 224	- 2.740	- 219
Portfolioqualität	86	7	511	41
Modellanpassungen	- 100	- 8	1.439	115
Methoden und Grundsätze	0	0	- 60	- 5
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	- 707	- 57
Fremdwährungsbewegungen	- 87	- 7	- 106	- 8
Sonstige	0	0	0	0
RWA-Bestand für Gegenpartei-Kreditrisiko zum Ende der aktuellen Berichtsperiode	32.716	2.617	35.614	2.849

Die Klassifizierung der Kategorien für die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko ist mit den Anforderungen aus der „Enhanced Disclosure Task Force“ (EDTF) vollständig abgestimmt. Die Kategorie „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen im Umfang wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich Effekte aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Parameterrekalibrierungen sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen und der zusätzlichen Anwendung fortgeschrittener Modelle. RWA-Veränderungen aufgrund externer, aufsichtsrechtlich bestimmter Veränderungen, wie zum Beispiel der Anwendung neuer Regelwerke, werden in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ berücksichtigt. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind. Die Kategorie „Sonstige“ enthält alle weiteren Änderungen, welche nicht den zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

Der RWA-Rückgang für das Kreditrisiko um 2,7 Mrd € (1,2 %) seit dem 31. Dezember 2016 ergibt sich hauptsächlich aus einem Rückgang in der Kategorie „Portfolioqualität“ als Folge von Verbesserungen in unseren Verlustquotenparametern und Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Verringerung in der Kategorie „Portfoliogröße“ reflektiert hauptsächlich Risikooptimierungsinitiativen und Prozessverbesserungen in unserem Gegenpartei-Risiko, welches teilweise durch einen Anstieg der Geschäftsaktivitäten wie auch durch eine Erhöhung der Kundenengagements in unserem Kreditportfolio kompensiert worden ist. Der moderate Rückgang in der Kategorie „Modellanpassungen“ resultiert aus der veränderten Behandlung von Teilen unseres illiquiden Derivateportfolios im Zusammenhang mit der Nachschuss-Risikoperiode. Der leichte Anstieg in der Kategorie „Sonstige“ steht im Zusammenhang mit der Anwendung der Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen aus den Übergangsbestimmungen gemäß Artikel 495 der CRR.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)

in Mio €	Jan. – Mär. 2017		Jan. – Dez. 2016	
	Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen	Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für CVA zum Ende der vorherigen Berichtsperiode	9.416	753	15.877	1.270
Veränderungen des Risikovolumens	- 1.027	- 82	- 5.600	- 448
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	0	0	278	22
Modellverbesserungen	0	0	- 1.000	- 80
Methoden und Grundsätze	0	0	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	- 5	0	- 139	- 11
RWA-Bestand für CVA zum Ende der aktuellen Berichtsperiode	8.384	671	9.416	753

Auf Basis des CRR/CRD 4-aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks berechnen wir RWA für die CVA, welche die Kreditqualität unserer Kontrahenten berücksichtigt. Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteiisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde. Per 31. März 2017 beliefen sich die RWA für CVA-Risiken auf 8,4 Mrd €, was einer Reduktion von € 1,0 Mrd (11 %) im Vergleich zu 9,4 Mrd € zum 31. Dezember 2016 entspricht. Diese Reduzierung ist im Wesentlichen durch den Rückgang unseres OTC-Derivate Portfolios zustande gekommen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €						Jan. – Mär. 2017	
	VaR	SVaR	IRC	CRM	Anderes	RWA Insgesamt	Gesamtkapital- anforderungen
RWA-Bestand für Marktrisiko zum Ende der vorherigen Berichtsperiode	5.957	14.271	8.662	273	4.599	33.762	2.701
Risikovolumen	- 135	- 736	358	- 48	50	- 509	- 41
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	51	0	0	0	559	609	49
Modellverbesserungen	154	- 517	0	0	0	- 363	- 29
Methoden und Grundsätze	0	0	0	0	0	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	0	0	0	0	- 5	- 5	0
Sonstiges	0	0	0	0	0	0	0
RWA-Bestand für Marktrisiko zum Ende der aktuellen Berichtsperiode	6.026	13.018	9.021	226	5.203	33.494	2.680

in Mio €						Jan. – Dez. 2016	
	VaR	SVaR	IRC	CRM	Anderes	RWA Insgesamt	Gesamtkapital- anforderungen
RWA-Bestand für Marktrisiko zum Ende der vorherigen Berichtsperiode	6.931	17.146	11.608	2.378	11.491	49.553	3.964
Risikovolumen	- 655	- 1.547	- 2.716	- 3.553	- 8.852	- 17.323	- 1.386
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	403	0	0	0	2.018	2.421	194
Modellverbesserungen	- 57	237	- 230	0	0	- 50	- 4
Methoden und Grundsätze	- 665	- 1.565	0	1.475	0	- 754	- 60
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	0	0	0	- 27	- 58	- 84	- 7
Sonstiges	0	0	0	0	0	0	0
RWA-Bestand für Marktrisiko zum Ende der aktuellen Berichtsperiode	5.957	14.271	8.662	273	4.599	33.762	2.701

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag, den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, welche in der Tabelle unter der Kategorie „Sonstiges“ zusammengefasst sind. Der Marktrisiko-Standardansatz umfasst Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate, Langlebighkeitsrisiko, relevante Investmentanteile und Marktrisiko RWA der Postbank.

Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“ enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder die Erweiterungen des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen. Die Auswirkungen von Währungsbewegungen werden nur für CRM und den Marktrisiko-Standardansatz berechnet.

Zum 31. März 2017 betragen die RWA für Marktrisiken 33,5 Mrd € und reduzierten sich damit um 0,3 Mrd € (0,8 %) seit dem 31. Dezember 2016. Der Rückgang war im Wesentlichen getrieben von der Kategorie „Risikovolumen“, hauptsächlich aus den Komponenten Value-at-Risk und Stress-Value-at-Risk. Die Kategorie „Modellverbesserung“ trug zu der Reduzierung bei, getrieben von der Komponente Stress-Value-at Risk. Die Reduzierungen wurden zum Teil aufgewogen durch Erhöhungen in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“, getrieben von Ergebnissen aus dem Marktrisiko-Standardansatz.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	Jan. – Mär. 2017		Jan. – Dez. 2016	
	RWA-Bestand für das operationelle Risiko	Eigenmittelanforderungen	RWA-Bestand für das operationelle Risiko	Eigenmittelanforderungen
RWA-Bestand für das operationelle Risiko zum Ende der vorherigen Berichtsperiode	92.675	7.414	89.923	7.194
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	2.110	169	7.048	564
Veränderung der erwarteten Verluste	- 1.870	- 150	- 1.798	- 144
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	49	4	- 1.140	- 91
Modellverbesserungen	4.267	341	- 358	- 29
Methoden und Grundsätze	0	0	- 1.000	- 80
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0
RWA-Bestand für das operationelle Risiko zum Ende der aktuellen Berichtsperiode	97.231	7.779	92.675	7.414

Interne und externe Verluste werden unter der Kategorie „Veränderungen des Verlustprofils“ angezeigt. Die Position „Veränderung der erwarteten Verluste“ basiert auf der divisionalen Planung sowie historischen operationellen Verlusten und wird vom AMA-Kapital unter bestimmten Einschränkungen abgezogen. Die Kategorie „Zukunftsgerichtete Risikokomponente“ repräsentiert die qualitative Anpassung („QA“) und damit die Effektivität und die Leistungsfähigkeit der laufenden Steuerung operationeller Risiken durch Key Risk Indicators und Self-Assessments, wobei das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren im Mittelpunkt stehen. Die Kategorie „Modellverbesserungen“ umfasst Verfeinerungen und Veränderungen des Modells. Die Kategorie „Methoden und Grundsätze“ umfasst extern getriebene Veränderungen wie zum Beispiel regulatorische Aufschläge. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ spiegelt signifikante Veränderungen des Risikoprofils aufgrund Neugeschäft oder Verkäufen wider.

Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um insgesamt 4,6 Mrd € resultierte vorrangig aus der Kategorie „Modellverbesserungen“. In Verbindung mit dem Ersatz des bisherigen Self-Assessment-Prozesses durch unseren verbesserten Risk and Control Assessment-Prozess haben wir einen verbesserten Bewertungsmechanismen implementiert. Diese Modellveränderung erlaubte es uns, auf den bis dahin mitgeführten Kapitalzuschlag zu verzichten. Die Effekte der Modellverbesserungen wurden teilweise durch eine Erhöhung des Abzugspostens „Veränderung der erwarteten Verluste“ kompensiert, welche durch eine Überprüfung der Verlustschätzungen unserer Rechtsabteilung entstand.

Weitere in den Modellverbesserungen enthaltene Auswirkungen auf die übrigen RWA-Komponenten des operationellen Risikos werden sich im Einklang mit der Umsetzung noch ausstehender Modellverbesserungen, welche kürzlich von unserer europäischen Aufsichtsbehörde genehmigt wurden, ergeben.

Ökonomisches Kapital

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt.

Ökonomisches Kapitalangebot und Ökonomischer Kapitalbedarf

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2017	31.12.2016
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	59.885	59.833
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 108	- 440
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 966	- 945
Aktive latente Steuern	- 8.427	- 8.666
Zusätzliche Bewertungsanpassung ³	- 1.340	- 1.398
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 288	- 297
Fonds baupartechnische Absicherung	- 228	- 231
Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals	- 16	- 45
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt ⁴	- 487	- 557
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁵	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	- 9.039	- 8.982
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.214	11.259
Tier-2-Kapitalinstrumente	7.980	8.003
Kapitalangebot	58.181	57.534
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	12.599	13.105
Marktrisiko	14.129	14.593
Operationelles Risiko	10.989	10.488
Geschäftsrisiko	4.855	5.098
Diversifikationseffekte	- 7.727	- 7.846
Kapitalanforderung	34.845	35.438
Interne Kapitaladäquanzquote in %	167	162

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Analog zum Abzug beim regulatorischen Kapital.

⁴ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁵ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 167 % zum 31. März 2017 im Vergleich zu 162 % zum 31. Dezember 2016. Die Änderung der Quote resultierte aus einem Anstieg im Kapitalangebot und aus einem Rückgang der Kapitalanforderung. Der Anstieg des Kapitalangebots um 646 Mio € resultierte hauptsächlich aus dem niedrigeren Gewinn aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko und aktive latente Steuern. Der Rückgang der Kapitalanforderung resultiert aus dem niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf (siehe Abschnitt „Risikoprofil“).

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Verschuldungsquote

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und das Aktionärsvermögen auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Group Risk Committee (GRC). Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen. Während das CRR/CRD 4 Rahmenwerk zurzeit keine verbindliche Mindestverschuldungsquote vorgibt, die von den relevanten Finanzinstituten eingehalten werden muss, empfiehlt ein Gesetzesvorschlag, der am 23. November 2016 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, eine Mindestverschuldungsquote von 3 % einzuführen. Der Gesetzesvorschlag besagt, dass die Verschuldungsquote zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Vorschlags Anwendung finden würde, wird aber noch innerhalb der EU-Institutionen diskutiert.

Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (EU) 2015/62, der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU) 575/2013, veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivaten, Wertpapierfinanzierungsgeschäften, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet. Sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind, werden variable Barnachschusszahlungen von der Gesamtrisikopositionsmessgröße abgezogen: bei von Gegenparteien erhaltenen variablen Barnachschusszahlungen vom Anteil, der sich auf die aktuellen Wiederbeschaffungskosten von Derivaten bezieht und bei an Gegenparteien geleisteten variablen Barnachschusszahlungen von der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die sich aus Forderungen ergibt, die als Vermögenswerte bilanziert wurden. Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivategeschäften werden in der nachstehenden Tabelle „Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote“ unter Risikopositionen aus Derivaten gezeigt. Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die ins Kernkapital eingeflossen sind, ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Bruttoforderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Bruttoforderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für außerbilanzielle Risikopositionen berücksichtigt die Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) sowie aufsichtsrechtlichen Anpassungen für Positionen, die bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote, beide auf Basis einer Vollumsetzung, in Übereinstimmung mit den Formularen der technischen Durchführungsstandards (ITS), welche von der Europäische Kommission mit Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 der Kommission, die im Amtsblatt der Europäischen Union am 16. Februar 2016 veröffentlicht wurde, verabschiedet wurden:

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mrd €	31.3.2017	31.12.2016
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	1.565	1.591
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	- 0	0
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	- 214	- 276
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	21	20
Anpassung für außerbilanzielle Posten (das heißt Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	102	102
Sonstige Anpassungen	- 104	- 90
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.369	1.348

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2017	31.12.2016
Summe Risikopositionen aus Derivaten	182	177
Summe Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	154	135
Summe außerbilanzielle Risikopositionen	102	102
Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen	947	948
Bei der Ermittlung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogene Aktivabträge	- 15	- 15
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	47,0	46,8
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.369	1.348
Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Kernkapital (in %)	3,4	3,5

Beschreibung der Einflussfaktoren, die die Verschuldungsquote im ersten Quartal 2017 beeinflusst haben

Zum 31. März 2017 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,4 % verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2016, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 47,0 Mrd € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.369 Mrd € (46,8 Mrd € sowie 1.348 Mrd € per 31. Dezember 2016).

Unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote unter Anwendung der Übergangsregelung betrug 4,0 % zum 31. März 2017. Sie wurde berechnet als Kernkapital unter Anwendung der Übergangsregelung in Höhe von 54,3 Mrd € dividiert durch die anzuwendende Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.370 Mrd €. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße unter Anwendung der Übergangsregelung ist 1 Mrd € höher als auf Basis einer Vollumsetzung, da die bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogenen Aktivabträge unter Anwendung der Übergangsregelung niedriger sind.

Im Laufe des ersten Quartals 2017 erhöhte sich unsere Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 22 Mrd € auf 1.369 Mrd €. Das ist hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg in Höhe von 19 Mrd € bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften, welcher den Anstieg in der Bilanz bei den Bilanzpositionen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, und Prime-Brokerage-Geschäfte) widerspiegelt. Des Weiteren gab es einen Anstieg bei Derivaten um 4 Mrd €, der hauptsächlich auf höhere Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert zurückzuführen ist. Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen gingen leicht um 1 Mrd € zurück, was die Entwicklung unserer Bilanz widerspiegelt, wobei der Anstieg bei Handelsaktiva durch Rückgänge bei anderen Bilanzpositionen kompensiert wurde. Außerbilanzielle Positionen blieben weitgehend unverändert bei 102 Mrd €.

Der Anstieg unserer Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote im Laufe des ersten Quartals 2017 enthält Währungseffekte in Höhe von minus 3 Mrd €, die hauptsächlich auf der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar beruhen und teilweise durch die Abwertung des Euro gegenüber dem japanischen Yen kompensiert wurden.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 24 zum 31. März 2017, verglichen mit 25 zum 31. Dezember 2016.

Für die zentralen Treiber der Entwicklung des Kernkapitals verweisen wir auf den Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ dieses Berichts.

Risikopositionswert des Kreditrisikos

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatarlehen, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

							31.3.2017
in Mio €	Ausfall-wahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	44.164	21.895	6.359	16.234	44.684	133.336
iA	0,04–0,11 %	40.959	46.266	13.309	10.894	7.100	118.529
iBBB	0,11–0,50 %	56.836	51.663	16.315	7.884	1.746	134.443
iBB	0,50–2,27 %	43.661	28.887	9.158	4.778	408	86.892
iB	2,27–10,22 %	23.309	17.553	4.594	1.059	32	46.547
iCCC und schlechter	10,22–100 %	15.222	3.969	2.124	479	35	21.829
Insgesamt		224.150	170.234	51.859	41.328	54.003	541.575

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,8 Mrd € zum 31. März 2017 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

							31.12.2016
in Mio €	Ausfall-wahrscheinlichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventualverbindlichkeiten	Außerbörsliche Derivate ³	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	43.149	21.479	5.699	16.408	46.014	132.749
iA	0,04–0,11 %	39.734	45.635	13.712	12.566	6.616	118.264
iBBB	0,11–0,50 %	57.287	47.480	16.753	8.300	1.696	131.515
iBB	0,50–2,27 %	46.496	29.274	9.663	5.333	366	91.132
iB	2,27–10,22 %	22.920	18.173	4.477	1.053	9	46.631
iCCC und schlechter	10,22–100 %	15.069	4.022	2.038	533	21	21.683
Insgesamt		224.655	166.063	52.341	44.193	54.722	541.974

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 10,3 Mrd € zum 31. Dezember 2016 im Zusammenhang mit Konsumentenkreditengagements.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

Die obige Tabelle zeigt einen geringfügigen Rückgang unseres Firmenkreditengagements von 399 Mio € oder 0,1 % in den ersten drei Monaten 2017. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung mit Investment-Grade-Bewertung ist konstant bei 71 % geblieben.

Der Rückgang unseres Firmenkreditengagements von Dezember 2016 bis März 2017 ist vor allem auf außerbörsliche Derivate zurückzuführen (Rückgang 2,9 Mrd € oder 6 %) und entfiel überwiegend auf Währungskursprodukte, im Wesentlichen bedingt

durch eine geringere Volatilität sowie einen Rückgang in der Kundennachfrage, sowie auf Zinssatz-Produkte, wobei Änderungen in den Zinsstrukturkurven entgegengesetzt korreliert mit den Marktwerten waren. Der Gesamtrückgang unseres Firmenkreditengagements wurde teilweise durch einen Anstieg in unwiderruflichen Kreditzusagen (Anstieg 4,2 Mrd € oder 3 %), hauptsächlich aufgrund von höheren Handelsvolumen in Nordamerika, kompensiert.

Konsumentenkreditengagement

In unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ²	
	31.3.2017	31.12.2016	31.3.2017	31.12.2016	31.3.2017	31.12.2016
Konsumentenkreditengagement Deutschland	151.053	150.639	0,76	0,75	0,13	0,13
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.626	20.316	2,69	2,45	0,99	0,99
Immobilienfinanzierungen	130.428	130.323	0,45	0,48	0,00	0,00
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.426	38.162	3,94	4,22	0,74	0,68
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	14.560	13.663	7,26	8,44	1,09	0,98
Immobilienfinanzierungen	23.866	24.499	1,91	1,87	0,52	0,51
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	189.478	188.801	1,40	1,45	0,26	0,24

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,0 Mrd € zum 31. März 2017 und 3,1 Mrd € zum 31. Dezember 2016.

² Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monats-Zeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

Zum 31. März 2017 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2016 um 678 Mio € oder 0,36 % gestiegen. Der Anstieg kommt überwiegend aus einem Wachstum der Portfolien in Deutschland (414 Mio €) und Indien (159 Mio €) und einem FX getriebenen Anstieg in Polen (135 Mio €), und wird hauptsächlich gemindert durch den Verkauf eines nicht-performenden Kreditportfolios in Spanien (119 Mio €).

Die Quote der 90 Tage oder länger überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 1,45 % per Jahresende 2016 auf 1,40 % zum 31. März 2017. Die Quote wird positiv von dem oben genannten selektiven Portfolioverkauf in Spanien beeinflusst.

Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements stiegen von 0,24 % per Jahresende 2016 auf 0,26 % zum 31. März 2017 an.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	31.3.2017	31.12.2016
≤ 50 %	68 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	3 %	3 %
> 100 ≤ 110 %	2 %	2 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	1 %	1 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Verhältnis zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Werte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den Wert dieser Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir umso höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. März 2017 verzeichneten wir unverändert zum Jahresende 2016 für 68 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 %.

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehender Tabelle ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben.

In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Die folgende, auf der Sitzland-Perspektive basierende Tabelle zeigt unsere Bruttosition, den Anteil an nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen ausgewählten Ländern der Eurozone. Die Bruttosition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung von Kreditderivaten mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltener Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in unserem Retail-Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – sowie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen inklusive der nominalen Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte Länder der Eurozone beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttosition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	31.3. 2017	31.12. 2016	31.3. 2017	31.12. 2016	31.3. 2017	31.12. 2016	31.3. 2017	31.12. 2016	31.3. 2017	31.12. 2016	31.3. 2017 ¹	31.12. 2016
Griechenland												
Brutto	83	89	706	743	207	986	6	6	0	0	1.002	1.824
Nicht gezogen	0	0	30	31	3	21	0	0	0	0	34	52
Netto	77	83	228	258	-34	15	1	1	0	0	272	357
Irland												
Brutto	946	826	819	908	7.871	9.280	31	31	3.590 ²	3.263 ²	13.256	14.308
Nicht gezogen	0	0	37	42	1.774	2.000	1	1	138 ²	172 ²	1.950	2.214
Netto	692	569	305	352	4.389	5.374	5	5	3.737 ²	3.459 ²	9.128	9.759
Italien												
Brutto	3.136	2.735	3.185	3.051	10.784	10.591	16.973	17.122	133	358	34.212	33.857
Nicht gezogen	41	32	71	74	4.818	4.730	208	208	0	26	5.138	5.069
Netto	592	438	934	920	7.269	7.514	7.252	7.288	108	344	16.155	16.504
Portugal												
Brutto	-5	61	166	127	1.257	1.424	1.695	1.674	39	65	3.153	3.352
Nicht gezogen	0	0	63	12	235	232	12	12	0	0	310	256
Netto	48	79	114	73	1.009	1.205	131	143	39	65	1.342	1.564
Spanien												
Brutto	1.153	1.325	1.648	1.947	8.280	8.340	9.573	9.770	66	112	20.720	21.493
Nicht gezogen	0	0	226	261	3.994	4.310	270	283	0	3	4.490	4.858
Netto	1.143	1.195	699	971	6.492	6.643	1.941	1.935	217	265	10.492	11.009
Brutto insgesamt	5.313	5.037	6.524	6.776	28.399	30.621	28.279	28.603	3.829	3.797	72.343	74.835
Nicht gezogen	41	33	426	419	10.826	11.292	491	504	138	202	11.922	12.449
Netto insgesamt³	2.553	2.364	2.279	2.574	19.126	20.751	9.330	9.371	4.101	4.133	37.389	39.194

¹ Ungefähr 67 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 144 Mio € zum 31. März 2017 und 281 Mio € zum 31. Dezember 2016.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten Ländern der Eurozone verringerte sich in den ersten drei Monaten im Jahr 2017 um 1,8 Mrd €, hauptsächlich aus geringeren Engagements in Irland und Spanien.

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Die nachfolgende Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone

in Mio €	31.3.2017				31.12.2016			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	83	-6	77	1	89	-6	83	2
Irland	720	-28	692	69	569	0	569	74
Italien	3.069	-2.476	592	413	2.662	-2.223	438	398
Portugal	-5	53	48	-14	61	17	79	-8
Spanien	1.149	-7	1.143	493	1.322	-127	1.195	279
Insgesamt	5.017	-2.464	2.553	962	4.703	-2.339	2.364	744

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen, klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Das Nettokreditengagement erhöhte sich geringfügig um 189 Mio € im Vergleich zum Jahresende 2016. Dieser Anstieg resultierte hauptsächlich aus erhöhten Positionen in Schuldverschreibungen im direkten Engagement gegenüber Italien und Irland, der teilweise durch eine erhöhte Netto-Position in gekauften Kreditausfallversicherungen (CDS) kompensiert wurde.

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und sich zum 31. März 2017 für Italien auf 265 Mio € und für Spanien auf 399 Mio € belaufen (zum 31. Dezember 2016: für Italien 261 Mio € und für Spanien 401 Mio €).

Qualität von Vermögenswerten

Das folgende Kapitel beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldnern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	31.3.2017			31.12.2016		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	219.124	183.437	402.560	219.106	182.760	401.865
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	634	2.576	3.211	882	2.445	3.327
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	454	472	926	357	459	816
Wertgeminderte Kredite	3.938	2.992	6.930	4.310	3.137	7.447
Insgesamt	224.150	189.478	413.627	224.655	188.801	413.455

Stellungnahme bezüglich ausgewählter Industrien

Unser Kreditvolumen in der Schifffahrtsbranche beträgt rund 5 Mrd € und ist weitestgehend besichert. Das Portfolio ist diversifiziert über die Schiffstypen mit globalem Risikoprofil und international diversifiziertem Einkommen, trotz der Tatsache, dass eine Mehrzahl der Kunden in Europa angesiedelt ist. Ein hoher Anteil des Portfolios ist Sub-Investment-Grade bewertet, um die andauernden herausfordernden Marktbedingungen der letzten Jahre abzubilden.

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte;
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags zu jedem Berichtsstichtag vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Finance durchgeführt wird.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschlossen, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Wir beurteilen zunächst Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, hinsichtlich der Frage, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Geschäftsbericht 2016 zu finden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	31.3.2017			31.12.2016			Veränderung 2017 gegenüber 2016	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Global Markets	165	207	126 ²	181	187	103 ²	- 16	23
Corporate & Investment Banking	2.742	1.628	59	2.826	1.706	60	- 84	- 1
Private, Wealth and Commercial Clients	2.334	1.413	61	1.938	1.210	62	396	- 2
Deutsche Asset Management	0	1	N/A ¹	0	1	N/A ¹	0	N/A
Postbank	1.689	1.024	61	1.708	1.007	59	- 19	2
Non-Core Operations Unit ³	-	-	-	794	432	54	- 794	N/A
Davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	-	-	-	92	69	75	- 92	N/A
Consolidation & Adjustments and Other	0	1	N/A ¹	0	4	N/A ¹	0	N/A
Insgesamt	6.930	4.275	62	7.447	4.546	61	- 517	1

N/A - nicht aussagekräftig.

¹ Der Wertberichtigungsbestand in Deutsche Asset Management und Consolidation & Adjustments and Other resultiert vollständig aus kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite.

² Die Wertgeminderten Kredite in Global Markets sind mehr als voll gedeckt durch den Wertberichtigungsbestand, da letzterer kollektiv ermittelte Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite beinhaltet.

³ Ab 2017 besteht die Non-Core Operations Unit (NCOU) nicht mehr als eigenständiger Unternehmensbereich. Die zum 31. Dezember 2016 verbliebenen wertberichtigten Kredite sowie der Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle werden nun von den entsprechenden Segmenten des Kerngeschäfts, insbesondere Private Wealth & Commercial Clients, verwaltet.

Wertgeminderte Kredite nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	31.3.2017			31.12.2016		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Finanzintermediation	141	8	149	122	11	133
Fondsmanagement	8	8	15	14	7	21
Verarbeitendes Gewerbe	472	164	636	524	229	754
Handel	416	184	600	472	234	707
Private Haushalte	204	2.415	2.619	193	2.467	2.661
Gewerbliche Immobilien	386	33	418	385	37	422
Öffentliche Haushalte	12	0	12	19	0	19
Sonstige ¹	2.213	267	2.480	2.397	334	2.731
Insgesamt	3.852	3.078	6.930	4.126	3.321	7.447

¹ Davon „Transport, Lagerung und Kommunikation“: wertgeminderte Kredite, insgesamt 1,0 Mrd € (46 %), sowie „Wohnimmobilien, Vermietung und verwandte Geschäftsbereiche“; wertgeminderte Kredite, insgesamt 542 Mio € (25 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie „Sonstige“ aufweist.

Wertgeminderte Kredite nach Regionen

in Mio €	31.3.2017			31.12.2016		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	935	1.430	2.365	1.154	1.486	2.639
Westeuropa (ohne Deutschland)	1.780	1.506	3.286	2.021	1.688	3.709
Osteuropa	42	122	164	46	132	179
Nordamerika	544	1	545	495	1	496
Mittel- und Südamerika	4	0	4	4	0	5
Asien/Pazifik	299	19	318	341	14	355
Afrika	59	1	60	63	1	64
Sonstige	189	0	189	2	0	2
Insgesamt	3.852	3.078	6.930	4.126	3.321	7.447

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	Jan. – Mär. 2017			Gesamtjahr 2016		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.126	3.321	7.447	4.236	3.915	8.151
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	372	477	849	2.177	1.291	3.469
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 470	- 473	- 943	- 1.080	- 723	- 1.803
Abschreibungen	- 158	- 243	- 401	- 979	- 987	- 1.966
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 6	- 9	- 14	- 266	- 161	- 427
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 14	5	- 9	38	- 15	23
Bestand am Periodenende	3.852	3.078	6.930	4.126	3.321	7.447

¹ Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

Unsere wertgeminderten Kredite verringerten sich in den ersten drei Monaten 2017 um 517 Mio € (7 %) auf 6,9 Mrd €. Die Reduktion in unserem Portfolio einzeln bewerteter Kredite reflektiert hauptsächlich Abschreibungen in CIB sowie de-risking Aktivitäten hinsichtlich früherer NCOU Kredite, während die Reduktion in unserem kollektiv bewerteten Portfolio in erster Linie auf Abschreibungen in PW&CC Spanien zurückzuführen ist.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten)) erhöhte sich von 61 % zum Jahresende 2016 auf 62 % zum 31. März 2017.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Mär. 2017						
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.071	2.475	4.546	162	183	346	4.892
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	58	72	130	15	- 11	3	133
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	- 2	2	0	0	0	0	0
Nettoabschreibungen:	- 154	- 227	- 382	0	0	0	- 382
Abschreibungen	- 160	- 243	- 403	0	0	0	- 403
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	6	16	22	0	0	0	22
Sonstige Veränderungen	- 17	- 2	- 19	- 0	- 1	- 1	- 21
Bestand am Periodenende	1.957	2.318	4.275	177	171	348	4.623
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 127	- 34	- 162	- 3	- 6	- 9	- 171
In %	- 69	- 32	- 55	- 17	129	- 73	- 56
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	4	225	229	0	0	0	229
In %	- 3	- 50	- 37	0	0	0	- 37

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 4,6 Mrd € am 31. März 2017 im Vergleich zu 4,9 Mrd € zum Jahresende 2016. Dieser Rückgang wurde durch Abschreibungen verursacht, die teilweise durch neue Risikovorsorgen kompensiert wurden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich um 171 Mio € im Vergleich zu den ersten drei Monaten 2016, verursacht durch den Rückgang der Risikovorsorge für Kreditausfälle um 162 Mio, aufgrund einer Verringerung in unserem Portfolio einzeln bewerteter Kredite sowie in geringerem Umfang einer Reduktion in unserem Portfolio kollektiv bewerteter Kredite. Der Rückgang in unserem einzeln bewerteten Kreditportfolio resultiert hauptsächlich aus CIB, in erster Linie resultierend aus einer besseren Performance in den Branchen Öl- und Gas sowie Metalle und Bergbau, welche die anhaltenden Schwierigkeiten im Schifffahrtssektor überkompensierten. Die Reduktion der Risikovorsorge in unserem kollektiv ermittelten Kreditportfolio resultiert insbesondere aus dem Ausbleiben von Einmaleffekten bezüglich Krediten, die im vergangenen Jahr in der NCOU berichtet wurden.

Die Reduktion der Abschreibungen um 229 Mio € resultiert insbesondere aus dem Ausbleiben von Abschreibungen in Zusammenhang mit Verkäufen in der Postbank.

Jan. – Mär. 2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	185	107	292	18	-5	13	304
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Kredi- ten	-4	-20	-24	0	0	0	-24
Nettoabschreibungen:	-158	-452	-610	0	0	0	-610
Abschreibungen	-166	-498	-665	0	0	0	-665
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	8	46	55	0	0	0	55
Sonstige Veränderungen	43	-109	-66	-0	-5	-6	-71
Bestand am Periodenende	2.322	2.322	4.644	161	158	319	4.963
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	93	-12	81	13	-7	5	86
In %	102	-10	39	248	-311	73	40
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-56	-352	-408	0	0	0	-408
In %	54	354	202	0	0	0	202

Marktrisiko

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko	Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko		
	2017	2016	2017	2016	2017	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	
Durchschnitt ²	32,0	32,0	-29,8	-35,0	20,8	19,7	22,6	26,6	7,6	9,3	10,3	10,7	0,5	0,7
Maximum ²	37,9	59,4	-37,6	-57,6	24,9	29,5	25,1	32,5	10,7	52,4	16,5	16,7	2,2	3,3
Minimum ²	24,2	20,4	-25,2	-25,6	18,1	14,8	20,1	22,3	4,4	4,4	5,9	3,6	0,1	0,2
Periodenende ³	37,1	30,1	-29,5	-36,9	24,9	19,9	21,8	24,3	10,7	10,0	7,0	12,6	2,2	0,2

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 beziehungsweise im Gesamtjahr 2016 bewegten.

³ Angaben für 2017 zum 31. März 2017 und Angaben für 2016 zum 31. Dezember 2016.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb der ersten drei Monate 2017 betrug 32,0 Mio €, und blieb damit unverändert verglichen mit dem Kalenderjahr 2016. Der durchschnittliche Credit-Spread-Value-at-Risk verringerte sich aufgrund eines geringeren idiosynkratischen Risikos.

Der Value-at-Risk zum Periodenende war getrieben von einem Anstieg in direktonalem Zinsexposure, welches durch ein geringeres Währungsrisiko am Ende des ersten Quartals 2017 im Vergleich zum Jahresende 2016 aufgewogen wurde.

In den ersten drei Monaten 2017 erzielten unsere Handelsbereiche an 98 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 87 % im Kalenderjahr 2016.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Stress-Value-at-Risk

Die folgende Tabelle zeigt den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) unserer Handelsbereiche.

Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations-effekt		Zins-risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs-risiko		Währungs-risiko ²		Rohwarenpreis-risiko	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Durchschnitt ³	76,2	85,2	-85,1	-78,2	65,5	51,9	62,4	74,9	16,8	20,6	15,4	14,8	1,1	1,3
Maximum ³	125,0	143,7	-101,8	-150,0	92,0	82,5	73,2	99,3	55,0	144,5	28,0	30,4	4,5	3,9
Minimum ³	50,5	60,4	-73,0	-53,4	48,7	37,4	56,3	59,0	1,5	2,4	6,9	3,4	0,3	0,4
Periodenende ⁴	125,0	75,8	-101,3	-91,3	92,0	51,9	67,4	63,0	55,0	29,6	9,4	22,1	2,5	0,5

¹ Beinhaltet Stress-Value-at-Risk für Gold und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2017 bis zum 31. März 2017 beziehungsweise im Gesamtjahr 2016 bewegten.

³ Angaben für 2017 zum 31. März 2017 und Angaben für 2016 zum 31. Dezember 2016.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk in den ersten drei Monaten 2017 betrug 76,2 Mio €, ein Rückgang von 9,0 Mio € im Vergleich zum ganzen Jahr 2016. Der Rückgang im Durchschnitt war getrieben von Rückgängen im Credit-Spread-Risiko und Aktienkursrisiko, aufgewogen durch einen Anstieg im Zinsrisiko. Der durchschnittliche Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk reduzierte sich im Vergleich zum ganzen Jahr 2016 aufgrund eines geringeren idiosynkratischen Risikos, sowie aufgrund eines kleinen Rückganges infolge einer Modellverbesserung bei der Credit-Spread Komponente. Des Weiteren reduzierte sich das Aktienkursrisiko Stress Value at Risk resultierend aus einer Verbesserung des Risikoprofils in Kursrückgangs-Szenarien.

Der Anstieg des Stress-Value-at-Risk zum Periodenende ist getrieben durch einen Anstieg des Zinsrisikos infolge eines erhöhten direktionalen Exposures und einen Anstieg im Aktienkursrisiko aufgrund eines veränderten Risikoprofils in Kursrückgangs-Szenarien im Vergleich zum Jahresende 2016. Dies wurde zu einem gewissen Grad aufgewogen durch ein geringeres Währungsrisiko.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der Inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert aus dem Stichtags- oder dem Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Der Inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage ist der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^{2, 3}

in Mio €	Insgesamt		Non-Core Operations Unit		Global Credit Trading		Core Rates		Fixed Income & Currencies APAC		Emerging Markets - Debt		Sonstige	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Durchschnitt ¹	666,3	840,2	0,0	52,0	391,8	393,0	153,1	200,4	101,3	188,6	87,5	116,8	-67,4	-110,5
Maximum ¹	768,2	944,4	0,0	57,3	475,0	405,8	223,9	229,6	188,4	243,0	115,5	128,0	-44,6	-65,6
Minimum ¹	614,2	693,0	0,0	44,5	333,6	368,0	101,9	173,7	55,3	119,6	39,4	111,6	-88,4	-141,8
Periodenende ²	721,7	693,0	0,0	51,8	463,6	368,0	101,9	173,7	188,4	119,6	50,7	121,8	-82,9	-141,8

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, welcher dem 31. März 2017 beziehungsweise dem 31. Dezember 2016 vorausging.

² Die Aufteilung auf die Geschäftsfelder wurde für das Reporting in 2017 angepasst, um die aktuelle Geschäftsstruktur besser abzubilden.

³ Alle Liquiditätshorizonte betragen 12 Monate.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Ende des ersten Quartals des Jahres 2017 betrug 722 Mio € und erhöhte sich um 29 Mio € (4 %) verglichen mit dem Jahresende 2016. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt des Inkrementellen Risikoaufschlags am Ende des ersten Quartals des Jahres 2017 belief sich auf 666 Mio € und blieb damit 174 Mio € (21 %) unter dem Zwölf-Wochen-Durchschnitt für die am 31. Dezember 2016 endende Periode. Der geringere durchschnittliche Inkrementelle Risikoaufschlag ist getrieben durch einen Rückgang des Credit Spread Exposures in Fixed Income & Currencies APAC im Vergleich zum gesamten Jahr 2016.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtstage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)³

in Mio €	2017	2016
Durchschnitt ¹	20,0	31,3
Maximum ¹	23,3	39,8
Minimum ¹	16,8	21,9
Periodenende ²	14,7	17,9

¹ Der Wert für den aufsichtsrechtlichen Umfassenden Risikoansatz wurde auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. März 2017 beziehungsweise am 31. Dezember 2016 endete.

² „Spot“-Betrag des internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes zum Periodenende.

³ Alle Liquiditätshorizonte betragen zwölf Monate.

Der Umfassende Risikoansatz am Periodenende der ersten drei Monate im Jahr 2017 betrug 14,7 Mio €, ein Rückgang gegenüber 17,9 Mio € (-18 %) verglichen mit dem Jahresende 2016. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt unseres regulatorischen Umfassenden Risikoansatzes für die ersten drei Monate 2017 betrug 20,0 Mio € und lag damit um 11,3 Mio € (36 %) unter dem Zwölf-Wochen-Durchschnittswert für die am 31. Dezember 2016 endende Periode. Die Reduzierung erfolgte aufgrund des anhaltenden Risikoabbaus in diesem Portfolio.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Zum 31. März 2017 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 328,6 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 4,1 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2016 erzeugten diese Positionen Eigenkapitalanforderungen von 278,4 Mio € mit entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 3,5 Mrd €.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate verringerten sich auf 3,9 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 49 Mio € entspricht, verglichen mit 6,4 Mio € und 80 Mio € zum 31. Dezember 2016.

Des Weiteren beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 31. März 2017 auf 43 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 532 Mio € entsprach, im Vergleich zu 39 Mio € und 487 Mio € zum 31. Dezember 2016.

Die Eigenkapitalanforderungen für das Langlebkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betrugen zum 31. März 2017 38 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 481 Mio € entsprach, im Vergleich zu 46 Mio € und 570 Mio € zum 31. Dezember 2016.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag 0 € am 31. März 2017 sowie am 31. Dezember 2016. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 31. März 2017 sowie am 31. Dezember 2016 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Operationelle Risiken

In den ersten drei Monaten 2017 waren unsere operationellen Risikoverluste weiterhin vorwiegend durch Verluste aus und Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtliche Vergleichszahlungen bedingt. Obwohl wir im Vorjahresvergleich Verbesserungen feststellten, nahmen Verluste aus Rechtsstreitigkeiten weiterhin einen Anteil von mehr als 80 % der operationellen Risikoverluste in diesem Quartal ein. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Laufende Einzelverfahren“ in diesem Zwischenbericht. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren nur etwa ein Viertel so hoch wie in den ersten drei Monaten 2016.

Unser operationelles Risikomanagement unterstützt die zukunftsorientierte Steuerung unseres operationellen Risikos durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von regulären Überprüfungen von Rechtsrisiken und aufsichtsrechtlichen Vergleichsverfahren, Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten sowie Risikoindikatoren. Unser regulatorischer Kapitalbedarf wird hauptsächlich durch große externe und interne operationelle Verlustereignisse sowie denkbarer Verluste aus Rechtsstreitigkeiten, welche über Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Verlustschätzungen unserer Rechtsabteilung im „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Modell berücksichtigt werden, beeinflusst. Für die Beschreibung unseres Modellierungsansatzes verweisen wir auf das Kapitel „Entwicklung der Kapitalanforderungen für das Operationelle Risiko“ unseres Jahresberichts 2016.

Liquiditätsrisiko

Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2017		31.12.2016	
Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital	211	21 %	210	21 %
Privatkunden	300	30 %	292	30 %
Transaction Banking	206	20 %	200	20 %
Sonstige Kunden ¹	57	6 %	53	5 %
Unbesicherte Wholesale Refinanzierung	49	5 %	55	6 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	180	18 %	165	17 %
Finanzierungsvehikel	3	0 %	2	0 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	1.005	100 %	977	100 %

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto). Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 461,8 Mrd € (503,6 Mrd €), Nettingeffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 59,7 Mrd € (67,9 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 38,3 Mrd € (42,2 Mrd €), jeweils zum 31. März 2017 und zum 31. Dezember 2016.

Der Anstieg um 1,8 Mrd € im Bereich Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital reflektiert höhere Emissionsaktivitäten, die die Fälligkeiten während des ersten Quartals überstiegen. Einlagen von Privatkunden (inklusive Einlagen von Vermögensverwaltungskunden) und im Transaction Banking sind um 7,7 Mrd € beziehungsweise um 5,5 Mrd € angestiegen, hauptsächlich wegen einer verbesserten Grundstimmung des Marktes und der Kunden seit der Auflösung einer maßgeblichen Rechtsstreitigkeit im Dezember 2016. Der Anstieg von 14,7 Mrd € im Bereich besicherte Refinanzierung und Shortpositionen spiegelt ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Handelsbestand des Bereiches Global Markets im Vergleich zum Jahresende wider. Der Rückgang um 4,2 Mrd € bei Sonstigen Kunden reflektiert die Entwicklungen in Beständen, die nicht als stabile Quellen der Refinanzierung angesehen werden, hauptsächlich getrieben durch Netto-Margin-Zahlungen und Prime-Brokerage Bestände, während Fälligkeiten von kurzfristigen Einlagen in einem Rückgang von 6,0 Mrd € in unbesicherter Wholesale Refinanzierung resultierten.

Im ersten Quartal 2017 haben wir Mittel in Höhe von 8,5 Mrd € im Rahmen eines Gesamtrefinanzierungsplans für 2017 von bis zu 25 Mrd € aufgenommen. Der durchschnittliche Spread in den ersten drei Monaten des Jahres 2017 über dem 3-Monats EURIBOR war 113 Basispunkte (alle nicht-Euro Refinanzierungsspreads wurden in den entsprechenden 3-Monats EURIBOR umbasiert), mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5,4 Jahren. Die bedeutendsten Transaktionen in diesem Zeitraum waren eine unbesicherte 1,5-Mrd-€-Emission mit festem Zinssatz und einer Laufzeit von 5 Jahren und eine unbesicherte 750 Mio GBP Emission mit festem Zinssatz und einer Laufzeit von 3 Jahren. Für das verbleibende Jahr beabsichtigen wir, den restlichen Bedarf durch eine Vielzahl von Möglichkeiten einschließlich Emissionen gezielt an Privatanleger, Privatplatzierungen mit institutionellen Investoren und weiteren öffentlichen Benchmark-Emissionen sicherzustellen.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck halten wir Liquiditätsreserven vor, die verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (unter anderem Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte umfassen. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so halten wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren. Somit schwankt das Gesamtvolumen der Liquiditätsreserven mit den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten gehalten, an denen die Bank aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der primär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	31.3.2017		31.12.2016	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	178	178	178	178
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	135	135	136	136
Tochtergesellschaften	43	43	42	42
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	44	41	27	25
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	41	38	25	24
Tochtergesellschaften	3	3	2	1
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	20	11	14	9
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	14	8	9	6
Tochtergesellschaften	6	3	5	3
Gesamte Liquiditätsreserven	242	230	219	212
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	190	181	171	166
Tochtergesellschaften	52	49	48	46

Während der ersten drei Monate des Jahres 2017 stiegen unsere Liquiditätsreserven um 23,1 Mrd € oder 10,5 % gegenüber dem Jahresende 2016.

Unsere gestresste Netto-Liquiditätsposition (Stressed Net Liquidity Position, „sNLP“) stellt den Liquiditätsüberschuss der vorhandenen Liquiditätsreserven und anderer Liquiditätseingänge in den Geschäftsbereichen gegenüber unserem gestressten Liquiditätsbedarf unter unserem kombinierten Liquiditätsstress-Szenario dar, das sowohl Markt- als auch institutsspezifische Liquiditätsstress-Ereignisse berücksichtigt. Die sNLP wird als eine der wichtigen Risikokennzahlen der Bank überwacht. Unsere sNLP lag zum 31. März 2017 bei 43 Mrd € (vorläufige Schätzung; zum 31. Dezember 2016 war die sNLP 36 Mrd €). Die sNLP schwankt aufgrund von Geschäftsaktivitäten, Marktereignissen und Marktwahrnehmungen, auch in Bezug auf uns, sowie aufgrund von Änderungen an unseren internen Methodenannahmen. Unser interner Risikoappetit zielt darauf ab, einen positiven Liquiditätsüberschuss von mindestens 10 Mrd € zu haben.

Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR)

Finalisiert vom Baseler Ausschuss im Januar 2013, soll die LCR die kurzfristige Widerstandsfähigkeit des Liquiditätsrisikoprofils einer Bank über einen Zeitraum von 30 Tagen in Stressszenarien unterstützen. Die Quote ist definiert als der Betrag des Volumens liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets, „HQLA“), die zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken in einem gestressten Szenario resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission, die im Oktober 2014 verabschiedet wurde, in europäisches Recht umgesetzt. Die Übereinstimmung mit der LCR muss in Europa ab dem 1. Oktober 2015 erfolgen.

Unsere LCR von 148 % zum 31. März 2017 wurde gemäß der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission berechnet (im Einklang mit dem technischen Implementierungsstandard der EBA zum Reporting der LCR an Aufsichtsbehörden). Die LCR zum 31. Dezember 2016 war 128 %.

in Mrd €	Liquiditätswert (gewichtet)	
	31.3.2017	31.12.2016
Erstklassige liquide Aktiva	219	201
Mittelzuflüsse	104	93
Mittelabflüsse	251	250
Nettomittelabflüsse	148	158
LCR in %	148 %	128 %

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Zinsen und ähnliche Erträge	6.138	6.032
Zinsaufwendungen	3.071	2.108
Zinsüberschuss	3.067	3.924
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	133	304
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.933	3.620
Provisionsüberschuss	2.935	2.877
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.109	1.297
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	119	121
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	20	106
Sonstige Erträge	97	- 257
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	4.279	4.144
Personalaufwand	3.147	3.194
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.201	3.736
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	44
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0
Restrukturierungsaufwand	- 14	211
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.334	7.184
Ergebnis vor Steuern	878	579
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	303	343
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	575	236
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	4	23
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	571	214

Ergebnis je Aktie

	1. Quartal	
	2017	2016
Ergebnis je Aktie:		
Unverwässert	0,40 €	0,15 €
Verwässert	0,38 €	0,15 €
Anzahl der Aktien in Millionen:		
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.409,8	1.386,5
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert)	1.485,1	1.404,2

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn/Verlust (-), nach Steuern	575	236
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung		
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden		
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	- 81	- 177
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	15	121
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 12	385
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	- 125	- 123
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 12	34
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	2	4
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 2	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	0	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung		
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 393	- 1.137
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	0	3
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen		
Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	- 13	13
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	114	- 113
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	- 509	- 989
Gesamtergebnis, nach Steuern	66	- 752
Zurechenbar:		
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	3	12
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	63	- 764

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Barreserven und Zentralbankeinlagen	179.461	181.364
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.467	11.606
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	14.058	16.287
Forderungen aus Wertpapierleihen	24.907	20.081
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	189.926	171.044
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	421.218	485.150
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	100.054	87.587
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	711.198	743.781
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	55.204	56.228
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	980	1.027
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	409.352	408.909
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.197	3.206
Sachanlagen	2.832	2.804
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.039	8.982
Sonstige Aktiva	134.067	126.045
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.567	1.559
Steuerforderungen aus latenten Steuern	8.427	8.666
Summe der Aktiva	1.564.756	1.590.546

Passiva

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Einlagen	555.440	550.204
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	18.469	25.740
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	4.508	3.598
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelspassiva	73.300	57.029
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	399.062	463.858
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	65.799	60.492
Investmentverträge	607	592
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	538.768	581.971
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	20.109	17.295
Sonstige Passiva	174.984	155.440
Rückstellungen	6.742	10.973
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.111	1.329
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	474	486
Langfristige Verbindlichkeiten	172.964	172.316
Hybride Kapitalinstrumente	6.334	6.373
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Summe der Verbindlichkeiten	1.499.905	1.525.727
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	3.531
Kapitalrücklage	33.838	33.765
Gewinnrücklagen	19.491	18.987
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	-84	0
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	3.109	3.550
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	59.885	59.833
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	4.675	4.669
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	292	316
Eigenkapital insgesamt	64.852	64.819
Summe der Passiva	1.564.756	1.590.546

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ¹
Bestand zum 31. Dezember 2015	3.531	33.572	21.182	- 10	0	1.384
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	214	0	0	165
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 56	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	- 78	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	80	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 129	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 2.047	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	1.768	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	24	0	0	0	0
Sonstige	0	62	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2016	3.531	33.451	21.340	- 210	0	1.549
Bestand zum 31. Dezember 2016	3.531	33.765	18.987	0	0	912
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	571	0	0	- 95
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	0	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 67	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	36	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	62	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	- 2	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	0	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 1.394	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	1.248	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	7	0	0	0	0
Sonstige	0	32	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2017	3.531	33.838	19.491	- 84	0	817

¹ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ¹	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital insgesamt
97	662	2.196	66	4.404	62.678	4.675	270	67.624
25	0	-1.126	13	-922	-708	0	12	-696
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-56	0	0	-56
0	0	0	0	0	-78	0	0	-78
0	0	0	0	0	80	0	0	80
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-129	0	0	-129
0	0	0	0	0	-2.047	0	0	-2.047
0	0	0	0	0	1.768	0	0	1.768
0	0	0	0	0	24	0	0	24
0	0	0	0	0	62	0 ⁴	-4	58
122	662	1.069	79	3.482	61.592	4.675	279	66.546
143	0	2.418	77	3.550	59.833	4.669	316	64.819
-12	-2	-318	-13	-441	130	0	3	133
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-67	0	0	-67
0	0	0	0	0	36	0	0	36
0	0	0	0	0	62	0	0	62
0	0	0	0	0	-2	0	0	-2
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-1.394	0	0	-1.394
0	0	0	0	0	1.248	0	0	1.248
0	0	0	0	0	7	0	0	7
0	0	0	0	0	32	6 ⁴	-28	10
131	-2	2.100	64	3.109	59.885	4.675	292	64.852

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

	1. Quartal	
in Mio €	2017	2016
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	575	236
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	133	304
Restrukturierungsaufwand	- 14	211
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equity- methode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	- 144	- 127
Latente Ertragsteuern, netto	288	116
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	694	509
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 18	- 106
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	1.514	1.143
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten ohne Zentralbanken	- 25	247
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	- 2.707	- 6.584
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	- 12.607	1.363
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	- 272	3.136
Sonstige Aktiva	- 7.611	- 52.790
Einlagen	5.955	- 6.983
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ¹	5.556	7.789
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	- 6.190	4.333
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	2.927	493
Sonstige Passiva	14.502	41.283
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ²	550	- 8.502
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	- 3.323	34.077
Sonstige, per Saldo	- 1.225	- 2.502
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	- 2.956	16.503
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	3.087	5.254
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	2.569	1.561
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	5	18
Verkauf von Sachanlagen	36	11
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	- 5.003	- 7.991
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	0	- 12
Sachanlagen	- 145	- 110
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	0	79
Sonstige, per Saldo	- 334	- 299
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	215	- 1.489
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	46	3
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	0	- 170
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	0	6
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	- 3	- 705
Begebene Stammaktien	0	0
Kauf Eigener Aktien	- 1.394	- 2.047
Verkauf Eigener Aktien	1.255	1.784
Begebene Zusätzliche Tier-1-Anleihen	0	0
Kauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	- 68	- 82
Verkauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	73	81
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	0	0
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 27	- 4
Gezahlte Bardividende an Deutsche Bank Aktionäre	0	0
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 118	- 1.134
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 591	- 307
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 3.450	13.573
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	185.891	105.478
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	182.439	119.049
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	241	422
Gezahlte Zinsen	2.896	2.206
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.050	6.075
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserven und Zentralbankeinlagen (nicht eingeschlossen verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken)	176.614	111.607
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 7.077 Mio € per 31. März 2017 und von 4.074 Mio € per 31. März 2016)	6.236	7.442
Insgesamt	182.850	119.049

¹ Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.087 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 690 Mio € bis zum 31. März 2017 (bis 31. März 2016: 1.970 Mio € und 2.071 Mio €).

² Einschließlich Emissionen in Höhe von 9.711 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 8.754 Mio € bis zum 31. März 2017 (bis 31. März 2016: 11.328 Mio € und 18.928 Mio €).

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernzwischenabschlusses. Diese sind die Segmentergebnisse in den Angaben zur Segmentberichterstattung, die im „Überblick zur Finanz- und Ertragslage: Segmentüberblick“ des Lageberichts dargestellt sind. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 34 und IFRS 8, „Operating Segments“.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2016 gelesen werden, der mit Ausnahme der in der Anhangangabe „Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ dargelegten erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen und wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften, die für den Konzern von Bedeutung sein können, waren zum 31. März 2017 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 2 „Share-Based Payments“

Im Juni 2016 veröffentlichte das IASB Änderungen im begrenzten Umfang zu IFRS 2, „Share-Based Payments“ („IFRS 2“). Diese durch das IFRS Interpretations Committee entwickelten Änderungen stellen die Bilanzierung von bestimmten Arten von aktienbasierten Vergütungen klar. Sie erläutern die Bilanzierung von aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich, die von Markt-Performance-Kriterien abhängen, die Klassifizierung von aktienbasierten Vergütungen mit Nettoausgleich sowie die Bilanzierung von Modifikationen von aktienbasierten Vergütungen mit Barausgleich zu Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente erfüllt werden. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen der Klarstellungen von IFRS 2. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 9 „Financial Instruments“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen, den Nutzern von Finanzabschlüssen aussagefähigere und relevantere Anhangangaben zur Verfügung zu stellen. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Vorschriften sind von der EU in europäisches Recht übernommen worden. Basierend auf den Daten zum 31. März 2017 und dem derzeitigen Stand der IFRS 9-Umsetzung (siehe die nachstehende ausführliche Beschreibung) schätzt der Konzern, dass die Erstanwendung von IFRS 9 zu einer Reduzierung des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals von insgesamt ungefähr 1 Mrd € vor Steuern führen wird. Diese Reduzierung ist überwiegend durch die Anforderungen von IFRS 9 zu Wertminderungen getrieben.

Programm zur Umsetzung

Der Konzern führt ein zentral gemanagtes und vom Finanzvorstand des Konzerns gesponsertes IFRS 9-Programm durch, das von Fachexperten für die Themen Methodik, Datenbeschaffung und Modellierung, IT-Prozesse sowie Rechnungslegung unterstützt wird. Die bisherigen Arbeiten beinhalten die Durchführung einer Beurteilung von Finanzinstrumenten, die durch die Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften von IFRS 9 betroffen sind, sowie die Entwicklung einer Wertminderungsmethodik, um die Kalkulation der erwarteten Kreditausfallrisikovorsorge zu unterstützen. Im Geschäftsjahr 2016 entwickelte der Konzern insbesondere seine Vorgehensweise zur Beurteilung eines signifikanten Kreditrisikoanstiegs, zur Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren (Implementierung in 2017) und zur Bereitstellung der erforderlichen IT-Systeme sowie der Prozessarchitektur. Für das Jahr 2017 plant der Konzern die Durchführung von Parallelläufen der Systeme, um die prozessuale Bereitschaft sicherzustellen und die Datenqualität von neuen Datenanforderungen weiter zu verbessern.

Die Gesamtsteuerung obliegt einem IFRS 9-Steuerungskomitee, in dem Mitarbeiter der Finanz- und Risikoabteilung sowie des IT-Bereichs gemeinsam vertreten sind. Richtlinien und Training zu IFRS 9 werden über alle Konzerngeschäftsbereiche und Konzernfunktionen als Teil der konzerninternen Kontrollsysteme bereitgestellt. Um sicherzustellen, dass angemessene Validierungen und Kontrollen über neue Schlüsselprozesse und Bereiche mit signifikanten Managementeinschätzungen verfügbar sind, verbessert der Konzern gegenwärtig seine vorhandene Steuerungsstruktur. Die Steuerung der Kalkulation der erwarteten Kreditausfallrisikovorsorge ist zwischen der Finanz- und der Risikoabteilung aufgeteilt.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen unter IFRS 9 von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten. Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen.

Zur Bestimmung der möglichen Klassifizierungs- und Bewertungsänderungen durch die Umsetzung von IFRS 9 hat der Konzern in 2016 eine erste Bestimmung der Geschäftsmodelle durchgeführt sowie die vertraglichen Zahlungsstromcharakteristika der finanziellen Vermögenswerte beurteilt. Das Ergebnis der bisher durchgeführten Analyse ist, dass der Konzern eine Population von finanziellen Vermögenswerten identifiziert hat, bei denen erwartet wird, dass sie entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertet werden, und welche somit Gegenstand der IFRS 9-Wertminderungsregeln werden. Da jedoch der tatsächliche Effekt der Umsetzung der Klassifizierungs- und Bewertungsänderungen von IFRS 9 auf den Konzern im Wesentlichen von den am Tag des Inkrafttretens vorliegenden Geschäftsmodellen und Beständen an finanziellen Vermögenswerten abhängig ist, wird der Konzern diese Analyse in 2017 weiterführen, um Änderungen an den Geschäftsmodellen sowie den Beständen an finanziellen Vermögenswerten zu berücksichtigen.

Die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Standard erlaubt dem Konzern die vorzeitige Anwendung des Ausweises der aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auch vor der vollständigen Umsetzung von IFRS 9. Der Konzern hat diese Anforderungen nicht vorzeitig umgesetzt.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt (im Weiteren insgesamt als „finanzielle Vermögenswerte“ bezeichnet).

Das Modell zur Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge ändert sich von einem Modell eingetretener Kreditausfälle, bei dem Kreditausfälle unter IAS 39 bei Eintritt eines definierten Verlustereignisses erfasst werden, hin zu einem erwarteten Kreditausfallmodell unter IFRS 9, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt, an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden. Im Moment beurteilt der Konzern zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Falls sich das Kreditrisiko am Bilanzstichtag seit dem Erstansatz nicht signifikant erhöht hat, wird der Konzern unter IFRS 9 für selbst begebene und gekaufte Vermögenswerte eine Risikovorsorge in Höhe der 12-monatigen erwarteten Kreditausfälle (Stufe 1) erfassen. Diese spiegelt die erwarteten Kreditausfälle wider, die aus möglichen Ausfallereignissen innerhalb der nächsten 12 Monate entstehen können. In der Stufe 1 wird der Zinsertrag auf Basis des Bruttobuchwerts der finanziellen Vermögenswerte berechnet.

IFRS 9 erfordert die Erfassung einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle über die restliche Laufzeit (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet) für finanzielle Vermögenswerte, bei denen sich das Kreditrisiko signifikant erhöht hat (Stufe 2), und für am Bilanzstichtag notleidende Vermögenswerte (Stufe 3). Diese über die Laufzeit erwarteten Kreditausfälle spiegeln alle möglichen Ausfallereignisse über die erwartete Restlaufzeit eines finanziellen Vermögenswerts wider. Der Konzern nutzt existierende Risikomanagementindikatoren (z. B. Kreditmerklisten und Neuverhandlungen bzw. gelockerte Kreditbedingungen (üblicherweise als „forbearance trigger“ bezeichnet)), Bonitätsänderungen sowie die Betrachtung angemessener und belegbarer Informationen, die dem Konzern eine Identifizierung von Vermögenswerten mit einem signifikant erhöhten Kreditrisiko erlauben. Dieser Prozess beinhaltet die Betrachtung von zukunftsorientierten Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren. Darüber hinaus werden Vermögenswerte in die Stufe 2 überführt, wenn sie 30 Tage überfällig sind. Der Zinsertrag in Stufe 2 wird auf Basis des Bruttobuchwerts der finanziellen Vermögenswerte berechnet.

Als primäre Definition für in die Stufe 3 übergehende notleidende Vermögenswerte wird der Konzern die Kreditausfalldefinition gemäß Artikel 178 CRR anwenden. Nur für diese finanziellen Vermögenswerte wird der Zinsertrag auf Basis des Nettobuchwerts berechnet. Zukunftsorientierte Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren müssen bei der Bewertung von IFRS 9-konformen erwarteten Kreditausfällen berücksichtigt werden.

IFRS 9 unterscheidet nicht zwischen für sich gesehen bedeutsamen und für sich gesehen nicht bedeutsamen finanziellen Vermögenswerten. Daher hat der Konzern entschieden, die Risikovorsorge auf Basis der individuellen Transaktion zu bewerten. Ebenso wird die Beurteilung eines Transfers von finanziellen Vermögenswerten zwischen den Stufen 1, 2 und 3 auf Basis der individuellen Transaktion durchgeführt. Detaillierte Informationen zur derzeitigen Wertminderungsmethodik unter IAS 39 sind in Anhangangabe 1, „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ aufgeführt.

Der Konzern nutzt drei Hauptparameter zur Bewertung der erwarteten Kreditausfälle. Zu diesen zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD“), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD“) und die Schätzung des Risikopositionswerts bei Ausfall (Exposure at Default, auch „EAD“). Der Konzern nutzt somit so weit wie möglich die existierenden Parameter des regulatorischen Berichtswesens und der Risikomanagementpraxis auf Transaktionsebene. Die Kreditrisikovorsorge für Zwecke von IFRS 9 wird durch eine Vielzahl von Kreditmerkmalen, wie zum Beispiel - aber nicht ausschließlich - dem erwarteten noch ausstehenden Kreditbetrag bei Ausfall, dem zugehörigen Amortisierungsprofil sowie der erwarteten Nutzungsdauer des finanziellen Vermögenswerts, beeinflusst. Als Folge erhöht sich die Kreditrisikovorsorge für finanzielle Vermögenswerte in Stufe 2 mit der erwarteten Nutzungsdauer und dem erwarteten EAD. Die Berücksichtigung von Vorhersagen über zukünftige makroökonomische Gegebenheiten in der Bewertung der erwarteten Kreditausfälle wird zusätzliche Auswirkungen auf die Risikovorsorge in jeder der Stufen haben. Zur Kalkulation der erwarteten Kreditausfälle, die über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftreten können, leitet der Konzern in seiner Kalkulation die entsprechenden, über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftretenden PDs aus Migrationsmatrizen ab. Diese Matrizen reflektieren ökonomische Vorhersagen. Zur Bestimmung, ob ein finanzieller Vermögenswert notleidend geworden ist und in die Stufe 3 überführt werden muss, müssen ein oder mehrere Ereignisse identifiziert werden, die eine nachteilige Auswirkung auf die erwarteten zukünftigen Cashflows haben.

Als Folge der Regelungsänderungen unter IFRS 9 kommt es zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge, unter Nutzung der von Deutsche Bank Research bereitgestellten Informationen zu zukünftigen makroökonomischen Zuständen, auf angemessenen und belegbaren zukunftsorientierten Informationen basiert. Diese Informationen zu makroökonomischen Szenarien werden fortlaufend überwacht und werden, zusätzlich zur Kalkulation der erwarteten Kreditausfälle des Konzerns, auch zur Kapitalplanung und zum Stress-Testing des Konzerns genutzt. Die von Deutsche Bank Research bereitgestellten Informationen werden vom Konzern genutzt, um die möglichen zukünftigen Szenarien zu generieren. Zu diesem Zweck wird die für das Stress-Testing verwendete Infrastruktur des Konzerns angepasst, um sie mit den Anforderungen von IFRS 9 in Einklang zu bringen. Überleitungseffekte und Effekte aus der laufenden Anwendung von IFRS 9 sind in der Kapitalplanung des Konzerns für 2018 und die folgenden Perioden enthalten. Die allgemeine Verwendung von zukunftsorientierten Informationen unter Einbezug von makroökonomischen Faktoren sowie Anpassungen aufgrund von außergewöhnlichen Faktoren werden durch eine Steuerungsstruktur überwacht.

Wie oben erwähnt wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der 12-monatigen erwarteten Kreditausfälle für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat, und dem größeren Bestand an finanziellen Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird. IFRS 9 beinhaltet ein Bilanzierungswahlrecht, die Anwendung der IFRS 9-Bilanzierungsregeln für Sicherungsbeziehungen zu verschieben und statt dessen die IAS 39-Bilanzierungsregeln für Sicherungsbeziehungen weiterhin anzuwenden. Der Konzern hat entschieden, dieses Bilanzierungswahlrecht auszuüben und somit die IFRS 9-Bilanzierungsregeln für Sicherungsbeziehungen nicht zum Datum des Inkrafttretens von IFRS 9 anzuwenden. Jedoch wird der Konzern die durch IFRS 9 erforderlichen Änderungen der Anhangangaben zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen, die in IFRS 7 „Financial Instruments: Disclosures“ enthalten sind, umsetzen.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereiches von IAS 39/ IFRS 9 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Umsetzung der Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Die Vorschriften sind von der EU in europäisches Recht übernommen worden.

IFRS 16, „Leases“

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB IFRS 16, „Leases“, der ein einziges Bilanzierungsmodell für Leasingnehmer einführt. Es führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind; es sei denn, es handelt sich um einen geringwertigen Vermögenswert. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Leasinggegenstandes repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Im Vergleich mit den derzeitigen Bilanzierungsanforderungen ändert sich die Bilanzierung aus Sicht des Leasinggebers nur geringfügig. Zudem verlangt der Standard von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 16 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten Managementansatz. Dementsprechend sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den Managementberichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Ab 2016 sind die Geschäftsaktivitäten des Konzerns unter den folgenden Segmenten organisiert:

- Global Markets („GM“),
- Corporate & Investment Banking („CIB“),
- Private, Wealth and Commercial Clients („PW&CC“),
- Deutsche Asset Management („Deutsche AM“),
- Postbank („PB“) und
- Non-Core Operations Unit („NCOU“).

Zudem wurden im zweiten Quartal 2016 Geschäftsbereiche von Deutsche Asset Management auf Global Markets übertragen. Des Weiteren wurde das Liquidity-Portfolio-Geschäft für Asien (ohne Japan) von Global Markets auf Treasury in C&A übertragen.

Ab 2017 besteht die Non-Core Operations Unit (NCOU) nicht mehr als eigenständiger Unternehmensbereich. Die zum 31. Dezember 2016 verbliebenen Aktiva werden nun von den entsprechenden Segmenten des Kerngeschäfts, insbesondere Global Markets und Private Wealth & Commercial Clients, gemanagt.

Entsprechend der Strategieveröffentlichung vom 5. März 2017 werden unsere Geschäftsaktivitäten ab dem zweiten Quartal 2017 in einer neuen Struktur reorganisiert, welche folgende Segmente beinhaltet:

- Die integrierte Unternehmens- und Investmentbank (CIB), die das Beratungs- und Finanzierungsgeschäft mit Unternehmen (Corporate Finance), das Kapitalmarktgeschäft (Global Markets) und die Transaktionsbank (Transaction Banking) umfasst. Ziel ist es, sich stärker auf Unternehmenskunden auszurichten.
- Die mit Abstand größte Privat- und Firmenkundenbank (PCB) in Deutschland – gemessen an der Zahl der Kunden. Dazu gehören neben der Postbank auch weiterhin das internationale Privat- und Firmenkundengeschäft (Private & Commercial Clients) und das globale Geschäft mit vermögenden Privatkunden (Wealth Management).
- Die Deutsche Asset Management – Vermögensverwaltungssparte (Deutsche AM), die durch die Börsennotierung operativ getrennt wird in ihrem Geschäft und besser wachsen kann.

Diese Änderungen werden künftig in der externen Finanzberichterstattung berücksichtigt.

Investitionen und Desinvestitionen

In den ersten drei Monaten 2017 hat der Konzern die nachstehenden Investitionen beziehungsweise Desinvestitionen getätigt:

Im März 2017 hat der Deutsche Bank-Konzern eine endgültige Vereinbarung zum Verkauf seiner Beteiligung an der Concardis GmbH, einem führenden deutschen Zahlungsdienstleister in der Form eines Joint Ventures des deutschen Bankensektors, an ein Konsortium aus Advent International und Bain Capital Private Equity unterzeichnet.

Am 28. Dezember 2015 hatte die Deutsche Bank vereinbart, ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited („Hua Xia“) an die PICC Property & Casualty Company Limited („PICC Property & Casualty“) zu veräußern. Der Abschluss der Transaktion unterlag den üblichen Abschlussbedingungen und Genehmigungen durch die Aufsichtsbehörden einschließlich der chinesischen Bankaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission). Die Aufsichtsbehörden haben die Genehmigungen für den Erwerb der Beteiligung der Deutschen Bank an Hua Xia durch die PICC Property & Casualty erteilt. Die Anteilsübertragung erfolgte im vierten Quartal 2016. Alle übrigen Vollzugsbedingungen wurden erfüllt.

Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals

Beginnend 2017 hat der Konzern seine Kapitalallokationsmethode präzisiert. Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital wird nun in vollem Umfang den Segmenten des Konzerns auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen jedes Segments zugeordnet und wird nicht länger auf den Betrag an Eigenkapital begrenzt, der erforderlich ist, um die extern kommunizierten Ziele für die Tier-1-Kernkapitalquote (CET 1) des Konzerns und die Verschuldungsquote des Konzerns zu erreichen. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen spiegeln den kumulierten Beitrag jedes Segments zur Tier-1-Kernkapitalquote des Konzerns, zu seiner Verschuldungsquote und zu seinem Kapitalverlust unter Stressbedingungen wider. Die Beiträge zu jeder dieser drei Kennzahlen werden zur Berücksichtigung ihrer relativen Bedeutung und dem Grad der Einschränkung für den Konzern gewichtet. Die Beiträge zur Tier-1-Kernkapitalquote und zur Verschuldungsquote werden anhand von risikogewichteten Aktiva (RWA) und der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Leverage Ratio Exposure; LRE) auf Basis einer Vollumsetzung des CRR/CRD 4-Regelwerks gemessen. Der Kapitalverlust der Deutschen Bank unter Stressbedingungen ist eine Messgröße für das ökonomische Risiko in einem bestimmten Stressszenario. Der Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte werden nach wie vor direkt den Segmenten des Konzerns zugeordnet, um eine Ermittlung des allokierten materiellen Eigenkapitals und der jeweiligen Renditen zu ermöglichen. Das Eigenkapital und das materielle Eigenkapital werden auf monatlicher Basis zugeordnet sowie Quartals- und Jahresdurchschnittswerte ermittelt.

Bei der Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals für 2017 wurden diejenigen Salden, die zum Jahresende 2016 der Non-Core Operations Unit (NCOU) zugerechnet waren, in Consolidation & Adjustments (C&A) umgegliedert, da die NCOU seit dem Jahreswechsel nicht mehr als separate Division existiert.

Segmentergebnisse

Die Segmentergebnisse einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS sind im Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ in diesem Zwischenbericht enthalten.

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Zinsüberschuss	3.067	3.924
Handelsergebnis ¹	1.435	421
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	- 327	876
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	1.109	1.297
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.175	5.221
Sales & Trading (Equity)	495	528
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.396	1.924 ²
Sales & Trading insgesamt	2.891	2.451
Sonstige	- 318	97
Global Markets	2.574	2.548
Corporate & Investment Banking	408	470
Private, Wealth & Commercial Clients	921	1.507
Deutsche Asset Management	39	12
Postbank	489	583
Non-Core Operations Unit	0	- 130
Consolidation & Adjustments	- 255	230
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.175	5.221

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Die Vorjahreszahlen wurden angepasst (Rückgang um 1,6 Mrd €).

Provisionsüberschuss

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.054	1.027
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	856	881
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.025	970
Provisionsüberschuss insgesamt	2.935	2.877

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Dienstzeitaufwand	86	78
Nettozinsaufwand/-ertrag (-)	2	-3
Gesamtaufwand leistungsdefinierter Pläne	88	75
Gesamtaufwand beitragsdefinierter Pläne	132	130
Pensionsaufwendungen insgesamt	220	205
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	63	64

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich 300 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2017 werden nicht erwartet.

Diskontierungszinssatz zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung

in %	31.3.2017	31.12.2016
Deutschland	1,7	1,7
Großbritannien	2,5	2,6
USA	4,0	4,0

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
EDV-Aufwendungen	933	936
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	449	454
Aufwendungen für Beratungsleistungen	419	556
Kommunikation und Datenadministration	176	193
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	98	105
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	160	154
Marketingaufwendungen	60	56
Konsolidierte Beteiligungen	0	85
Sonstige Aufwendungen ¹	905	1.196
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	3.201	3.736

¹ Beinhaltet Nettoauflösungen von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 31 Mio € für das erste Quartal 2017 (erstes Quartal 2016: Belastungen in Höhe von 187 Mio €) sowie Bankenabgaben in Höhe von 540 Mio € für das erste Quartal 2017 (erstes Quartal 2016: 538 Mio €).

Restrukturierung

Die Restrukturierung ist sowohl Bestandteil der im Oktober 2015 verkündeten mehrjährigen Strategie, als auch der neuen strategischen Maßnahmen und Ziele, welche im März 2017 veröffentlicht wurden. Diese neuen Maßnahmen beinhalten Initiativen um unsere Geschäftsbereiche in drei Einheiten zu reorganisieren, die Neupositionierung der Deutsche AM durch einen Teil-Börsengang, sowie die Fortsetzung unseres Restrukturierungsprogramms - mit dem Ziel unser Geschäft zu stärken und zu steigern sowie die bereinigten zinsunabhängigen Aufwendungen auf ungefähr 22 Mrd € in 2018 und ungefähr 21 Mrd € in 2021 zu reduzieren.

Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Bereichen

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Global Markets	- 25	- 71
Corporate & Investment Banking	- 7	- 73
Private, Wealth & Commercial Clients	48	- 56
Deutsche Asset Management	- 2	- 6
Non-Core Operations Unit	0	- 5
Restrukturierungsaufwand insgesamt	14	- 211

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Aufwandsart

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Restrukturierungsaufwand - Personalaufwand	9	- 211
davon:		
Abfindungsleistungen	16	- 196
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	- 6	- 13
Sozialversicherung	0	- 2
Restrukturierungsaufwand - Sachaufwand ¹	4	0
Restrukturierungsaufwand insgesamt	14	- 211

¹ Aufwand für vorzeitige Vertragsbeendigung, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude und Technologien.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 31. März 2017 506 Mio € (31. Dezember 2016: 741 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellung wird voraussichtlich in den beiden nächsten Jahren verbraucht werden.

In den ersten drei Monaten des Jahres 2017 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften als Bestandteil unserer Restrukturierungsmaßnahmen um 578 reduziert. Diese Reduzierungen betreffen die Bereiche wie folgt:

	1. Quartal 2017
Global Markets	176
Corporate & Investment Banking	12
Private, Wealth & Commercial Clients	288
Deutsche Asset Management	8
Infrastructure/Regional Management	95
Mitarbeiterzahl insgesamt	578

Effektive Steuerquote

Quartalsvergleich 2017 versus 2016

Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 303 Mio € (erstes Quartal 2016: 343 Mio €). Die effektive Steuerquote im ersten Quartal 2017 belief sich auf 35 %. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals von 59 % wurde im Wesentlichen durch Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen und unserem Investment in der Hua Xia Bank Co. Ltd. beeinflusst.

Angaben zur Konzernbilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	175.819	156.926
Sonstige Handelsaktiva ¹	14.107	14.117
Handelsaktiva insgesamt	189.926	171.044
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	421.218	485.150
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	611.144	656.194
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	60.146	47.404
Forderungen aus Wertpapierleihen	22.596	21.136
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	6.362	7.505
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	10.950	11.541
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	100.054	87.587
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	711.198	743.781

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 13,0 Mrd € zum 31. März 2017 (31. Dezember 2016: 13,2 Mrd €).

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelspassiva:		
Wertpapiere	72.677	56.592
Sonstige Handelspassiva	623	437
Handelspassiva insgesamt	73.300	57.029
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	399.062	463.858
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	472.362	520.887
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	54.839	50.397
Kreditzusagen	29	40
Langfristige Verbindlichkeiten	6.848	6.473
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.083	3.582
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	65.799	60.492
Investmentverträge ¹	607	592
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	538.768	581.971

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufwerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Festverzinsliche Wertpapiere	50.806	51.516
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.088	1.149
Sonstiger Anteilsbesitz	797	804
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.514	2.759
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	55.204	56.228

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umgewidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umgewidmungen vorgenommen.

Es wurden gemäß den Änderungen qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umgewidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umgewidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umgewidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umgewidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umgewidmungsstichtag:		
Obere Grenze	13,1 %	9,9 %
Untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umgewidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte je Bilanzkategorie

in Mio €	31.3.2017		31.12.2016	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	340	248	340	260
Schuldtitel	0	0	0	0
Kredite	174	154	174	154
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	514	403	514	414
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	70	70	105	105
Schuldtitel	0	0	0	0
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	70	70	105	105
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	583	472	619	519

Zum Ende des ersten Quartals 2017 hat sich der Buchwert umgewidmeter Vermögenswerte aufgrund von Rückzahlungen weiter um 36 Mio € verringert.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinbart worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umgewidmungen vorgenommen worden wären

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorkehr im Kreditgeschäft	- 11	- 40
Wertminderungen (-) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	0	- 42
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	0	- 27

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten Vermögenswerte

in Mio €	1. Quartal	
	2017	2016
Zinserträge	2	10
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	-72
Sonstige Erträge ¹	0	20
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	2	-41
Zinserträge	0	4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	3
Sonstige Erträge ¹	0	-1
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	0	6

¹ Dies ist auf Gewinne und Verluste aus der Veräußerung umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere

Im ersten Quartal 2016 begann der Konzern die neue Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ zu verwenden, um die Ertrags- und Kapitalvolatilität in seinem Anlagebuch sachgerechter darzustellen. Diese Bilanzkategorie steuert die mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen des Anlagebuchs und unterstützt den Konzern dabei, spezifische Ziele seines Aktiv-Passiv-Managements, wie die Transformation von Kapitalbindungsfristen, zu erreichen.

Der Konzern hat mit Wirkung zum 4. Januar 2016 Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmet. Bei allen umgewidmeten finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen, die von Treasury als Teil der strategischen Liquiditätsreserve (Strategic Liquidity Reserve; SLR) verwaltet werden.

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte von aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmeten Wertpapieren

in Mio €	31.3.2017		31.12.2016	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Umgewidmete festverzinsliche Wertpapiere:				
G7-Staatsanleihen	427	442	428	446
Sonstige Staatsanleihen, supranationale und staatsnahe Anleihen	2.770	2.837	2.778	2.859
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmet wurden	3.197	3.279	3.206	3.305

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.3.2017			31.12.2016		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	102.416	76.677	10.833	89.943	70.415	10.686
Wertpapiere des Handelsbestands	102.118	68.311	5.390	89.694	62.220	5.012
Sonstige Handelsaktiva	298	8.366	5.443	248	8.195	5.674
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.194	396.627	9.396	13.773	461.579	9.798
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	9.216	89.401	1.437	10.118	75.867	1.601
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	27.446	23.564	4.195	28.695	23.380	4.153
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	28	3.288 ²	28	28	3.618 ²	33
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	154.300	589.557	25.889	142.558	634.860	26.271
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	56.256	16.923	121	41.664	15.311	52
Wertpapiere des Handelsbestands	56.255	16.301	121	41.664	14.874	52
Sonstige Handelspassiva	1	621	0	0	437	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	14.586	377.244	7.232	13.616	441.386	8.857
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4	63.598	2.197	4	58.259	2.229
Investmentverträge ³	0	607	0	0	592	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	3.954 ²	-436 ⁴	0	4.647 ²	-848 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	70.846	462.327	9.115	55.283	520.195	10.290

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ im Geschäftsbericht 2016 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufwert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 42 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Geschäftsbericht 2016 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in Level 3 bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Die Zunahme im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf die Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Level 2 und Level 3 und Käufen zurückzuführen, die durch Verkäufe und Rückzahlungen kompensiert wurden.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level 3-Derivate enthalten bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist. Der Rückgang im Berichtszeitraum war auf Verluste sowie auf Rückzahlungen und Umklassifizierungen zwischen Level 2 und Level 3 zurückzuführen.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level 3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist auf Verkäufe und Rückzahlungen zurückzuführen, die teilweise von Käufen, Emissionen und Umklassifizierungen zwischen Level 2 und Level 3 aufgehoben wurden.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden dem Level 3 der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Die Abnahme der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruht hauptsächlich auf Rückzahlungen. Die Verbindlichkeiten gingen aufgrund von Rückzahlungen und Umklassifizierungen zwischen Level 2 und Level 3 zurück, die teilweise durch Emissionen aufgehoben wurde.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Die leichte Zunahme der Vermögenswerte ist auf Gewinne und Umklassifizierungen zwischen Level 2 und Level 3 zurückzuführen, kompensiert von Rückzahlungen.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level 3-Kategorie

	31.3.2017									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umwidmungen in Level 3 ⁴	Umwidmungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	5.012	0	132	401	-700	0	-159	1.252	-547	5.390
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.798	0	-239	0	0	0	-77	1.428	-1.513	9.396
Sonstige Handelsaktiva	5.674	-7	-89	580	-745	249	-376	800	-642	5.443
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.601	0	-3	87	-37	70	-249	35	-67	1.437
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.153	0	126 ⁵	18	-24	0	-333	279	-25	4.195
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	33	0	-6	0	0	0	0	0	0	28
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	26.271	-7	-80^{6,7}	1.086	-1.506	319	-1.195	3.793	-2.793	25.889
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	52	0	-6	0	0	0	-9	83	0	121
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.857	0	135	0	0	0	-602	554	-1.711	7.232
Sonstige Handelspassiva	0	0	-0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.229	-7	64	0	0	312	-104	82	-379	2.197
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-848	0	53	0	0	0	23	-22	359	-436
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	10.290	-7	246^{6,7}	0	0	312	-692	698	-1.732	9.115

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level 1- oder Level 2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level 3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Rückzahlungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Rückzahlung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level 3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 9 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 20 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 30 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 7 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	31.3.2016									
in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umwidmungen in Level 3 ⁴	Umwidmungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.669	0	- 189	441	- 583	0	- 341	935	- 412	6.521
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.445	0	475	0	0	0	- 409	748	- 659	9.599
Sonstige Handelsaktiva	6.082	0	- 122	1.132	- 946	13	- 562	1.053	- 458	6.193
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.478	0	- 78	0	- 50	39	- 478	42	- 204	3.748
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.874	0	- 52 ⁵	485	- 249	0	- 270	127	- 38	4.877
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	28	0	28
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.549	0	33^{6,7}	2.058	- 1.828	52	- 2.060	2.933	- 1.771	30.966
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	18	0	0	0	0	0	7	0	0	26
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.879	0	- 291	0	0	0	- 591	954	- 585	7.366
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.053	0	- 199	0	0	567	- 194	79	- 269	3.038
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 1.146	0	55	0	0	0	1	- 7	198	- 898
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.805	0	- 434^{6,7}	0	0	567	- 776	1.026	- 656	9.531

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level 1- oder Level 2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level 3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Rückzahlungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Rückzahlung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level 3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 15 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 2 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Verlust von 196 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 103 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. März 2017 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 1,7 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,1 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2016 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 1,8 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 1,0 Mrd € gesunken.

Die Veränderung der Beträge in der Sensitivitätsanalyse vom 31. Dezember 2016 bis zum 31. März 2017 zeigen asymmetrische Bewegungen, einerseits den Rückgang der positiven Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts und andererseits die Zunahme der negativen Veränderung des beizulegenden Zeitwerts durch die Inanspruchnahme angemessener möglicher Alternativen. In der Gesamtbetrachtung waren die Veränderungen unwesentlich. Die positive Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ist um 40 Mio € (2,3 %) zurückgegangen und hat sich größtenteils parallel zum Level 3-Saldo (zum Beispiel: Level 3-Vermögenswerte gingen um 1,5 % im Quartal zurück) entwickelt. Die negative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts ist um 38 Mio € angestiegen und ist ein Nettoeffekt etlicher kumulierter idiosynkratischer Faktoren, beispielsweise der Veränderungen in den Risikopositionen, der Korrekturen des beizulegenden Zeitwerts und der Bewegung der Marktdaten, die die Berechnung der vorsichtigen Bewertung beeinflussen.

Unsere Sensitivitätsberechnung von nicht-beobachtbaren Eingangsparametern richtet sich nach dem Ansatz der vorsichtigen Bewertung. Vorsichtige Bewertung ist eine Kapitalanforderung für zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte. Es stellt einen Mechanismus zur Quantifizierung und Kapitalisierung von Bewertungsunsicherheiten gemäß der durch die Europäische Kommission verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2016/101) dar, welche ergänzend zu Artikel 34 der CRR (Verordnung Nr. 575/2013), von Instituten erfordert die Vorschriften in Artikel 105(14) zur vorsichtigen Bewertung auf all ihre zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva anzuwenden und den Betrag erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen vom CET 1-Kapital abzuziehen. Dabei wird der marktgerechte Transaktionspreis der relevanten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Rahmen der vorsichtigen Bewertung verwendet. Die Sensitivität kann in einigen Fällen begrenzt sein, wenn der beizulegende Zeitwert bereits nachweislich vorsichtig wurde.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht-beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

in Mio €	31.3.2017		31.12.2016	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitel	189	107	213	137
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	10	9	13	12
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	25	22	46	40
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	154	76	154	85
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	94	72	116	68
Derivate:				
Kreditderivate	195	148	238	158
Aktienderivate	215	161	209	150
Zinsderivate	384	174	429	187
Wechselkursderivate	19	11	32	21
Sonstige	170	112	143	92
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	451	293	377	227
Kreditzusagen	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt	1.718	1.078	1.758	1.040

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht-beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level 3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level 3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquidere Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden,
und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern

31.3.2017

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere						
	263	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 135	103 % 2.510
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere						
	885	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 70 0 % 0 % 0 %	110 % 2.000 100 % 17 % 29 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt						
	1.148	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel						
	4.474	1.982	Kursverfahren	Kurs	0 %	176 %
Handelsbestand						
	3.978	121	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	21	463
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente						
	3.978					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	496					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	0	1.861				
Eigenkapitaltitel						
	958	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	60 % 1	100 % 13
Handelsbestand						
	264	0				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	665		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	17 %
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen						
	29					
Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
	7.232	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	225 %
Handelsbestand						
	4.225	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	171	4.612
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte						
	853			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte						
	2.155			Erlösquote	25 %	80 %
Kreditzusagen						
	0	29	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Ausnutzungsgrad	7 37 % 0 %	423 93 % 100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen						
	2.680 ²	308 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo Rate (Bp.)	3 % 183	24 % 215
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	16.493	2.319				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 1,2 Mrd € sonstige Handelsaktiva, 555 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 879 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 256 Mio € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 51 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögenswerte	Verbindlichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	294	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 119	103 % 2.000
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.071	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 105 0 % 0 % 0 %	110 % 2.000 100 % 18 % 29 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	1.365	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel	3.626	1.757	Kursverfahren	Kurs	0 %	169 %
Handelsbestand	3.373	52	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	26	882
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	3.373					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	253					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	1.705				
Eigenkapitaltitel	937	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert	60 %	100 %
Handelsbestand	274	0		Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	1	12
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	633		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	22 %
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	30					
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	7.571	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	180 %
Handelsbestand	4.105	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	180	4.612
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	980			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.486			Erlösquote	25 %	80 %
Kreditzusagen	0	40	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	0	481
				Erlösquote	30 %	99 %
				Kreditpreismodell	0 %	100 %
				Ausnutzungsgrad		
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	2.974 ²	485 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo Rate (Bp.)	3 % 178	24 % 214
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	16.474	2.282				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 1,6 Mrd € sonstige Handelsaktiva, 592 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 780 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 444 Mio € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 41 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

							31.3.2017
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne		
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:							
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:							
Zinsderivate	5.232	2.774	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	- 77	1.242	
				Zinssatz bei Inflationsswaps	- 1 %	7 %	
				Konstante Ausfallrate	0 %	16 %	
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	18 %	
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	5 %	
				Zinsvolatilität	0 %	110 %	
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 12 %	100 %	
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 50 %	93 %	
Kreditderivate	896	1.138	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	3	8.230	
				Erlösquote	0 %	100 %	
			Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	28 %	90 %	
Aktienderivate	1.287	1.746	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	11 %	99 %	
				Indexvolatilität	10 %	40 %	
				Korrelation zwischen Indizes	0 %	0 %	
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	91 %	
				Aktien Forward	0 %	25 %	
				Index Forward	0 %	100 %	
Devisenderivate	1.572	1.218	Optionspreismodell	Volatilität	- 7 %	32 %	
Sonstige Derivate	409	- 81 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-	
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	0 %	75 %	
				Korrelation zwischen Rohstoffen	10 %	85 %	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt							
	9.396	6.796					

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten			
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:					
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:					
Zinsderivate	5.587	3.446	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	- 0 2.309
				Zinssatz bei Inflationsswaps	- 1 % 16 %
				Konstante Ausfallrate	0 % 15 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 19 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 % 5 %
				Zinsvolatilität	0 % 123 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 12 % 99 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 50 % 93 %
Kreditderivate	829	1.126	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 8.427
				Erlösquote	0 % 100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 % 85 %
Aktienderivate	1.142	2.098	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	10 % 67 %
				Indexvolatilität	10 % 44 %
				Korrelation zwischen Indizes	73 % 88 %
				Korrelation zwischen Aktien	8 % 88 %
				Aktien Forward	0 % 8 %
				Index Forward	0 % 20 %
Devisenderivate	1.654	1.780	Optionspreismodell	Volatilität	- 8 % 39 %
Sonstige Derivate	586	- 441 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	- -
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	5 % 110 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 21 % 85 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt					
	9.798	8.008			

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level 3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level 3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level 3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	31.3.2017	Jan. – Mär. 31.3.2016
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	321	- 149
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	- 84	628
Sonstige Handelsaktiva	50	- 28
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	- 14	- 19
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	47	33
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	- 5	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	315	465
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	8	1
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	- 200	274
Sonstige Handelspassiva	- 0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	- 37	139
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 56	- 61
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	- 285	353
Insgesamt	30	819

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne seit Jahresbeginn, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	31.3.2017	31.3.2016
Bestand am Jahresanfang	916	955
Neue Geschäfte während der Periode	60	58
Abschreibung	-87	-113
Ausgelaufene Geschäfte	-41	-30
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-30	-65
Wechselkursveränderungen	5	-4
Bestand am Periodenende	824	802

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Dieser Abschnitt sollte in Zusammenhang mit der Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ im Geschäftsbericht 2016 des Konzerns gelesen werden.

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen denen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2016 aufgeführt sind. Wie im Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“, erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus „zu Handelszwecken gehalten“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2016 erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente normalerweise nicht gehandelt werden.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	31.3.2017		31.12.2016	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserven und Zentralbankeinlagen	179.461	179.461	181.364	181.364
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	10.467	10.467	11.606	11.606
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	14.058	14.058	16.287	16.287
Forderungen aus Wertpapierleihen	24.907	24.907	20.081	20.081
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	409.352	408.892	408.909	407.834
Zum Verkauf bestimmt	3.198	3.279	3.206	3.305
Sonstige Finanzaktiva	122.466	122.450	112.479	112.468
Finanzpassiva:				
Einlagen	555.440	555.699	550.204	550.402
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	18.469	18.465	25.740	25.739
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	4.508	4.508	3.598	3.598
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	20.109	20.096	17.295	17.289
Sonstige Finanzpassiva	155.712	155.712	135.273	135.273
Langfristige Verbindlichkeiten	172.964	173.734	172.316	171.178
Hybride Kapitalinstrumente	6.334	6.807	6.373	6.519

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Geschäftsberichts 2016 dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ unseres Geschäftsberichts 2016 zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	31.3.2017						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
			Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz-instrumenten ¹		
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	15.227	- 4.145	11.082	0	0	- 11.072	11
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	2.976	0	2.976	0	0	- 2.612	364
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	22.559	0	22.559	0	0	- 21.633	927
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	2.348	0	2.348	0	0	- 2.295	53
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	190.398	- 472	189.926	0	- 128	- 575	189.223
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	516.978	- 115.248	401.730	- 331.081	- 46.257	- 9.517	14.875
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz-instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.488	0	19.488	0	- 2.084	- 1.534	15.870
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	120.078	- 52.601	67.477	- 2.256	- 839	- 60.370	4.012
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.577	0	32.577	0	0	- 21.472	11.105
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	879.519	- 168.321	711.198	- 333.337	- 49.308	- 93.468	235.085
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	409.352	0	409.352	0	- 13.755	- 47.526	348.070
Sonstige Aktiva	158.292	- 24.224	134.067	- 35.342	- 624	- 86	98.015
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.176	- 5.008	3.168	- 2.409	- 623	- 86	50
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	271.174	0	271.174	0	- 368	- 308	270.497
Summe der Aktiva	1.761.446	- 196.690	1.564.756	- 368.679	- 64.056	- 179.001	953.021

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

	31.3.2017						
	Nicht bilanzierte Beträge						
in Mio €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	Nettobetrag
Einlagen	555.440	0	555.440	0	0	0	555.440
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	16.495	- 4.145	12.350	0	0	- 12.350	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.119	0	6.119	0	0	- 5.575	544
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	4.253	0	4.253	0	0	- 4.253	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	256	0	256	0	0	- 144	112
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	74.135	- 835	73.300	0	0	0	73.300
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	494.755	- 113.461	381.294	- 331.055	- 30.829	- 8.398	11.011
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.768	0	17.768	0	- 2.104	- 942	14.722
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	95.522	- 51.022	44.501	- 2.256	0	- 42.245	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	21.906	0	21.906	0	- 9.902	- 11.758	246
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	704.086	- 165.317	538.768	- 333.311	- 42.835	- 63.343	99.279
Sonstige Passiva	202.212	- 27.227	174.984	- 50.775	- 1.072	- 292	122.846
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungs- zwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	5.054	- 1.129	3.925	- 2.435	- 976	- 292	222
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	207.734	0	207.734	0	0	0	207.734
Summe der Passiva	1.696.594	- 196.690	1.499.905	- 384.086	- 43.907	- 85.957	985.955

Vermögenswerte

	31.12.2016						
	Nicht bilanzierte Beträge						
in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	17.755	- 4.020	13.735	0	0	- 13.719	16
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	2.552	0	2.552	0	0	- 2.225	327
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	18.470	0	18.470	0	0	- 17.637	832
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.611	0	1.611	0	0	- 1.555	56
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	171.520	- 477	171.044	0	- 101	- 884	170.059
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	592.048	- 126.523	465.525	- 386.727	- 51.790	- 9.349	17.658
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.625	0	19.625	0	- 2.055	- 1.244	16.327
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	95.802	- 40.998	54.804	- 2.748	- 928	- 46.670	4.457
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.783	0	32.783	0	0	- 21.074	11.709
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	911.778	- 167.998	743.781	- 389.475	- 54.874	- 79.221	220.211
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	408.909	0	408.909	0	- 13.039	- 47.703	348.167
Sonstige Aktiva	153.732	- 27.686	126.045	- 39.567	- 589	- 104	85.786
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.830	- 5.314	3.516	- 2.719	- 589	- 104	104
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	275.442	0	275.442	0	- 423	- 307	274.712
Summe der Aktiva	1.790.249	- 199.704	1.590.546	- 429.042	- 68.925	- 162.473	930.106

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2016						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	
Einlagen	550.204	0	550.204	0	0	0	550.204
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	21.209	-4.020	17.189	0	0	-17.189	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbank- einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	8.551	0	8.551	0	0	-8.403	149
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	3.524	0	3.524	0	0	-3.524	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	75	0	75	0	0	-50	25
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelspassiva	57.902	-873	57.029	0	0	0	57.029
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich durchsetzbar)	569.064	-124.325	444.739	-386.612	-35.124	-9.325	13.678
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.119	0	19.119	0	-1.721	-897	16.501
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	82.421	-39.031	43.390	-2.748	0	-40.642	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.694	0	17.694	0	-7.910	-7.664	2.120
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	746.200	-164.228	581.971	-389.360	-44.755	-58.528	89.328
Sonstige Passiva	186.896	-31.456	155.440	-56.679	-1.298	0	97.463
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungs- zwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	5.793	-1.200	4.593	-2.834	-1.297	0	463
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	208.773	0	208.773	0	0	0	208.773
Summe der Passiva	1.725.431	-199.704	1.525.727	-446.039	-46.053	-87.693	945.942

Eine inhaltliche Beschreibung der einzelnen Spalten befindet sich in der Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ unseres Geschäftsberichts 2016.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. - Mär. 2017						
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.071	2.475	4.546	162	183	346	4.892
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	58	72	130	15	-11	3	133
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Kredi- ten	-2	2	0	0	0	0	0
Nettoabschreibungen:	-154	-227	-382	0	0	0	-382
Abschreibungen	-160	-243	-403	0	0	0	-403
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	6	16	22	0	0	0	22
Sonstige Veränderungen	-17	-2	-19	-0	-1	-1	-21
Bestand am Periodenende	1.957	2.318	4.275	177	171	348	4.623
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-127	-34	-162	-3	-6	-9	-171
In %	-69	-32	-55	-17	129	-73	-56
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	4	225	229	0	0	0	229
In %	-3	-50	-37	0	0	0	-37

Jan. – Mär. 2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	185	107	292	18	-5	13	304
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Kredi- ten	-4	-20	-24	0	0	0	-24
Nettoabschreibungen:	-158	-452	-610	0	0	0	-610
Abschreibungen	-166	-498	-665	0	0	0	-665
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	8	46	55	0	0	0	55
Sonstige Veränderungen	43	-109	-66	-0	-5	-6	-71
Bestand am Periodenende	2.322	2.322	4.644	161	158	319	4.963
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	93	-12	81	13	-7	5	86
In %	102	-10	39	248	-311	73	40
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	-56	-352	-408	0	0	0	-408
In %	54	354	202	0	0	0	202

Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	48.483	57.924
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	11.095	9.859
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.311	6.409
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	50.113	30.908
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	115.002	105.100
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.520	2.433
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	563	563
Sonstige	15.982	17.950
Sonstige Aktiva insgesamt	134.067	126.045

Sonstige Passiva

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	62.559	70.706
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	23.919	20.155
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.901	2.668
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	51.465	28.490
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	141.844	122.019
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.879	2.712
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	890	701
Sonstige	29.371	30.008
Sonstige Passiva insgesamt	174.984	155.440

Einlagen

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Unverzinsliche Sichteinlagen	206.772	200.122
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	126.774	129.654
Termineinlagen	132.190	130.299
Spareinlagen	89.704	90.129
Verzinsliche Einlagen insgesamt	348.669	350.082
Summe der Einlagen	555.440	550.204

Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken	Zivilprozesse	Prozesse mit Regulierungsbehörden	Restrukturierung	Rückkauf von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2017	1.059	309	2.014	5.607	741	164	735	10.629
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	-0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	63	8	28	47	53	0	519	718
Verwendungen von Rückstellungen	48	5	766	3.531	215	0	80	4.645
Auflösungen von Rückstellungen	0	13	31	73	74	0	38	229
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Auflösung des Abzinsungsbetrages	0	-1	-7	-67	1	-2	0	-76
Transfers	0	-2	0	0	-1	0	0	-3
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 31. März 2017	1.074	295	1.238	1.983	506	162	1.136	6.394

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutschen Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. In dem Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren, die als separate Rückstellungsarten dargestellt werden.

Ein operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verlustrisiken aus Zivilverfahren oder aufsichtsbehördlichen Verfahren berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Zivilverfahren resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder anderen Parteien in Zivilverfahren geführt haben oder führen könnten.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung rechtlicher oder gesetzlicher Pflichten, welche dazu geführt haben oder führen könnten, dass eine Festsetzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen oder sonstiger Vollzugsbehörden vorgenommen wird.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit beabsichtigt der Konzern in den kommenden Jahren, Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang zu verringern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 10 „Restrukturierung“ im Geschäftsbericht 2016.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten („Whole Loans“). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren und Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die auf angeblichen, wesentlichen Verletzungen von Zusicherungen und Gewährleistungen beruhen. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist, begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 31. März 2017 bestanden gegenüber der Deutschen Bank Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, die nicht Gegenstand von Rückabwicklungsvereinbarungen sind, in Höhe von circa 846 Mio US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Service. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 31. März 2017 Rückstellungen in Höhe von 173 Mio US-\$ (162 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsüberenahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 31. März 2017 Ansprüche von 64 Mio US-\$ (60 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 31. März 2017 nach Abzug solcher Ansprüche auf 109 Mio US-\$ (102 Mio €).

Zum 31. März 2017 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Betrag in Höhe von rund 8,8 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über eine Rückabwicklung erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen hat sich die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren könnten, in Höhe von circa 98,1 Mrd US-\$ befreit.

Es könnten zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die von der Deutschen Bank verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe kann jedoch von der Deutschen Bank nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutschen Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Das Gericht hat entschieden, dass die Rückkaufforderungen, in denen Verstöße vertraglicher Zusicherungen und Gewährleistungen bezogen auf die in Rede stehenden Kredite behauptet wurden, zum Vollzugstag der Verbriefung entstanden und somit gemäß der in New York geltenden Verjährungsfrist von sechs Jahren verjährt sind. Diese und weitere damit im Zusammenhang stehende Entscheidungen könnten das Ausmaß und die Erfolgsaussichten der künftigen Rückkaufforderungen gegen die Deutsche Bank beeinflussen.

Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden sowie die Rückstellungen für Bankenabgaben.

Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern bildet nur dann Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. In den Fällen, in denen eine solche Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann, wird keine Rückstellung gebildet und die Verpflichtung gilt als Eventualverbindlichkeit. Eventualverbindlichkeiten umfassen ebenfalls eventuelle Verpflichtungen, bei denen die Möglichkeit eines Mittelabflusses nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist. In den Fällen, in denen eine Rückstellung im Hinblick auf eine spezifische Forderung gebildet wurde, wird keine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen; bei Rechtsverfahren, die auf mehr als einer Forderung beruhen, können jedoch für einige Forderungen Rückstellungen gebildet und für andere Forderungen wiederum Eventualverbindlichkeiten (beziehungsweise weder eine Rückstellung noch eine Eventualverbindlichkeit) ausgewiesen werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden die Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und

Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich oder zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, und um den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in ähnlichen Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten.

Die in der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016 und 31. März 2017 ausgewiesenen Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren sind in der obigen Tabelle aufgeführt. Für bestimmte Fälle, bei denen der Konzern einen Mittelabfluss für wahrscheinlich hält, wurden keine Rückstellungen ausgewiesen, da der Konzern die Höhe des potenziellen Mittelabflusses nicht zuverlässig einschätzen konnte.

Für die Verfahren der Bank, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. März 2017 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist, bei Zivilverfahren auf insgesamt rund 1,7 Mrd € (31. Dezember 2016: 1,5 Mrd €) und bei aufsichtsbehördlichen Verfahren auf rund 0,6 Mrd € (31. Dezember 2016: 0,8 Mrd €) belaufen. In diesen Beträgen sind auch die Verfahren berücksichtigt, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird. Bei anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren nimmt der Konzern an, dass ein Mittelabfluss zwar nicht nur fernliegend, aber nicht überwiegend wahrscheinlich, dessen Höhe jedoch nicht zuverlässig einzuschätzen ist, so dass diese Fälle daher in der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten nicht berücksichtigt sind. Bei wiederum anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren geht der Konzern davon aus, dass die Möglichkeit eines Mittelabflusses fernliegend ist, und hat daher weder eine Rückstellung gebildet noch diese Fälle bei der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten berücksichtigt.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss. Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen können, und tun dies in vielen Fällen, erheblich niedriger als der anfänglich von den Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern geforderte Betrag sein beziehungsweise unterhalb des potenziellen maximalen Verlusts im Falle eines für den Konzern nachteiligen finalen Gerichtsentscheids liegen. In einigen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, braucht die jeweilige Gegenpartei den von ihr eingeklagten Betrag nicht anzugeben beziehungsweise unterliegt der Forderungsbetrag, auch wenn er anzugeben ist, unter Umständen nicht den allgemeinen Anforderungen an das Vorbringen des behaupteten Sachverhalts oder der Rechtsansprüche.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass ein zukünftiger Verlust nicht bloß unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, negative aufsichtsrechtliche Folgen oder negative Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass begründete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Nachstehend werden Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren oder solche Fallgruppen dargestellt, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat, bei denen wesentliche Eventualverbindlichkeiten nicht bloß unwahrscheinlich sind oder wesentliche Geschäfts- oder Reputationsrisiken bestehen können; vergleichbare Fälle sind in Gruppen zusammengefasst, und einige Fälle beinhalten verschiedene Verfahren oder Forderungen. Die offengelegten Verfahren können auch Fälle beinhalten, bei denen ein Verlust mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch der mögliche Verlust nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Esch-Fonds-Rechtsstreitigkeiten. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Projekt GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Nachdem einige Forderungen entweder abgewiesen oder per Vergleich beigelegt wurden, sind noch Forderungen in Bezug auf Investments von ursprünglich circa 330 Mio € schwebend. Derzeit belaufen sich die in den anhängigen Verfahren geltend gemachten Beträge auf insgesamt rund 390 Mio €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten und manche zulasten von Sal. Oppenheim entschieden. Die Berufungsurteile stehen noch aus. Der Konzern hat für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt, aber keine Beträge offengelegt, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren wesentlich beeinflussen wird.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichtsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu hat die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durchgeführt.

Am 19. Oktober 2016 hat die Vollstreckungsabteilung der U.S. Commodity Futures Trading Commission („CFTC“) ein Schreiben („CFTC-Schreiben“) an die Deutsche Bank gerichtet, mit dem die Deutsche Bank darüber informiert wurde, dass die CFTC „aktuell keine weiteren Schritte unternehmen wird und die Untersuchung des Devisenhandels der Deutschen Bank beendet hat“. Wie in solchen Fällen üblich, enthält das CFTC-Schreiben die Aussage, dass die CFTC „sich das Ermessen vorbehält, zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung zu treffen, die Untersuchung wieder aufzunehmen“. Das CFTC-Schreiben hat keine bindende Wirkung im Hinblick auf Untersuchungen anderer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel der Deutschen Bank betreffen und die weitergeführt werden.

Am 7. Dezember 2016 wurde bekannt gegeben, dass die Deutsche Bank mit der brasilianischen Kartellbehörde CADE eine Einigung über einen Vergleich im Hinblick auf die Untersuchungen von Verhaltensweisen eines früheren in Brasilien ansässigen Deutsche Bank-Händlers auf dem Devisenmarkt erzielt hat. Als Teil dieser Einigung zahlte die Deutsche Bank eine Strafe von 51 Mio BRL und stimmte zu, dem verwaltungsrechtlichen Verfahren von CADE weiter nachzukommen, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Dies beendet das verwaltungsrechtliche Verfahren von CADE, soweit es sich auf die Deutsche Bank bezieht, unter der Voraussetzung der fortgesetzten Einhaltung der Bedingungen des Vergleichs seitens der Deutschen Bank.

Am 13. Februar 2017 hat das Betrugsdezernat der Strafabteilung des U.S. Department of Justice („DOJ“) ein Schreiben („DOJ-Schreiben“) an die Deutsche Bank gerichtet, mit dem die Deutsche Bank darüber informiert wurde, dass das DOJ seine strafrechtliche Untersuchung „betreffend möglicher Verstöße gegen bundesrechtliche strafrechtliche Vorschriften im Zusammenhang mit Devisenmärkten“ beendet hat. Wie in solchen Fällen üblich, enthält das DOJ-Schreiben die Aussage, dass das DOJ die Untersuchung wieder aufnehmen kann, sollte es weitere Informationen oder Beweise im Hinblick auf diese Untersuchung erlangen. Das DOJ-Schreiben hat keine bindende Wirkung auf Untersuchungen anderer regulatorischer Stellen oder Strafverfolgungsbehörden im Hinblick auf Devisenhandel und -praktiken der Deutschen Bank, die weiterhin andauern.

Am 20. April 2017 wurde bekannt gegeben, dass die Deutsche Bank, die DB USA Corporation und die Filiale der Deutschen Bank AG in New York eine Vereinbarung mit dem Direktorium des US-Zentralbankensystems (Board of Governors of the Federal Reserve System) getroffen hat, die Untersuchung zu Praktiken und Verfahren im Devisenhandel der Deutschen Bank einzustellen. Gemäß den Bedingungen der Einigung hat sich die Deutsche Bank verpflichtet, sich einer Unterlassungsverfügung zu unterwerfen und zugestimmt, eine Zivilbuße in Höhe von 137 Mio US-Dollar zu zahlen. Des Weiteren hat die US-Notenbank (Federal Reserve) der Deutschen Bank auferlegt, „mit der Implementierung zusätzlicher Verbesserungen ihrer Aufsicht, der internen Kontrollen, der Compliance, des Risikomanagements und der Revisionsprogramme“ für ihren Devisenhandel und ähnliche Geschäften fortzufahren und in regelmäßigen Abständen der US-Notenbank über deren Verlauf zu berichten.

Es laufen noch Untersuchungen seitens bestimmter anderer Aufsichtsbehörden. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Die Deutsche Bank wurde auch als Beklagte in mehreren als Sammelklage bezeichneten Verfahren im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden, benannt. Darin werden Ansprüche aus Kartellrecht und dem United States Commodity Exchange Act wegen angeblicher Manipulation von Wechselkursen geltend gemacht. Bei den als Sammelklage bezeichneten Verfahren wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben. Am 28. Januar 2015 gab das für die Sammelklagen zuständige Bundesgericht (Federal Court) dem Klageabweisungsantrag ohne Recht auf erneute Klageerhebung in zwei Klagen von Nicht-US-Klägern statt, wies ihn jedoch für die anhängige Klage von US-amerikanischen Klägern ab. Seit der Verfügung des Gerichts vom 28. Januar 2015 wurden weitere Klagen eingereicht. Derzeit sind vier Klagen in den USA anhängig. Die erste anhängige zusammengeführte Klage wird im Rahmen eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von OTC-Händlern und eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von Devisenhändlern eingereicht, die ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder in US-Gebiet oder dort gehandelt haben. In der Klageschrift wird behauptet, es seien illegale Vereinbarungen getroffen worden, um den Wettbewerb in Bezug auf Benchmark- und Spotsätze zu beeinträchtigen und diese zu manipulieren, insbesondere die für diese Spotsätze notierten Spreads; ferner wird in der Klageschrift behauptet, dass die vermeintliche Verabredung zu einer Straftat („conspiracy“) wiederum zu künstlichen Preisen für Devisen-Futures und -Optionen an zentralen Börsen geführt habe. In einem zweiten Klageverfahren werden die in der zusammengeführten Klage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das behauptete Verhalten einen Verstoß gegen die treuhänderischen Pflichten der Beklagten nach dem „U.S. Employment Retirement Income Security Act of 1974 (ERISA)“ ermöglicht und diesen Verstoß letztlich begründet habe. Die dritte Sammelklage wurde von Axiom Investment Advisors, LLC bei demselben Gericht am 21. Dezember 2015 eingereicht. Darin wird behauptet, die Deutsche Bank habe Devisenaufträge, die über elektronische Handelsplattformen platziert wurden, mittels einer als „Last Look“ bezeichneten Funktion abgelehnt und diese Order seien später zu für die Klägergruppe schlechteren Preiskonditionen ausgeführt worden. Der Kläger macht Forderungen aus Vertragsverletzung, quasivertragliche Forderungen sowie Forderungen nach New Yorker Recht geltend. In dem am 26. September 2016 angestregten und am 24. März 2017 ergänzten als Sammelklage bezeichneten vierten Verfahren (der „indirekten Käufer“) werden die in der zusammengeführten Klage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das angebliche Verhalten „indirekte Käufer“ von Deviseninstrumenten geschädigt habe. Diese Ansprüche werden nach Maßgabe des US-amerikanischen Sherman Act und den Verbraucherschutzgesetzen verschiedener Bundesstaaten erhoben. Am 20. September 2016 hat das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der zusammengeführten Klage teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt.

Am 24. August 2016 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der ERISA-Klage stattgegeben. Die Kläger dieser Klage haben bei dem United States Court of Appeals for the Second Circuit eine Revisionsbegründung eingereicht. Am 13. Februar 2017 hat das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der „Last Look“-Klage teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Die Kläger in dem Verfahren der indirekten Käufer haben am 24. März 2017 eine geänderte Klage eingereicht. Die Deutsche Bank beabsichtigt, Klageabweisung zu beantragen. Das Beweisverfahren (Discovery) im Rahmen der zusammengeführten Klage und der „Last Look“-Klage wurde eingeleitet. Das Beweisverfahren (Discovery) im Rahmen der Klage der indirekten Käufer wurde noch nicht eingeleitet.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in zwei kanadischen Sammelklagen, die in den Provinzen Ontario und Quebec angestrengt wurden. Die am 10. September 2015 erhobenen Sammelklagen stützen sich auf Vorwürfe, die vergleichbar sind mit den in den zusammengeführten Klagen in den USA erhobenen Vorwürfen, und sind auf Schadensersatz nach dem kanadischen Wettbewerbsgesetz und anderen Rechtsgrundlagen gerichtet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren stark beeinflussen würde.

Interbanken-Zinssatz. *Aufsichtsbehördliche Verfahren und Strafverfahren.* Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, einschließlich von Attorney-Generals verschiedener US-Bundesstaaten, Auskunftsersuchen in Form von Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen. Dieser Betrag wurde vollständig gezahlt und ist nicht Teil der Rückstellungen der Bank.

Wie ebenfalls bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem U.S. Department of Justice (DOJ), der U.S. Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (DFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das DFS sowie von 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ bekannte sich die DB Group Services (UK) Ltd. (eine mittelbare hundertprozentige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) vor dem United States District Court für den District of Connecticut des „Wire-Fraud“ schuldig und die Deutsche Bank akzeptierte ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird. Die vorstehend genannten Geldbußen, darunter eine Geldbuße in Höhe von 150 Mio US-\$, die im April 2017 nach der Verurteilung der DB Group Services (UK) Ltd. am 28. März 2017 gezahlt wurde, wurden vollständig gezahlt und sind nicht Teil der Rückstellungen der Bank.

Am 29. November 2016 informierten Mitarbeiter der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) die Deutsche Bank, dass ihre IBOR-Ermittlungen abgeschlossen seien und dass sie nicht beabsichtigen, Durchsetzungsmaßnahmen seitens der SEC zu empfehlen.

Am 21. Dezember 2016 gab die Schweizer Wettbewerbskommission (WEKO) offiziell ihre Vergleichsentscheidungen im Zusammenhang mit IBOR mit verschiedenen Banken, einschließlich der Deutschen Bank AG, betreffend den EURIBOR und den Yen-LIBOR bekannt. Am 20. März 2017 zahlte die Deutsche Bank eine Geldbuße in Höhe von 5,0 Mio CHF im Zusammenhang mit dem Yen-LIBOR und Gebühren der WEKO in Höhe von circa 0,4 Mio CHF. Der Deutschen Bank wurde die Geldbuße im EURIBOR-Verfahren erlassen, da sie die WEKO als erste der beteiligten Parteien von den Handlungen in Kenntnis gesetzt hat. Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe war bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt.

Wie oben erwähnt, hat eine Arbeitsgruppe („Working Group“) von US-Generalstaatsanwälten („U.S. state attorneys general“) eine Untersuchung gegen die Deutsche Bank in Bezug auf die Festsetzung des LIBOR, EURIBOR und TIBOR eingeleitet. Die Bank kooperiert weiterhin mit den US-Generalstaatsanwälten hinsichtlich dieser Untersuchung.

Andere Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbanken-Zinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren Maßnahmen ausgesetzt. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese übrigen Untersuchungen eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen würde.

Überblick über zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei von 47 zivilrechtlichen Verfahren betreffend die behauptete Manipulation hinsichtlich der Festsetzung von verschiedenen Interbanken-Zinssätzen, die in den folgenden Absätzen beschrieben werden. Die meisten der zivilrechtlichen Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren wurden beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Beklagte eingereicht. Alle bis auf sechs dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Die sechs zivilrechtlichen Klagen gegen die Deutsche Bank, die keinen Bezug zum US-Dollar-LIBOR haben, sind ebenfalls beim SDNY anhängig und umfassen zwei Klagen zum Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR, eine Klage zum EURIBOR, eine zusammengefasste Klage zum GBP-LIBOR-Zinssatz, eine Klage zum CHF-LIBOR sowie eine Klage zu zwei SGD-Referenzzinssätzen, der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Swap Offer Rate (SOR).

Die Schadensersatzansprüche der 47 zivilrechtlichen Klagen, die oben dargestellt wurden, stützen sich auf verschiedene rechtliche Grundlagen einschließlich der Verletzung des U.S. Commodity Exchange Act (CEA), kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) und anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze. In allen bis auf fünf Fällen wurde die Höhe des Schadensersatzes nicht formell von den Klägern festgelegt. Bei den fünf Fällen, bei denen spezifische Schadensersatzforderungen gestellt wurden, handelt es sich um Einzelklagen, die zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Gesamthöhe des von allen Beklagten, einschließlich der Deutschen Bank, geforderten Schadensersatzes beläuft sich auf mindestens 1,25 Mrd US-\$. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

US-Dollar-LIBOR. Mit zwei Ausnahmen werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation) beim SDNY behandelt. Angesichts der großen Anzahl an Einzelfällen, die gegen die Deutsche Bank anhängig sind, und ihrer Ähnlichkeiten werden die in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation enthaltenen zivilrechtlichen Klagen unter der folgenden allgemeinen Beschreibung der all diesen Klagen zugrunde liegenden

Rechtsstreitigkeiten zusammengefasst. Dabei werden keine Einzelklagen offengelegt, außer wenn die Umstände oder der Ausgang eines bestimmten Verfahrens für die Deutsche Bank von wesentlicher Bedeutung sind.

Nachdem das Gericht zwischen März 2013 und Dezember 2016 in mehreren Entscheidungen bezogen auf die US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation die Anträge der Kläger eingeschränkt hat, erheben diese zurzeit Ansprüche aus Kartellrecht, Ansprüche unter dem CEA, bestimmte landesrechtliche Ansprüche wegen Betrugs, vertragliche Ansprüche, Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung sowie deliktsrechtliche Ansprüche. Ferner hat das Gericht entschieden, die Ansprüche bestimmter Kläger wegen fehlender Zuständigkeit und Verjährung abzuweisen. Diese abweisenden Entscheidungen sind derzeit Gegenstand weiterer Anhörungen. Weitere Entscheidungen stehen noch aus.

Am 23. Mai 2016 hat der U.S. Court of Appeals for the Second Circuit beschlossen, die kartellrechtlichen Ansprüche gegen die Beklagten in der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation wieder aufleben zu lassen, und verwies den Fall zur weiteren Prüfung an den District Court zurück. Am 20. Dezember 2016 hat der District Court entschieden, bestimmte kartellrechtliche Ansprüche abzuweisen, ließ jedoch andere Ansprüche zu.

Derzeit laufen für mehrere Klagen die Beweisverfahren (Discovery). Die Anhörung zur Zulassung einer Sammelklage soll bis August 2017 abgeschlossen sein.

Am 10. Januar 2017 schloss die Deutsche Bank einen vorläufigen Vergleich mit Klägern in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren zur Beilegung dieses Verfahrens, das als Teil der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation anhängig ist und in dem Ansprüche im Zusammenhang mit angeblichen Transaktionen in an der Chicago Mercantile Exchange gehandelten Eurodollar-Optionen und -Futures (*FTC Capital GmbH v. Credit Suisse Group AG*) geltend gemacht werden. Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe ist bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt; es wurden keine zusätzlichen Rückstellungen für diesen Vergleich gebildet. Die Vergleichsvereinbarung bedarf noch der Dokumentation und Genehmigung durch das Gericht.

Schließlich wurde eine der Klagen der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation zur Gänze abgewiesen; einschließlich (im Hinblick auf die Deutsche Bank und andere ausländische Beklagte) aus Gründen fehlender Zuständigkeit; die Kläger haben vor dem Second Circuit Revision eingelegt.

Beide US-Dollar-LIBOR-Fälle, die nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehören, wurden abgewiesen. Die Kläger im US-Dollar-LIBOR-Verfahren vor dem SDNY, das nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, haben einen Antrag auf Erweiterung der Klage gestellt; eine Entscheidung zu diesem Antrag steht noch aus. Die Abweisung des anderen US-Dollar-LIBOR-Verfahrens vor dem U.S. District Court for the Central District of California, das nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, wurde im Dezember 2016 durch den Ninth Circuit bestätigt.

Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR. Am 24. Januar 2017 schloss die Deutsche Bank einen vorläufigen Vergleich mit Klägern in zwei als Sammelklage bezeichneten Verfahren zur Beilegung dieser Verfahren, die wegen der angeblichen Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR vor dem SDNY anhängig sind (*Laydon v. Mizuho Bank Ltd.* und *Sonterra Capital Master Fund Ltd. v. UBS AG*). Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe ist bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt; es wurden keine zusätzlichen Rückstellungen für diesen Vergleich gebildet. Die Vergleichsvereinbarung bedarf noch der Dokumentation und Genehmigung durch das Gericht.

EURIBOR. Am 24. Januar 2017 schloss die Deutsche Bank einen vorläufigen Vergleich mit Klägern in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren zur Beilegung dieses Verfahrens, das wegen der angeblichen Manipulation des EURIBOR vor dem SDNY anhängig ist (*Sullivan v. Barclays PLC*). Die unter dem Vergleich zu zahlende Summe ist bereits in den bestehenden Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten vollständig berücksichtigt; es wurden keine zusätzlichen Rückstellungen für diesen Vergleich gebildet. Die Vergleichsvereinbarung bedarf noch der Dokumentation und Genehmigung durch das Gericht.

GBP-LIBOR, CHF-LIBOR sowie SIBOR und SOR. Vor dem SDNY sind als Sammelklage bezeichnete Verfahren wegen angeblicher Manipulation des GBP-LIBOR, CHF-LIBOR sowie der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) beziehungsweise der Swap Offer Rate (SOR) anhängig. Für jede dieser Klagen wurden Anträge auf Abweisung vollständig vorgetragen. Die Entscheidungen stehen noch aus.

Bank Bill Swap Rate-Ansprüche. Am 16. August 2016 wurde eine Sammelklage vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York gegen die Deutsche Bank und andere Beklagte eingereicht, in der Ansprüche wegen angeblicher Absprache und Manipulation in Verbindung mit dem australischen Bank Bill Swap Rate („BBSW“) geltend gemacht wurden. In der Klageschrift wird behauptet, dass die Beklagten unter anderem an Geldmarktgeschäften, die die Beeinflussung des Fixings des BBSW zum Ziel hatten, beteiligt waren, falsche BBSW-Eingaben machten und ihre Kontrolle über die BBSW-Regeln zur Fortsetzung des angeblichen Fehlverhaltens nutzten. Die Kläger reichen die Klagen im Namen von Personen und Rechtsträgern ein, die von 2003 bis heute an US-basierten Transaktionen in BBSW-bezogenen Finanzinstrumenten beteiligt waren. Am 16. Dezember 2016 wurde eine erweiterte Klage eingereicht; die Anträge der Beklagten auf Klageabweisung sind gestellt worden.

Untersuchungen von Einstellungspraktiken und bestimmten Geschäftsbeziehungen. Einige Aufsichtsbehörden und Strafverfolgungsbehörden in verschiedenen Ländern, einschließlich der U.S. Securities and Exchange Commission und des U.S. Department of Justice, untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Arbeitsvermittlern und Beratern den U.S. Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen. Aufsichtsbehörden einiger anderer Länder wurden über diese Untersuchungen in Kenntnis gesetzt. Der Konzern hat für bestimmte der oben genannten aufsichtsbehördlichen Untersuchungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde. Auf Grundlage der derzeit bekannten Tatsachen ist es derzeit für die Deutsche Bank nicht möglich, den Zeitpunkt der Beendigung der Untersuchungen vorherzusagen.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I unter anderem gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank. Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Die Staatsanwaltschaft wirft den betreffenden ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in einem der Kirch-Zivilverfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen beziehungsweise in diesen Verfahren unzutreffende Aussagen gemacht zu haben.

Im Anschluss an das Verfahren gegen Jürgen Fitschen und vier weitere ehemalige Vorstandsmitglieder vor dem Landgericht München hat das Landgericht München am 25. April 2016 alle vier Beschuldigten sowie die Bank, die Nebenbeteiligte des Verfahrens war, freigesprochen. Am 26. April 2016 legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Revision ein. Im Rahmen der Revision werden ausschließlich mögliche rechtliche Fehler überprüft, nicht dagegen Feststellungen zu Tatsachen. Einige Wochen nach Vorlage der schriftlichen Urteilsbegründung hat die Staatsanwaltschaft am 18. Oktober 2016 mitgeteilt, dass sie ihre Revision ausschließlich gegen die Freisprüche für die ehemaligen Vorstandsmitglieder Jürgen Fitschen, Dr. Rolf Breuer und Dr. Josef Ackermann aufrechterhalten und ihre Revision gegen die Freisprüche für die ehemaligen Vorstandsmitglieder Dr. Clemens Börsig und Dr. Tessen von Heydebreck zurückziehen werde. Damit ist der Freispruch für Dr. Börsig und Dr. von Heydebreck rechtsverbindlich.

Die weiteren Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft (bei denen es ebenso um versuchten Prozessbetrug im Fall Kirch geht) dauern noch an. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft München.

Der Konzern geht davon aus, dass diese Verfahren keine erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihn haben, und hat daher diesbezüglich keine Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremde Wirtschaftsstrafrechtsverstöße sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Am 25. Januar 2016 hat der Seoul Central District Court einen DSK-Händler sowie DSK für schuldig erklärt. Gegen DSK wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Mrd KRW (weniger als 2,0 Mio €) verhängt. Das Gericht ordnete darüber hinaus die Einziehung der Gewinne aus der in Rede stehenden Handelstätigkeit an. Der Konzern hat die Gewinne aus den zugrunde liegenden

Handelsaktivitäten 2011 abgeführt. Sowohl die Strafverfolgungsbehörde als auch die Angeklagten haben Berufung gegen das Strafurteil eingelegt.

Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. In einigen dieser Fälle sind seit dem vierten Quartal 2015 erstinstanzliche Gerichtsurteile gegen die Bank und die DSK ergangen. Die derzeit bekannten offenen Forderungen haben einen Gesamtforderungsbetrag von rund 50 Mio € (nach aktuellem Wechselkurs). Der Konzern hat für diese anhängigen Zivilverfahren eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Untersuchung im Lebensversicherungs-Zweitmarkt (Life Settlement). US-Bundes-Strafverfolgungsbehörden untersuchen derzeit die früheren Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank auf dem Zweitmarkt für Lebensversicherungen. Die untersuchten Sachverhalte betreffen die Ausreichung und den Erwerb von Anlagen in Lebensversicherungen im Zeitraum von 2005 bis 2008. Hierzu hat die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Geschäftsaktivitäten auf dem Lebensversicherungs-Zweitmarkt durchgeführt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Ermittlungsbehörden.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities und Untersuchungen. *Regulatorische und regierungsbehördliche Verfahren.* Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der U.S. Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf, der Bewertung von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden.

Vergleichsgespräche mit dem U.S. Department of Justice (DOJ) zu möglichen Ansprüchen, welche das DOJ gegebenenfalls auf der Grundlage seiner Untersuchungen betreffend die Ausreichung und Verbriefung von RMBS seitens der Deutschen Bank geltend machen könnte, begannen mit einer Forderung des DOJ in Höhe von 14 Mrd US-\$ am 12. September 2016. Am 23. Dezember 2016 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie sich mit dem DOJ auf einen Vergleich dem Grundsatz nach geeinigt habe. Damit sollen die potenziellen Ansprüche in Bezug auf ihr Verhalten im RMBS-Geschäft zwischen 2005 und 2007 beigelegt werden. Am 17. Januar 2017 wurde der Vergleich rechtskräftig und vom DOJ bekannt gegeben. Im Rahmen des Vergleichs zahlte die Deutsche Bank eine Zivilbuße in Höhe von 3,1 Mrd US-\$ und verpflichtete sich, Erleichterungen für Verbraucher (Consumer Relief) in Höhe von 4,1 Mrd US-\$ bereitzustellen.

Im September 2016 wurden der Deutschen Bank vom Maryland Attorney General verwaltungsrechtliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas zugestellt, in denen Informationen bezüglich der RMBS- und CDO-Geschäfte der Deutschen Bank zwischen 2002 und 2009 angefordert wurden. Am 10. Januar 2017 erzielten die Deutsche Bank und der Maryland Attorney General einen Vergleich dem Grundsatz nach, um die Angelegenheit durch eine Barzahlung in Höhe von 15 Mio US-\$ sowie Erleichterungen für Verbraucher in Höhe von 80 Mio US-\$ (die Teil der Erleichterungen für Verbraucher in Höhe von insgesamt 4,1 Mrd US-\$ aus dem mit dem DOJ geschlossenen Vergleich der Deutschen Bank sind) zu vergleichen. Der Vergleich bedarf noch der Erstellung der Vergleichsdokumentation.

Der Konzern hat für einige, aber nicht alle dieser anhängigen aufsichtsbehördlichen Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung die Beilegung dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen, einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS, benannt. In diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren wird behauptet, dass die Angebotsprospekte in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien. Der Konzern hat Rückstellungen für einige, jedoch nicht alle dieser zivilrechtlichen Fälle gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung die Beilegung dieser Verfahren erheblich beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer Sammelklage, die sich auf ihre Rolle als einer der Platzeure von sechs von der Novastar Mortgage Corporation begebenen RMBS bezieht. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Die Klage wurde von Klägern eingereicht, die eine Gruppe von Anlegern vertreten, die bei diesen Platzierungen Zertifikate erworben haben. Vor kurzem erzielten die Parteien einen Vergleich dem Grundsatz nach, um die Angelegenheit durch eine Zahlung in Höhe von 165 Mio US-\$ beizulegen, von der ein Teil durch die Deutsche Bank zu zahlen ist. Die Deutsche Bank erwartet, dass, sobald die Vergleichsvereinbarung vollständig erstellt wurde, ein gerichtliches Genehmigungsverfahren eingeleitet wird, welches eine Dauer von mehreren Monaten haben wird, bevor der Vergleich rechtskräftig wird.

Die Aozora Bank, Ltd. (Aozora) hat unter anderem gegen Unternehmen der Deutschen Bank eine Klage eingereicht, in der Ansprüche wegen Betrugs und damit verbundene Ansprüche im Zusammenhang mit den Anlagen von Aozora in verschiedenen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (CDO), die angeblich einen Wertverlust verzeichneten, geltend gemacht wurden. Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank AG und ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. auf Abweisung der von Aozora gegen beide Unternehmen eingereichten Klage in Bezug auf eine CDO der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Aozora legte gegen diese Entscheidung Berufung ein und am 31. März 2016 bestätigte das Berufungsgericht die Abweisung der Klage durch die vorherige Instanz. Aozora hat keine weitere Revision eingelegt. Außerdem ist eine weitere Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, Deutsche Investment Management Americas, Inc., gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von Aozora angestrebten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Am 13. Oktober 2015 hat das Gericht den Antrag der Beklagten auf Abweisung der von Aozora wegen Betrugs und Beihilfe zum Betrug gestellten Ansprüche abgelehnt, wogegen die Beklagten Berufung einlegten. Die mündliche Verhandlung fand am 14. September 2016 statt. Am 3. November 2016 hob das Berufungsgericht die Entscheidung der vorherigen Instanz auf und gab dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der von Aozora gestellten Ansprüche statt. Aozora hat keinen weiteren Einspruch eingelegt. Am 15. Dezember 2016 erließ das Gericht ein Urteil, wonach die Klage abgewiesen ist.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in drei Klagen in Bezug auf Ausreichungen von RMBS, die erhoben wurden von der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter („receiver“) für: (a) Colonial Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 189 Mio US-\$ gegen alle Beklagten), (b) Guaranty Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 901 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und (c) Citizens National Bank und Strategic Capital Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 66 Mio US-\$ gegen alle Beklagten). In getrennten Klagen der FDIC als Zwangsverwalter für die Colonial Bank und Guaranty Bank haben die Berufungsgerichte Ansprüche erneut zugelassen, die zuvor wegen Verjährung abgewiesen worden waren. In der Klage in Bezug auf die Guaranty Bank wurden der Antrag auf erneute Anhörung und der Revisionsantrag („petition for certiorari“) vor dem United States Supreme Court abgelehnt. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft. In der Klage zur Colonial Bank wurde ein Antrag auf erneute Anhörung abgewiesen. Am 6. Oktober 2016 reichten die Beklagten einen Revisionsantrag („petition for certiorari“) vor dem U.S. Supreme Court ein, der am 9. Januar 2017 abgewiesen wurde. Am 18. Januar 2017 wurde ein vergleichbarer Antrag in der Klage der FDIC als Zwangsverwalter für die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank ebenfalls abgewiesen.

Die Residential Funding Company hat eine Klage auf Rückkauf von Darlehen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Gegenstand der Klage ist die Verletzung von Garantien und Gewährleistungen betreffend Darlehen, die an die Residential Funding Company verkauft wurden, sowie die Entschädigung für Verluste, die der Residential Funding Company infolge von RMBS-bezogenen Klagen und Ansprüchen, die gegen die Residential Funding Company geltend gemacht wurden, entstanden sind. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 20. Juni 2016 unterzeichneten die Parteien eine vertrauliche Vergleichsvereinbarung. Am 24. Juni 2016 wies das Gericht den Fall ohne Recht auf erneute Klageerhebung ab.

Die Deutsche Bank hat kürzlich einen Vergleich betreffend Ansprüche der Federal Home Loan Bank San Francisco im Hinblick auf zwei Weiterverbriefungen von RMBS-Zertifikaten geschlossen. Die finanziellen Bedingungen dieses Vergleichs sind nicht wesentlich für die Bank. Nach diesem Vergleich und zwei vorherigen Teilvergleichen blieb die Deutsche Bank weiterhin Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot, bei dem die Deutsche Bank als Underwriter einen vertraglichen Freistellungsanspruch erhalten hat. Am 23. Januar 2017 wurde eine Vergleichsvereinbarung zur Beilegung der Ansprüche in Bezug auf dieses RMBS-Angebot geschlossen. Die Deutsche Bank geht davon aus, dass das Verfahren demnächst eingestellt wird.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer von Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen einer Zweckgesellschaft, die geschaffen wurde, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben) erhobenen Klage, in der Ansprüche im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS nach dem Common Law geltend gemacht wurden. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 29. April 2016 stellte die Deutsche Bank einen Antrag auf Klageabweisung, der zurzeit anhängig ist.

Zwecks Wiederaufnahme eines früheren Verfahrens hat die HSBC als Treuhänder im Juni 2014 im Staat New York Klage gegen die Deutsche Bank eingereicht. Darin wird behauptet, dass die Deutsche Bank es versäumte, Hypothekendarlehen in der ACE Securities Corp. 2006-SL2 RMBS-Emission (offering) zurückzukaufen. Das Wiederaufnahmeverfahren wurde ausgesetzt, nachdem eine Revision der Abweisung einer getrennten Klage anhängig war. In dieser getrennten Klage reichte HSBC

als Treuhänder Klage gegen die Deutsche Bank ein, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen derselben RMBS-Emission beruht. Am 29. März 2016 wies das Gericht die Wiederaufnahmeklage ab und am 29. April 2016 legte der Kläger Rechtsmittel ein.

Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in einer von der Charles Schwab Corporation erhobenen Zivilklage benannt, mit der diese ihren Erwerb eines einzelnen landesweit begebenen RMBS-Zertifikats rückgängig machen wollte. Im vierten Quartal 2015 erzielte die Bank of America, welche die Deutsche Bank in dem Fall von der Haftung freistellte, eine Vereinbarung zur Beilegung der Klage in Bezug auf dieses einzige für die Deutsche Bank relevante Zertifikat. Am 16. März 2016 bestätigte das Gericht die Einstellung des Verfahrens gegen die Deutsche Bank Securities Inc. als Beklagte ohne Recht auf erneute Klageerhebung.

Am 18. Februar 2016 erzielten die Deutsche Bank und Amherst Advisory & Management LLC („Amherst“) Vergleichsvereinbarungen, um Klagen wegen Vertragsverletzung bezüglich fünf RMBS-Treuhandvermögen beizulegen. Am 30. Juni 2016 unterzeichneten die Parteien Vergleichsvereinbarungen, durch welche die am 18. Februar 2016 von den Parteien unterzeichneten Vereinbarungen geändert und neu verfasst wurden. Nach einer Abstimmung der Zertifikateinhaber im August 2016, bei der die Zertifikateinhaber den Vergleichsvereinbarungen zustimmten, nahm der Treuhänder die Vergleichsvereinbarungen an und zog die Klagen zurück. Am 17. Oktober 2016 reichten die Parteien Erklärungen zur Klagerücknahme („stipulations of discontinuance“) ohne Recht auf erneute Klageerhebung ein. Die Klagerücknahme wurde vom Gericht am 18. Oktober 2016 beziehungsweise 19. Oktober 2016 entsprechend verfügt. Die fünf Klagen sind damit beigelegt. Ein Teil des von der Deutschen Bank gezahlten Vergleichsbetrags wurde von einem nicht an den Verfahren beteiligten Dritten übernommen.

Die Deutsche Bank war Beklagte in einer von der Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder gegründet oder geführt werden) eingereichten Klage, in der Ansprüche im Zusammenhang mit dem Erwerb von RMBS nach dem Common Law und bundesrechtlichen Wertpapiergesetzen geltend gemacht wurden. Zur Beilegung der Rechtsstreitigkeit schlossen die Parteien am 14. Oktober 2016 einen Vergleich, dessen finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Bank sind. Am 2. November 2016 verfügte das Gericht eine Klagerücknahme („stipulation of discontinuance“) ohne Recht auf erneute Klageerhebung; damit ist die Klage beigelegt.

Am 3. Februar 2016 erhob Lehman Brothers Holding, Inc. („Lehman“) eine Klage (adversary proceeding) beim United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York gegen, unter anderem, MortgageIT, Inc. („MIT“) und die Deutsche Bank AG als vermeintliche Rechtsnachfolgerin von MIT, in der Verstöße gegen Zusicherungen und Garantien geltend gemacht werden, die in bestimmten Darlehenskaufverträgen aus den Jahren 2003 und 2004 betreffend 63 Hypothekendarlehen enthalten sind, die MIT an Lehman und Lehman wiederum an die Federal National Mortgage Association („Fannie Mae“) und an die Federal Home Loan Mortgage Corporation („Freddie Mac“) verkaufte. Die Klage zielt auf Ausgleich für Verluste, die Lehman erlitt im Zusammenhang mit Vergleichen, die Lehman mit Fannie Mae und Freddie Mac im Rahmen des Lehman-Insolvenzverfahrens schloss, um Ansprüche betreffend diese Darlehen beizulegen. Am 29. Dezember 2016 reichte Lehman seine zweite erweiterte Klage gegen die DB Structured Products, Inc. und MIT ein und fordert darin Schadensersatz in Höhe von rund 10,3 Mio US-\$.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegen diese Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die Deutsche Bank ist Beklagte in acht getrennten zivilrechtlichen Klageverfahren, die von verschiedenen Anlegergruppen wegen ihrer Rolle als Treuhänder bestimmter RMBS-Treuhandvermögen angestrengt wurden. Die Kläger machen Ansprüche wegen Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, des Verstoßes gegen die Vermeidung von Interessenkonflikten, Fahrlässigkeit und/oder Verletzungen des Trust Indenture Act of 1939 geltend. Sie stützen diese Ansprüche auf die Behauptung, die Treuhänder hätten es versäumt, bestimmte Verpflichtungen und/oder Aufgaben als Treuhänder der Treuhandvermögen angemessen zu erfüllen. Die acht Klagen umfassen zwei als Sammelklage bezeichnete Verfahren, die von einer Anlegergruppe, einschließlich von BlackRock Advisors, LLC, PIMCO-Advisors, L.P. und anderen Unternehmen verwalteter Fonds, angestrengt wurden (die BlackRock-Sammelklagen). Ferner beinhalten die Verfahren ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren, das von Royal Park Investments SA/NV eingereicht wurde, und fünf Einzelklagen. Eine der BlackRock-Sammelklagen ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Darin wird behauptet, 62 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 9,8 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Am 23. Januar 2017 gab das Gericht dem Klageabweisungsantrag der Treuhänder teilweise statt und lehnte ihn teilweise ab. In einer Anhörung am 3. Februar 2017 gab das Gericht eine Anweisung, Ansprüche der Kläger aus Zusicherungen und Gewährleistungen bezüglich 21 Treuhandvermögen, deren Originatoren oder Sponsoren insolvent wurden, abzuweisen. Einzig verblieben sind Ansprüche wegen Verletzung des Trust Indenture Act of 1939 bezüglich einiger der Treuhandvermögen sowie wegen Vertragsbruchs. Am 27. März 2017 haben die Treuhänder eine Antwort auf die Klage eingereicht. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft. Die zweite BlackRock-Sammelklage ist vor dem Superior Court of California anhängig. Darin wird behauptet, 465 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 75,7 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Die Treuhänder machten einen Einspruch auf Abweisung der von den Klägern gemachten

Ansprüche aus Deliktsrecht geltend sowie einen Antrag auf Verwerfung bestimmter Aspekte der Ansprüche wegen Vertragsbruchs. Am 18. Oktober 2016 hat das Gericht dem Einspruch der Treuhänder auf Abweisung der deliktsrechtlichen Ansprüche stattgegeben, aber den Antrag auf Verwerfung bestimmter Aspekte der Ansprüche wegen Vertragsbruchs abgelehnt. Am 19. Dezember 2016 haben die Treuhänder eine Antwort auf die Klage eingereicht. In dieser Klage läuft derzeit das Beweisverfahren (Discovery). Die von Royal Park Investments SA/NV angestrebte Sammelklage ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Sie betrifft zehn Treuhandvermögen, die angeblich insgesamt Sicherheitenverluste von über 3,1 Mrd US-\$ verbucht hätten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Am 21. März 2017 hat das Gericht den Antrag auf Zulassung einer Sammelklägergruppe abgewiesen, Royal Park jedoch das Recht eingeräumt, die Klage anzupassen, um eine neu definierte Sammelklägergruppe vorzuschlagen. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die anderen fünf Einzelverfahren umfassen Klagen (a) des National Credit Union Administration Board („NCUA“) als Investor in 97 Treuhandvermögen, der einen behaupteten Sicherheitenverlust von insgesamt 17,2 Mrd US-\$ erlitten hat, wengleich die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (b) von bestimmten CDOs (nachstehend zusammen „Phoenix Light“), die RMBS-Zertifikate von 43 RMBS-Treuhandvermögen halten und Schadensersatzansprüche von über 527 Mio US-\$ stellen; (c) der Western and Southern Life Insurance Company und fünf verbundener Unternehmen (nachstehend zusammen „Western & Southern“) als Investoren in 18 RMBS-Treuhandvermögen, gegen den Treuhänder für zehn dieser Treuhandvermögen, die angeblich Sicherheitenverluste von „mehreren zehn Millionen US-\$“ verbucht hätten, obwohl die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (d) der Commerzbank AG als Investor in 50 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche für angebliche „Verluste in Höhe von mehreren hundert Millionen US-\$“ stellt, sowie (e) der IKB International, S.A. in Liquidation und der IKB Deutsche Industriebank AG (zusammen als „IKB“ bezeichnet) als Investoren in 37 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche von über 268 Mio US-\$ stellen. Im NCUA-Fall ist ein Antrag des Treuhänders auf Klageabweisung wegen mangelnder Anspruchsbegründung anhängig, und das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt. Im Phoenix-Light-Fall läuft das Beweisverfahren (Discovery) bezogen auf die 43 Treuhandvermögen, bei denen die Klagen weiter anhängig sind. Beim Western & Southern-Verfahren reichte der Treuhänder am 18. November 2016 seine Klageerwidern zur erweiterten Klage ein. Das Beweisverfahren (Discovery) für die zehn Treuhandvermögen, bei denen die Klagen weiter anhängig sind, läuft. Im Commerzbank-Fall ist am 10. Februar 2017 einem Antrag des Treuhänders auf Klageabweisung wegen fehlender Anspruchsbegründung teilweise stattgegeben worden und teilweise wurde dieser abgelehnt, und das Beweisverfahren (Discovery) im Hinblick auf die 50 in Rede stehenden Treuhandvermögen läuft. Im IKB-Fall wurde am 5. Oktober 2016 ein Klageabweisungsantrag eingereicht und ist anhängig, und ein eingeschränktes Beweisverfahren (Discovery) bezogen auf die 34 Treuhandvermögen, bei denen die Klagen weiter anhängig sind, hat begonnen.

Der Konzern hält eine Eventualverbindlichkeit für diese acht Fälle für bestehend, deren Höhe derzeit aber nicht verlässlich eingeschätzt werden kann.

Postbank – Freiwilliges Übernahmeangebot. Am 12. September 2010 veröffentlichte die Deutsche Bank ihre Entscheidung, ein Übernahmeangebot für den Erwerb sämtlicher Aktien der Deutsche Postbank AG abzugeben. Am 7. Oktober 2010 veröffentlichte die Deutsche Bank die offizielle Angebotsunterlage. In ihrem Übernahmeangebot bot die Deutsche Bank den Anteilseignern der Postbank eine Gegenleistung von 25 € pro Postbank-Aktie an. Das Übernahmeangebot würde für insgesamt rund 48,2 Millionen Postbank-Aktien angenommen.

Im November 2010 reichte die Effecten-Spiegel AG, die als ehemalige Anteilseignerin der Postbank das Übernahmeangebot akzeptiert hatte, Klage gegen die Deutsche Bank ein, mit der Behauptung, dass der Angebotspreis zu niedrig gewesen und nicht im Einklang mit den in Deutschland dafür geltenden rechtlichen Vorschriften bestimmt worden sei. Die Klägerin behauptet, dass die Deutsche Bank spätestens im Jahr 2009 verpflichtet gewesen wäre, ein Pflichtangebot für sämtliche Anteile der Postbank abzugeben. Die Klägerin behauptet, spätestens im Jahr 2009 seien die Stimmrechte der Deutsche Post AG in Bezug auf Aktien Deutschen Postbank AG der Deutschen Bank AG gemäß § 30 WpÜG zuzurechnen gewesen. Basierend hierauf behauptet die Klägerin, dass der Angebotspreis der Deutschen Bank AG für die Übernahme der Aktien der Deutsche Post AG im Rahmen des freiwilligen Übernahmeangebots 2010 auf 57,25 € pro Postbank-Aktie anzuheben gewesen wäre.

Das Landgericht Köln wies die Klage im Jahr 2011 ab. Die Berufung wurde 2012 durch das Oberlandesgericht Köln abgewiesen. Der Bundesgerichtshof hat die Entscheidung des Kölner Oberlandesgerichts aufgehoben und den Fall an dieses zurückverwiesen. In seinem Urteil führte der Bundesgerichtshof aus, das Oberlandesgericht habe sich nicht ausreichend mit dem von der Klägerin behaupteten abgestimmten Verhalten („acting in concert“) zwischen der Deutsche Bank AG und der Deutsche Post AG in 2009 auseinandergesetzt. Das Oberlandesgericht Köln hat für einen Termin einer weiteren mündlichen Verhandlung den 8. November 2017 bestimmt.

Im Jahr 2014 haben zusätzliche ehemalige Aktionäre der Deutsche Postbank AG, die das Übernahmeangebot im Jahr 2010 angenommen hatten, ähnliche Ansprüche wie die Effecten-Spiegel AG gegen die Deutsche Bank AG vor dem Landgericht Köln geltend gemacht. Drei dieser Kläger haben Musterverfahrensansprüche gemäß dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) gestellt. In diesen Folgeverfahren fand am 27. Januar 2017 eine mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Köln statt. Das Gericht beabsichtigt, eine Entscheidung am 9. Juni 2017 zu verkünden.

Im September 2015 haben ehemalige Aktionäre der Deutsche Postbank AG beim Landgericht Köln Anfechtungsklagen gegen den im August 2015 auf der Hauptversammlung der Deutsche Postbank AG gefassten Beschluss zum Ausschluss der Minderheitsaktionäre erhoben. Die Kläger behaupten unter anderem, dass die Deutsche Bank AG daran gehindert war, die Stimmrechte in Bezug auf die von ihr gehaltenen Aktien der Deutsche Postbank AG auszuüben, und vertreten die Auffassung, dass die Deutsche Bank AG der behaupteten Verpflichtung zur Abgabe eines höheren Pflichtangebotes im Jahr 2009 nicht nachgekommen sei. Der Ausschluss der Minderheitsaktionäre ist abgeschlossen. Das Verfahren selbst wird diesen Ausschluss nicht rückgängig machen, kann aber möglicherweise zu Schadensersatzzahlungen führen. Die Kläger in diesem Verfahren beziehen sich jedoch auf rechtliche Argumente, die vergleichbar mit vorbeschriebenen Rechtsstreit mit der Effecten-Spiegel AG sind. Das Gericht beabsichtigt, Ende Mai 2017 eine Entscheidung zu verkünden.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen würde.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf den Handel mit Edelmetallen und damit zusammenhängende Vorgänge relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei den Untersuchungen und arbeitet in geeigneter Weise mit den entsprechenden Behörden zusammen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Beteiligung an der Festlegung von Edelmetall-Benchmarks und anderen Aspekten ihres Handels und sonstigen Geschäfts mit Edelmetallen durch.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in zwei zusammengeführten Sammelklagen vor dem United States District Court for the Southern District of New York. Darin wird die Verletzung US-amerikanischen Kartellrechts, des U.S. Commodity Exchange Act und damit in Verbindung stehender einzelstaatlicher Gesetze aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet, der eingeklagte Schadensersatz jedoch nicht beziffert. Die Deutsche Bank hat in beiden Verfahren Vergleichsvereinbarungen erzielt, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind. Die Vergleichsvereinbarungen unterliegen der rechtskräftigen Genehmigung des Gerichts.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Beklagte in kanadischen Sammelklagen, die im Zusammenhang mit Goldgeschäften in der Provinz Ontario stehen und im Zusammenhang mit Silbergeschäften in den Provinzen Ontario und Quebec anhängig sind. In den Sammelklagen wird auf Schadensersatz wegen angeblicher Verstöße gegen den Canadian Competition Act sowie wegen anderer Gründe geklagt.

Der Konzern hat für bestimmte dieser Fälle Rückstellungen gebildet. Er hat weder deren Höhe offengelegt noch veröffentlicht, ob er für andere der vorgenannten Fälle Rückstellungen gebildet oder für irgendeinen dieser Fälle Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen würde.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank hat Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutschen Bank in Moskau und London durchgeführt, die sich gegenseitig gespiegelt haben. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die Untersuchungen der Deutschen Bank bezüglich eventueller Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie des internen Kontrollsystems wurden abgeschlossen, und die Deutsche Bank bewertet die im Rahmen der Untersuchung gewonnenen Feststellungen. Bisher wurden bestimmte Verstöße gegen interne Bankvorschriften und Mängel im Kontrollumfeld der Deutschen Bank festgestellt. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und der USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist.

Am 30. und 31. Januar 2017 haben das New York State Department of Financial Services (DFS) und die UK Financial Conduct Authority (FCA) in Bezug auf ihre in dieser Sache laufenden Untersuchungen den Abschluss von Vergleichen mit der Deutschen Bank bekannt gegeben. Mit diesen Vergleichen sind die von der DFS und der FCA im Hinblick auf die oben beschriebenen Aktiengeschäfte geführten Untersuchungen betreffend die Kontrollfunktionen der Bank zur Verhinderung von Geldwäsche sowie betreffend ihre Investmentbank-Abteilung abgeschlossen. Unter der Vergleichsvereinbarung mit der DFS hat die Deutsche Bank eine Consent Order abgeschlossen und zugestimmt, eine Geldbuße im Zivilverfahren in Höhe von 425 Mio US-\$ zu zahlen und die Einbindung eines unabhängigen Monitors für einen Zeitraum von zwei Jahren zuzulassen. Unter der Vergleichsvereinbarung mit der FCA hat die Deutsche Bank zugestimmt, eine zivile Geldbuße in Höhe von ca. 163 Mio GBP zu zahlen. Die unter den Vergleichen zu zahlenden Beträge sind bereits materiell in den bestehenden Rückstellungen berücksichtigt.

Die Deutsche Bank kooperiert mit anderen Regulatoren und Behörden (einschließlich des DOJ und der Federal Reserve), die ihre eigenen Untersuchungen betreffend diese Handelsgeschäfte mit Aktien durchführen. Der Konzern hat für diese laufenden Untersuchungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchung und Rechtsstreitigkeiten zu Staatsanleihen, supranationalen und staatsnahen Anleihen (SSA). Die Deutsche Bank hat Anfragen von bestimmten Regulatoren und Strafverfolgungsbehörden erhalten, unter anderem Auskunftersuchen und Dokumentenanfragen, die sich auf den Handel mit SSA-Bonds beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem United States District Court for the Southern District of New York, in denen die Verletzung des US-amerikanischen Kartellrechts und des Common Law im Hinblick auf die angebliche Manipulation des Sekundärmarktes für SSA-Bonds behauptet wird. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Untersuchungen gravierend beeinflussen könnte.

Rechtsstreitigkeiten zu genussscheinähnlichen Wertpapieren. Die Deutsche Bank und bestimmte mit ihr verbundene Unternehmen sowie ehemalige leitende Angestellte sind Gegenstand eines als zusammengeführte Sammelklage bezeichneten Verfahrens, das vor dem United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurde. Im Rahmen der Klage werden im Namen von Personen, die bestimmte von der Deutschen Bank und ihren verbundenen Unternehmen im Zeitraum zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 begebene genussscheinähnliche Wertpapiere erworben haben, Ansprüche aufgrund bundesrechtlicher Wertpapiergesetze geltend gemacht. Am 25. Juli 2016 verfügte das Gericht die Abweisung aller Ansprüche in Bezug auf drei der fünf in Rede stehenden Emissionen, ließ jedoch bestimmte Ansprüche betreffend die Emissionen vom November 2007 und Februar 2008 zu. Am 17. November 2016 beantragten die Kläger die Zulassung einer Sammelklage für die Emission vom November 2007. Am 1. Dezember 2016 setzte das Gericht alle Verfahren in dieser Klage aus. Am 20. Januar 2017 erweiterten die Kläger ihren Antrag auf Zulassung der Sammelklage um die Emission vom Februar 2008 und die Aufnahme einer weiteren natürlichen Person als vorgeschlagenen Vertreter der Sammelklägergruppe. Am 10. Februar 2017 verfügte das Gericht, dass die Kläger betreffend die Emissionen vom November 2007 darüber Beweis zu erbringen haben, ob sie die Wertpapiere mit einem Verlust veräußert oder bis zu deren Rückzahlung gehalten haben. Ansonsten setzte das Gericht das Verfahren betreffend die Emissionen vom Februar 2008 aufgrund einer bevorstehenden Entscheidung des United States Supreme Court in dem Verfahren *California Public Employees' Retirement System v. ANZ Securities* aus, in dem erwartet wird, dass der Supreme Court prüft, ob die Einreichung einer Sammelklage zu einer Hemmung der gemäß Section 13 des U.S. Securities Act geltenden Verjährungsfrist von drei Jahren im Hinblick auf die Ansprüche der Sammelkläger führt. Eine Entscheidung wird vor Ende Juni 2017 erwartet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter US-amerikanischer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich der früheren Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie in der Vergangenheit durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht im Einklang stand. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie kein US-Dollar-Neugeschäft mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus bestehenden US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Am 3. November 2015 hat die Deutsche Bank mit dem New York State Department of Financial Services und der Federal Reserve Bank of New York Vereinbarungen über den Abschluss ihrer Untersuchungen hinsichtlich der Deutschen Bank geschlossen. Die Deutsche Bank hat an die beiden Behörden 200 Mio US-\$ beziehungsweise 58 Mio US-\$ gezahlt und zugestimmt, bestimmten Mitarbeitern zu kündigen, bestimmte ehemalige Mitarbeiter nicht wieder einzustellen und für ein Jahr einen unabhängigen Monitor einzusetzen. Darüber hinaus hat die Federal Reserve Bank of New York bestimmte Abhilfemaßnahmen angeordnet. Dazu gehören insbesondere die Sicherstellung eines effizienten OFAC-Compliance-Programms sowie eine jährliche Überprüfung desselben durch einen unabhängigen Dritten, bis sich die Federal Reserve Bank of New York von deren Effizienz überzeugt hat. Die Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörden (einschließlich des DOJ) dauern an.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchungen und Ermittlungen im Bereich US-Staatsanleihen. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf Auktionen für und den Handel mit US-Staatsanleihen sowie damit zusammenhängende Marktaktivitäten relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen Sammelklagen. Darin werden Verstöße gegen das US-amerikanische Kartellrecht, den U.S. Commodity Exchange Act und Common Law in Bezug auf die vermeintliche Manipulation des Marktes für US-Treasuries geltend gemacht. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium und wurden zentral auf den Southern District of New York übertragen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	85.011	84.924
Mit variabler Verzinsung	37.509	37.082
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	4.887	4.882
Mit variabler Verzinsung	1.891	1.906
Sonstige	43.666	43.523
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	172.964	172.316

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	31.3.2017	31.12.2016
Ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Eigene Aktien im Bestand	4,6	0,2
Davon:		
Aktienrückkaufprogramm	4,4	0,0
Sonstige Bestände	0,2	0,2
Ausstehende Stammaktien	1.374,7	1.379,1

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen wären, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Unwiderrufliche Kreditzusagen	170.234	166.063
Eventualverbindlichkeiten	51.859	52.341
Insgesamt	222.093	218.404

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich Bankenabgaben

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (EU-Richtlinie), des Einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) und des deutschen Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum 31. März 2017 sowie zum 31. Dezember 2016 auf 280 Mio €.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft in seiner aktuellen Aufstellung für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 31. März 2017 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 50 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 9 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2016 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 49 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 7 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und ihren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Geschäfte für Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt, da diese einzeln nicht wesentlich sind.

Begebene Kredite und gewährte Garantien

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2017	31.12.2016
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	297	396
Veränderung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Berichtszeitraum ¹	3	- 86
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	7	- 13
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand²	308	297
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	0	0
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	56	62

¹ Der Saldo von vergebenen sowie zurückbezahlten Darlehen im Berichtszeitraum wird als „Veränderung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ gezeigt.

² Davon waren zum 31. März 2017 0 Mio € Forderungen überfällig (31. Dezember 2016: 7 Mio €). Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. März 2017 Sicherheiten in Höhe von 14 Mio € (31. Dezember 2016: 22 Mio €).

Erhaltene Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	31.3.2017	31.12.2016
Einlagen, Anfangsbestand	87	162
Einlagenbewegungen während des Berichtszeitraums	- 18	- 74
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 1	- 1
Einlagen, Endbestand	68	87

¹ Der Saldo von erhaltenen sowie zurückgezahlten Einlagen im Berichtszeitraum wird als „Einlagenbewegungen während des Berichtszeitraums“ gezeigt.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. März 2017 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 32 Mio € (31. Dezember 2016: 8 Mio €). Zum 31. März 2017 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0 Mio € (31. Dezember 2016: 0 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 31. März 2017 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 31. März 2017.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 31. März 2017 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 563 Mio € (31. Dezember 2016: 563 Mio €) und die Veräußerungsgruppen enthielten zum 31. März 2017 und 31. Dezember 2016 Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils 890 Mio € und 701 Mio €.

Zum 31. März 2017 wurden unrealisierte Verluste in Höhe von 2 Mio € (31. Dezember 2016: 0 Mio €) im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 7. April 2017 hat die Deutsche Bank die am 5. März dieses Jahres angekündigte Kapitalerhöhung erfolgreich abgeschlossen. Der Brutto-Emissionserlös beläuft sich auf 8,0 Milliarden Euro. Der Bezugspreis betrug 11,65 Euro je Aktie bei einem Bezugsverhältnis von zwei zu eins. Durch die Kapitalerhöhung ist die Anzahl der Aktien um 687,5 Millionen gestiegen, von 1.379,3 Millionen auf 2.066,8 Millionen. In diesem Zusammenhang stehende Auswirkungen auf Kapitalquoten werden im Abschnitt „Ausblick – Der Deutsche Bank-Konzern“ erklärt.

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und Konzern-Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März 2017, die Bestandteile des Quartalsfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach dem International Accounting Standard IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und nach IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden ist, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er vom IASB verlautbart worden ist, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist, und mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er vom IASB verlautbart worden ist, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

Frankfurt am Main, den 26. April 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Bewertungsanpassungen

Im vorliegenden Bericht sowie anderen, früheren und künftigen Veröffentlichungen des Konzerns wird Bezug genommen auf die forderungsbezogene Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA), refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment, FVA) und kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, CVA), die einen Einfluss auf die Erträge und die Gewinn- und Verlustrechnung haben.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakten). Während der Berichtsperiode wurde das DVA-Preismodell zur Berücksichtigung der Marktauswirkungen des Abwicklungsmechanismusgesetzes, das einen erhöhten Kreditschutz für Derivategeparteien des Konzerns vorsieht, mit Wirkung zum 1. Januar 2017 nachkalibriert.

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva sowie Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegter Derivatepositionen den Barwert der Refinanzierungskosten.

Die CVA stellt das Kontrahentenausfallrisiko in dem Marktwert von Finanzinstrumenten inklusive Derivaten dar. Die CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften erhöhen die risikogewichteten Aktiva (RWA) des Konzerns für CVA. Der Konzern versucht, diese Erhöhung der RWA durch die Absicherung über Kreditderivate abzufangen. Diese regulatorische Absicherung der CVA-RWA erfolgt zusätzlich zur Absicherung für CVA-Exposures gemäß den IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führt daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Erträge sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Berücksichtigung dieser Komponenten eine aussagekräftigere Darstellung der zugrunde liegenden Fundamentaldaten der betroffenen Geschäftsbereiche ermöglicht.

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Kennzahlen des bisherigen oder zukünftigen Erfolgs, der Vermögenslage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am besten passenden und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Pro-forma Angaben zu Kapitalmessgrößen bei Vollumsetzung

In den Abschnitten „Strategie“ und „Ausblick“ dieses Berichts beschreiben wir die pro-forma Auswirkung der Kapitalerhöhung im April 2017 auf unsere Harte Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote, jeweils zum 31. März 2017 und bei Vollumsetzung. Im Fall der Harten Kernkapitalquote wurde die pro-forma Kapitalmessgröße durch die Addition von 8,2 Mrd € (zusammengesetzt aus 7,9 Mrd € Nettoerlösen sowie 0,3 Mrd € aus der Rücknahme von zuvor bestehenden Abzügen für Latente Steueransprüche (DTA) gemäß des 10%-Schwellenwerts) zum veröffentlichten Harten Kernkapital bei Vollumsetzung und 0,7 Mrd € zu den veröffentlichten RWA (da 0,3 Mrd € an DTA, die zuvor vom Harten Kernkapital abgezogen wurden, nach der Kapitalerhöhung risikogewichtet betrachtet würden) bei Vollumsetzung ermittelt.

Im Fall der Verschuldungsquote wurde die pro-forma Kapitalmessgröße durch die Addition von 8,2 Mrd € zum veröffentlichten Harten Kernkapital bei Vollumsetzung und die Addition von 8,2 Mrd € (zusammengesetzt aus 7,9 Mrd € Nettobarerlösen sowie 0,3 Mrd € aus der Rücknahme von aufsichtsrechtlichen Abzügen) zur veröffentlichten Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote bei Vollumsetzung ermittelt. Bei diesen pro-forma Werten handelt es sich ebenfalls um nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen.

Eigenkapitalrendite-Quoten

Der Konzern berichtet die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) und die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital), von denen jede eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße darstellt.

Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und materiellen Eigenkapital) werden als Ergebnis nach Steuern ermittelt, das den Deutsche Bank-Aktionären als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital oder materiellen Eigenkapital zuzurechnen ist.

Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und ist definiert als Ergebnis nach Steuern ohne das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis nach Steuern. Auf Konzernebene spiegelt es die berichtete effektive Steuerquote des Konzerns wider. Diese belief sich für das erste Quartal 2017 auf 35 % (erstes Quartal 2016: 59 %). Um die Eigenkapitalrendite nach Steuern für die Segmente zu berechnen, wurde im ersten Quartal 2017 eine Steuerquote von 33 % zugrunde gelegt (erstes Quartal 2016: 35 %).

Das materielle Eigenkapital auf Konzernebene wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem Eigenkapital in der Konzernbilanz subtrahiert werden. Das materielle Eigenkapital der Segmente wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Segmenten allokierten Eigenkapital subtrahiert werden. Nähere Informationen zur Allokation zu den Segmenten enthält der Abschnitt „Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals“. Das Eigenkapital und das materielle Eigenkapital werden mit Durchschnittswerten ausgewiesen.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Messgrößen des durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals die Vergleiche zu unseren Wettbewerbern vereinfacht, und bezieht sich auf diese Messgrößen bei Kapitalrenditequoten für den Konzern. Jedoch ist durchschnittliches materielles Eigenkapital keine nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und die Messgrößen des Konzerns sollten nicht mit denen anderer Unternehmen verglichen werden, ohne die Unterschiede in der Berechnung zu berücksichtigen.

Die Überleitung der vorstehenden Quoten wird in der folgenden Tabelle beschrieben:

	1. Quartal 2017							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	240	462	320	181	81	-	- 406	878
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 303
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	161	309	214	122	55	-	- 286	575
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	-	- 4	- 4
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	161	309	214	122	55	-	- 290	571
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	28.232	12.207	8.449	4.760	5.565	-	599	59.812
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 1.990	- 1.310	- 1.679	- 3.840	- 375	-	211	- 8.984
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	26.242	10.897	6.770	920	5.190	-	810	50.828
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) (in %)	2,3	10,1	10,1	10,2	3,9	-	N/A	3,8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %)	2,5	11,4	12,7	52,9	4,2	-	N/A	4,5

N/A – Nicht aussagekräftig

	1. Quartal 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	395	313	63	162	122	- 533	57	579
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 343
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	259	205	41	106	80	- 349	- 105	236
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 23	- 23
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	259	205	41	106	80	- 349	- 128	214
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	26.878	12.167	8.921	5.870	5.113	3.611	15	62.575
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 1.538	- 1.112	- 1.821	- 4.840	- 271	- 585	127	- 10.040
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	25.341	11.055	7.100	1.030	4.842	3.026	141	52.535
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) (in %)	3,8	6,7	1,8	7,2	6,2	N/A	N/A	1,4
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) (in %)	4,1	7,4	2,3	41,2	6,6	N/A	N/A	1,6

N/A – Nicht aussagekräftig

Bereinigte Kosten

Die bereinigte Kostenbasis ist eine Kernfinanzkennzahl und eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und vergleichbar mit der IFRS-Messgröße der Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich (i) Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, (ii) Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, (iii) Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und (iv) Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Aufwendungen im Versicherungsgeschäft ergaben sich aus dem Geschäftsbetrieb der Abbey Life Assurance, die gegen Ende 2016 veräußert wurde, und werden sich somit in künftigen Berichtsperioden nicht mehr ergeben. Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne diese Komponenten eine entscheidungsrelevantere Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit unseren operativen Geschäftsbereichen ermöglicht.

	1. Quartal 2017							
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.338	1.308	1.566	425	657	-	39	6.334
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	-	0	0
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	(27)	(0)	3	(1)	(6)	-	0	(31)
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	0	0	-	0	0
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	35	26	(37)	4	1	-	0	29
Bereinigte Kostenbasis	2.330	1.282	1.601	422	662	-	39	6.336

	1. Quartal 2016							
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.385	1.372	1.637	528	697	475	91	7.184
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	(68)	(0)	4	1	4	242	5	187
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	44	0	0	0	44
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	91	94	70	23	1	6	(0)	285
Bereinigte Kostenbasis	2.362	1.278	1.563	460	692	226	86	6.668

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen ergibt sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte“. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dann dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio €	31.3.2017	31.12.2016
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	59.885	59.833
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-9.039	-8.982
Materielles Nettovermögen	50.846	50.851

Ausstehende Stammaktien (unverwässert)

in Mio (sofern nicht anders angegeben)	31.3.2017	31.12.2016
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Aktien im Eigenbestand	-4,6	-0,2
Gewährte Aktienrechte (unverfallbar)	43,2	20,8
Ausstehende Stammaktien (unverwässert)	1.417,9	1.399,9
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	42,24	42,74
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	35,86	36,33

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Messgrößen

Unsere regulatorischen Aktiva, Risikopositionswerte, risikogewichtete Aktiva, regulatorisches Kapital und regulatorische Quoten, die sich hieraus ergeben, werden für aufsichtsrechtliche Zwecke berechnet und basieren innerhalb dieses Dokuments auf den Regelungen gemäß CRR/CRD 4. CRR/CRD 4 erlaubt Übergangsregeln, gemäß denen Kapitalinstrumente, die nach dem neuen Regelwerk nicht länger anerkannt werden, sukzessive auslaufen, während die neuen Regeln zu aufsichtsrechtlichen Anpassungen schrittweise eingeführt werden. Derartige Übergangsregelungen bestehen ebenfalls für die Risikogewichtung bestimmter Vermögenswerte. In manchen Fällen behält die CRR/CRD 4 Übergangsregeln bei, die bereits in früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken wie Basel 2 beziehungsweise Basel 2.5 eingeführt wurden. Diese Übergangsregeln regeln beispielsweise die Risikogewichtung bestimmter Kategorien von Aktiva. Soweit nicht anders angegeben, unterliegen unsere CRR/CRD 4-Solvabilitätsmessgrößen zum 31. März 2017 und zum 31. Dezember 2016 in diesem Dokument diesen Übergangsregeln.

Weiterhin befinden sich in diesem Dokument CRR/CRD 4-Messgrößen auf Basis der Vollumsetzung, die die Vollenwendung der finalen CRR/CRD 4-Regelungen darstellt, ohne die Übergangsregelungen gemäß CRR/CRD 4 zu berücksichtigen, außer in den unten dargestellten Ausnahmefällen.

Die Übergangsregeln enthalten Regelungen, welche die Nutzung von Bestandsschutzregelungen für Kapitalbeteiligungen mit einem Risikogewicht von 100 % erlauben. Unter den Regeln der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) würden dabei nach Artikel 155 CRR Risikogewichte zwischen 190 % und 370 % zur Anwendung kommen. Obwohl diese Bestandsschutzregelung nicht im Rahmen der CRR/CRD 4-Vollumsetzung gültig sein wird, nutzen wir sie dort weiterhin für eine kleine Anzahl an Beteiligungspositionen, begründet durch unser Ziel, die Auswirkungen des Auslaufs der Bestandsschutzregelung durch eine Veräußerung dieser Positionen bis zum Jahresende 2017 oder anderer Maßnahmen zu begegnen. Wir beobachten eng die aktuellen Marktentwicklungen und mögliche Auswirkungen von illiquiden Märkten oder ähnlichen Erschwernissen, die eine Veräußerung dieser Positionen verhindern könnten.

Zum 31. März 2017 belief sich unser Beteiligungsportfolio, für das wir die Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen angewandt haben, bestehend aus neun Transaktionen, auf einen Gesamtwert von 154 Mio €. Ohne Fortsetzung der Anwendung der Bestandsschutzregelung für diese Transaktionen würden sich deren RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf maximal 570 Mio € belaufen, die RWA insgesamt somit auf maximal 358,1 Mrd € zum 31. März 2017. Im Gegensatz dazu hat der Konzern unter Anwendung der Bestandsschutzregelung risikogewichtete Aktiva (in Vollumsetzung) in Höhe von 357,7 Mrd € ausgewiesen. Würden wir die zugehörige Harte Kernkapitalquote, Kernkapitalquote und Gesamtkapitalquote unter Nutzung von 358,1 Mrd € RWA berechnen, so blieben diese (aufgrund von Rundungen) unverändert bei jeweils 11,9 %, 13,1 % und 16,6 % die wir unter Anwendung der Bestandsschutzregelung angeben.

Zum 31. Dezember 2016 belief sich unser Beteiligungsportfolio, für das wir die Bestandsschutzregelung für Beteiligungspositionen angewandt haben, bestehend aus 15 Transaktionen, auf einen Gesamtwert von 220 Mio €. Ohne Fortsetzung der Anwendung der Bestandsschutzregelung für diese Transaktionen würden sich deren RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung auf maximal 816 Mio € belaufen, die RWA insgesamt somit auf maximal 358,1 Mrd € zum 31. Dezember 2016. Im Gegensatz dazu hat der Konzern unter Anwendung der Bestandsschutzregelung risikogewichtete Aktiva (in Vollumsetzung) in Höhe von 357,5 Mrd € ausgewiesen. Würden wir die zugehörigen Harte Kernkapitalquote, Kernkapitalquote und Gesamtkapitalquote unter Nutzung von 358,1 Mrd € RWA berechnen, so blieben diese (aufgrund von Rundungen) unverändert bei jeweils 11,8 %, 13,1 % und 16,6 %, die wir unter Anwendung der Bestandsschutzregelung angeben.

Da die finale Implementierung der CRR/CRD 4 von unseren Erwartungen abweichen kann und zudem die Annahmen und Schätzungen unserer Wettbewerber über die Implementierung variieren können, sind unsere CRR/CRD 4 Kennzahlen (Vollumsetzung) möglicherweise nicht mit ähnlich bezeichneten Messgrößen unserer Wettbewerber vergleichbar, da deren Annahmen und Einschätzungen von unseren abweichen könnten.

Wir sind der Ansicht, dass diese CRR/CRD 4-Messgrößen (Vollumsetzung) nützliche Informationen für Investoren darstellen, da sie den Fortschritt hin zur Anwendung der neuen aufsichtsrechtlichen Kapitalstandards widerspiegeln. Weiterhin haben viele unserer Wettbewerber CRR/CRD 4-Messgrößen ebenfalls in Vollumsetzung angegeben.

Eine nähere Beschreibung der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) angewandten Messgrößen, sowie die Unterschiede zu den angewandten CRR/CRD 4-Übergangsregelungen ist im Kapitel „Lagebericht: Risikobericht: Materielles Risiko und Kapitalperformance: Kapital- und Verschuldungsquote“ zu finden.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taubenstraße 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 27. April 2017

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 20. März 2017 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt.

2017

Wichtige Termine

18. Mai 2017

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

23. Mai 2017

Dividendenzahltag
(für den Fall, dass ein verteilungsfähiger
Bilanzgewinn besteht und die Haupt-
versammlung eine Ausschüttung beschließt)

27. Juli 2017

Zwischenbericht zum 30. Juni 2017

26. Oktober 2017

Zwischenbericht zum 30. September 2017

2018

Wichtige Termine

2. Februar 2018

Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2017

16. März 2018

Geschäftsbericht 2017 und Form 20-F

25. April 2018

Zwischenbericht zum 31. März 2018

24. Mai 2018

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

29. Mai 2018

Dividendenzahltag
(für den Fall, dass ein verteilungsfähiger
Bilanzgewinn besteht und die Haupt-
versammlung eine Ausschüttung beschließt)

26. Juli 2018

Zwischenbericht zum 30. Juni 2018

25. Oktober 2018

Zwischenbericht zum 30. September 2018